



Landtag von Baden-Württemberg

50. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Freitag, 15. Dezember 2017 • Haus des Landtags

Beginn: 9:31 Uhr

Schluss: 14:50 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	2961	b) Einzelplan 06: Ministerium für Finanzen – Beschlussempfehlung und Bericht des Aus- schusses für Finanzen – Drucksache 16/3206	
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Nico Wein- mann	2961	c) Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwal- tung – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3212	
1. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzent- wurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden- Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19 (Staatshaushaltsgesetz 2018/19 – StHG 2018/19) – Drucksache 16/3000		d) Staatshaushaltsgesetz 2018/19 – Drucksache 16/3000 – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3200	2988
a) Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Ju- gend und Sport – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3204	2961	Beschluss	3005
Abg. Sandra Boser GRÜNE	2961	2. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes- regierung – Haushaltbegleitgesetz 2018/19 – Drucksache 16/3017	
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU	2963	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschus- ses für Finanzen – Drucksache 16/3217.	2988
Abg. Dr. Rainer Balzer AfD	2964, 2976	Abg. Thekla Walker GRÜNE.	2989
Abg. Dr. Stefan Füst-Blei SPD.	2966, 2981	Abg. Tobias Wald CDU	2991
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	2969	Abg. Emil Sänze AfD.	2993, 3004
Abg. Petra Häffner GRÜNE	2971	Abg. Peter Hofelich SPD	2995
Abg. Norbert Beck CDU	2972	Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP.	2999
Abg. Gernot Gruber SPD.	2973	Staatssekretärin Dr. Gisela Splett.	3001
Abg. Klaus Hoher FDP/DVP.	2973	Abg. Andreas Glück FDP/DVP	3004
Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU	2974	Beschluss	3005
Ministerin Dr. Susanne Eisenmann	2977		
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	2982		
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	2982		
Beschluss	2983		

3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung – Drucksache 16/2861	Staatssekretärin Dr. Gisela Splett 3017
	Beschluss 3018
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3101. 3012	4. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 14. November 2017 – Mittelfristige Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2017 bis 2021 – Drucksachen 16/3018, 16/3218. 3018
Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE 3012	Beschluss 3018
Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU. 3013	Nächste Sitzung 3018
Abg. Emil Sänze AfD. 3015	
Abg. Rainer Stickelberger SPD 3015	
Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP. 3016	

Protokoll

über die 50. Sitzung vom 15. Dezember 2017

Beginn: 9:31 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Nehmen Sie bitte Ihre Plätze ein. Stellen Sie die Gespräche möglichst ein. Sollten sie ganz dringend sein, können Sie sie gern nach außerhalb des Plenarsaals verlegen. – Vielen Dank.

Guten Morgen! Ich eröffne die 50. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Berg, Herr Abg. Deuschle, Herr Abg. Halder, Herr Abg. Kopp, Herr Abg. Dr. Meuthen, Frau Abg. Reich-Gutjahr und Herr Abg. Dr. Schweickert.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztägig Herr Minister Lucha, Herr Minister Wolf, Herr Minister Hermann, Frau Staatsrätin Erler, Frau Staatssekretärin Schütz, ab 12:30 Uhr Frau Staatssekretärin Olschowski und ab 14:30 Uhr Herr Minister Hauk.

Im **E i n g a n g** befindet sich die Mitteilung des Rechnungshofs vom 13. Dezember 2017 – Beratende Äußerung „Flüchtlingsaufnahme in Baden-Württemberg“ –, Drucksache 16/3311. Ich schlage vor, diese Mitteilung vorberatend an den Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration sowie federführend an den Ausschuss für Finanzen zu überweisen. – Sie stimmen zu.

Meine Damen und Herren, wir haben heute ein Geburtstagskind in unseren Reihen. Lieber Herr Kollege Weinmann, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen sehr herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Was gibt es Schöneres, als den Ehrentag hier mit uns bei den Haushaltsberatungen zu feiern?

(Heiterkeit – Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Ja-wohl!)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19 (Staatshaushaltsgesetz 2018/19 – StHG 2018/19) – Drucksache 16/3000

Zunächst **Buchstabe a:**

Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3204

Berichterstatterin: Abg. Thekla Walker

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünscht die Berichterstatterin das Wort? – Das ist nicht der Fall. Vielen Dank.

Es wurde wohl vereinbart, dass in der Allgemeinen Aussprache zuerst die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher, dann die sportpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen und anschließend die Landesregierung sprechen.

Nun erteile ich Frau Abg. Boser für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bildungschancen der Kinder in unserem Land zu verbessern, ein leistungsstarkes und leistungsgerechtes Bildungssystem zu entwickeln, diese Ziele stehen für uns Grüne an oberster Stelle.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die letzten Leistungsvergleiche haben uns verdeutlicht: Wir haben dabei noch einen Weg vor uns. Es kann nicht sein, dass es nach wie vor einen Unterschied macht, ob ein Kind Murat oder Franziska heißt, ob die Mutter Ärztin oder der Vater Lagerarbeiter ist. Es kann auch nicht sein, dass Kinder unsere Schulen verlassen, ohne über die wichtigen Basiskonzepte wie Lesen, Schreiben und Rechnen zu verfügen. Daher brauchen wir nach wie vor Maßnahmen, um hier eine Verbesserung zu erreichen. Wir haben bereits in der Vergangenheit wichtige Weichen gestellt, und ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesem Haushalt diese Schritte fortsetzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Stärkung unserer Grundschulen ist dabei für uns ein wichtiger Beitrag, um den Schülerinnen und Schülern beste Voraussetzungen für ihren Bildungsweg zu geben. Die Kinder wissen heutzutage, wie sie ein Smartphone benutzen, wie man

(Sandra Boser)

Spiele programmiert, aber sie lesen viel weniger. Astrid Lindgren sagte einmal:

Wie die Welt von morgen aussieht, hängt im großen Maß von der Einbildungskraft jener ab, die gerade jetzt lesen lernen.

Das soll verdeutlichen, wie wichtig es ist, dass die Kinder die Macht der Bücher kennenlernen. In Zeiten von Smartphone und Tablet verliert dies zunehmend an Bedeutung. Aber es ist eine wichtige Grundlage, damit Kinder Lesen und Schreiben erlernen.

(Beifall bei den Grünen)

Mit der Einführung des neuen Bildungsplans haben wir bereits beschlossen, dass die Grundschulen mehr Stunden in Deutsch und Mathematik erhalten, und mit diesem Haushalt schließen wir die Erhöhung ab. Damit haben sie künftig mehr Zeit, um den Schülerinnen und Schülern in unserem Land Lesen, Schreiben und Rechnen beizubringen. Aber dies kann natürlich nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn wir auch die entsprechenden Lehrerinnen und Lehrer haben. Daher ist es wichtig, dass wir jetzt mit diesem Haushalt 200 zusätzliche Ausbildungsplätze für Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer schaffen; denn das ist ein großes Problem an vielen Schulen, und dieses Problem gehen wir an.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Ganztagschule kann ein Beitrag für mehr Leistungsstärke und Chancengerechtigkeit sein, wenn sie qualitativ gut umgesetzt wird. Baden-Württemberg nimmt bei den Ganztagschulen nach wie vor eine Schlusslichtposition ein. Wir wollen daher die Ganztagschulen ausbauen. Wir tun dies nicht nur, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Wir sind davon überzeugt, dass die Ganztagschule – gut umgesetzt – einen wichtigen Beitrag für Chancengerechtigkeit darstellt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Ganztagschule muss nicht nur für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen Mehrwert darstellen, sie muss auch für die Schülerinnen und Schüler einen Mehrwert darstellen. Gerade in der Grundschule können Kinder so ganzheitlich gefördert werden. Sie bietet für viele Kinder eine Chance, die sie zu Hause nicht erhalten, sich persönlich weiterzuentwickeln – sei es, dass sie Schach, Gitarre oder Handball spielen erlernen. Eine grundlegende Voraussetzung ist, eine gute Ganztagschule mit außerschulischen Partnern zu haben, und diesen Weg wollen wir weiter gehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Inklusion ist ebenfalls ein wichtiger Beitrag für Chancengerechtigkeit. Sie gelingt aber nur dann, wenn Kinder mit und ohne Beeinträchtigung gleichermaßen im Klassenzimmer gefördert werden. Hierzu braucht man gute Rahmenbedingungen und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, vor allem Sonderpädagogen, die den Unterricht mitgestalten und unterstützen. Dass die Inklusion gelingen kann, zeigen viele positive Beispiele von Schülern und die positiven Rückmeldungen von Eltern. Daher werden wir mit zusätzlichen Stellen die Inklusion weiter stärken.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Realschule, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist von jeher die Schulart, die Schülerinnen und Schüler mit der größten Leistungsspanne unterrichtet. Um dieser Heterogenität gerecht zu werden und auch als Reaktion auf den Rückgang der Zahl der Haupt- und Werkrealschulen war es wichtig, dass wir den Realschulen zukünftig die Möglichkeit geben, auch den Hauptschulabschluss anzubieten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

So werden Schülerinnen und Schüler künftig nicht nur auf den Realschulabschluss, sondern eben auch auf den Hauptschulabschluss vorbereitet. Um dies gut umzusetzen, haben wir bereits seit zwei Jahren die Poolstunden an den Realschulen ausgebaut und setzen diesen Weg fort, um mehr individuelle Förderung und Differenzierung zu ermöglichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Heterogenität der Schülerschaft in unserem Land zeigt sich auch in der vielfältigen religiösen Zugehörigkeit. Mit dem Ausbau des islamischen Religionsunterrichts und des Ethikunterrichts greifen wir dies auf.

(Zuruf von der AfD)

Der weitere Ausbau des Ethikunterrichts ist mir ein besonderes Anliegen. Hier bietet sich der Ort – ich glaube, dass das in der heutigen Zeit noch wichtiger ist als in den vergangenen Jahren –, in dem Werte und Moral vermittelt werden, der den Austausch der Religionen fördert und wo Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher religiöser Überzeugung und auch ohne religiöse Überzeugung sich austauschen und diskutieren können. Mich wundert allerdings, dass die SPD Anfang dieser Woche zwar medienwirksam verkündet hat, sie wolle einen schnelleren Ausbau des Ethikunterrichts, in diesen Haushaltsberatungen aber keinen einzigen Antrag dazu vorlegt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie lehnen doch eh ab! Würden Sie denn zustimmen? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Typisch SPD! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer finanziert das?)

– Herr Gall, die Frage dieser Diskussion stellt sich hier im Haus überhaupt nicht. Sie haben keinen Antrag vorgelegt. Wir setzen die ersten Schritte weiter um; mit uns wird Ethik in den Schulen weiter ausgebaut, mit Ihnen nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ein weiterer wichtiger Schritt für uns ist die Reform der Oberstufe an den Gymnasien und der ersten Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen. Wir sind überzeugt, dass diese Reform ebenfalls dazu beiträgt, dass zum einen unser Abitur leistungsstärker wird und zum anderen mehr Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geboten wird, auf einem neuen Weg über neun Jahre das Abitur anzustreben. Die Planung dieser Reform bedingt aber, dass wir auch das berufliche Gymnasium dahin gehend anschauen, wie wir auch in Zukunft ein starkes Abitur anbieten können. Wir sind daher überzeugt, dass beide Reformen am Ende verknüpft werden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

(Sandra Boser)

Die Digitalisierung ist eine Chance und eine Herausforderung für unsere Schulen; mit diesem Haushalt greifen wir dies auf. Die Unternehmen im Land erwarten zu Recht, dass die Schülerinnen und Schüler in unserem Land nach der Schulzeit nicht nur wissen, wie ein Smartphone, Tablet oder PC zu bedienen ist, sondern dass sie – das wird immer wichtiger – auch verstehen, wie diese Geräte funktionieren, wie sie genutzt werden können und auch wie sie programmiert werden können. Daher wird ab dem kommenden Schuljahr das Fach Informatik an allen Schularten eingerichtet. Dies ist für uns ebenfalls ein wichtiger Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Viele Kinder und Jugendliche nutzen zwar digitale Medien; es ist aber ein Unterschied, ob ich zu Hause Spiele zocke oder ob ich Spiele programmiere. Zudem hat nicht jedes Kind, hat nicht jeder Jugendliche zu Hause ein Gerät zur Verfügung. So ist es wichtig, dass Medienbildung, informationstechnische Grundlagen, Informatik an unseren Schulen vermittelt werden.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das hängt auch mit Mathematik zusammen!)

Dazu kommen die digitalen Lernplattformen, die darüber hinaus neue Möglichkeiten bieten, die Schüler individuell zu fördern, Bildungsinhalte zu aktualisieren und damit auch papierlos Lerninhalte zu vermitteln.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Da die Digitalisierung ein so starker Faktor ist, möchte ich einen anderen starken Faktor unserer Bildung nicht vergessen: Bildung ist vielfältig, und Bildung findet nicht nur in den Schulen statt. So gestalten unsere Jugendkunstschulen, Musikschulen, Kulturagenten einen wichtigen Teil der Bildung, nämlich der kulturellen Bildung. Kultur, Kunst und Musik sind die Seele einer Gesellschaft. So ist es die kulturelle Bildung, die einen ganz besonderen Beitrag für die Kinder in unserem Land leistet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Damit so viele Kinder wie möglich davon profitieren können, unabhängig davon, ob sie von Hause aus ins Museum gehen, ein Instrument erlernen dürfen oder eine Kunstschule besuchen, ist es wichtig, dass solche Angebote an die Schulen andockt werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Daher unterstützen wir die Schulkooperationen mit den Jugendkunstschulen. Wir fördern die Musikschulen, und wir setzen das Programm der Kulturagenten fort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Qualität in unseren Kindertageseinrichtungen, in der Kindertagespflege, ist uns ein besonderes Anliegen. So soll der neue Pakt für Bildung und Betreuung einen wichtigen Beitrag leisten, um die Qualität bei uns im Land zu verbessern. Wir haben uns dafür entschieden, dass am Ende in den Kindertageseinrichtungen mehr Zeit für die Kinder bleibt. So setzen wir bei den Verhandlungen mit den Kommunen auf die Qualität.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Dieser Bildungshaushalt drückt nicht nur monetär aus, wie wichtig uns in dieser Koalition die Bildung ist. Dieser Haushalt greift die Entwicklungen an unseren Schulen auf und soll damit ein Signal aussenden: Wir wissen, welche vielfältigen Aufgaben unsere Schulen erfüllen, und wir unterstützen sie dabei, das Bildungsangebot leistungsstark und leistungsgerecht zu gestalten.

Ich möchte an dieser Stelle allen danken, die dazu beigetragen haben, diesen Haushalt aufzustellen, allen voran Frau Ministerin Eisenmann, Karl-Wilhelm Röhm und der CDU. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit, und ich wünsche allen Lehrerinnen und Lehrern, allen, die Teil der Bildung in unserem Land sind, besinnliche Weihnachten, und ich wünsche ihnen, dass sie gerüstet sind für die kommende Zeit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Röhm das Wort.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir investieren mit dem Einzelplan 04 im Doppelhaushalt 22,4 Milliarden € gezielt, bedarfsgerecht und zukunftsorientiert.

Im Mittelpunkt der Bildungspolitik stehen eine Qualitätsoffensive und eine Qualitätswende. Dabei steht die CDU-Fraktion für Schulartenvielfalt und Unterrichtsqualität, für Leistung und Verbindlichkeit. Eine zentrale Zielsetzung der CDU-Landtagsfraktion ist die Stärkung der Qualität von Unterricht und Schule, und zwar über alle Schularten hinweg.

(Beifall der Abg. Sylvia Felder CDU)

Gute Schule kann nur dort gelingen, wo durch das wertvolle Engagement kompetenter, gut ausgebildeter Lehrer und Schulleiter eine hohe Unterrichtsqualität besteht.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist wesentlich! – Abg. Raimund Haser CDU: Sehr richtig!)

Die Absenkung der Lehrereingangsbesoldung um insgesamt 8 % wurde, wie versprochen, vollständig zurückgenommen. Ein weiteres Kernanliegen war uns, dass der Abbaupfad von 11 602 Lehrerstellen gestoppt wird. Die getroffenen bildungspolitischen Maßnahmen führen im Vergleich zur bisherigen Finanzplanung zu Stellenmehranforderungen von insgesamt 1 352 Deputaten.

Frau Kollegin Boser hat sehr anschaulich – das sehen wir ebenso – die wesentlichen Maßnahmen dargelegt, die getroffen wurden. Dazu noch einige ergänzende Bemerkungen unsererseits: Vor dem Hintergrund der Leistungs- und Vergleichsstudien stärken wir den Erwerb der Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen in der Grundschule mit weiteren Kontingenzstunden für Deutsch und Mathematik. Angesichts des Lehrerberarfs ist es richtig – Frau Boser hat bereits darauf hingewiesen –, dass die Zahl der Studienanfängerplätze um 200 erhöht wurde.

Mit dem Konzept zur Stärkung der Realschulen geben wir eine qualitätsvolle Antwort auf die gestiegene Heterogenität der

(Karl-Wilhelm Röhm)

Schülerschaft. Sie erhalten fünf weitere Poolstunden pro Zug zugunsten einer begabungsgerechten und leistungsdifferenzierten Förderung der Schüler.

(Beifall des Abg. Raimund Haser CDU)

Mit der von der CDU-Fraktion eingebrachten Neuordnung der gymnasialen Oberstufe eröffnen wir eine interessensgerechte Wahl von Leistungs- und Basisfächern, stärken den MINT-Bereich und sichern eine hohe Qualität des Abiturs.

Mit der Novellierung des Privatschulgesetzes unterstreichen wir das vielfältige Bildungsangebot in Baden-Württemberg.

Der Ausbau des Informatikunterrichts ist bereits angesprochen worden. Dieser ist im Zusammenspiel mit der Digitalisierungsstrategie und dem Aufbau einer digitalen Bildungsplattform zukunftsweisend.

Ausgehend von den Ganztagsgipfeln werden wir Ganztags- und Betreuungsangebote bedarfsgerecht, flexibel und familienfreundlich weiterentwickeln.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Mit dem Qualitätskonzept und dem Aufbau eines systemischen, dialogisch angelegten Qualitätsmanagements wollen wir mehr Qualität in die Schulen bringen. Ein leistungsfähiges Bildungsmonitoring soll – Herr Köberle würde sich freuen – Schulen und Lehrern Best-Practice-Beispiele geben, Unterricht professionell zu entwickeln und Schule erfolgreich zu gestalten.

Fazit: Unser Anspruch ist, dass Baden-Württemberg in den Leistungsvergleichsstudien mittelfristig wieder Spitzenplätze belegt und sich durch ein starkes, leistungsstarkes und vor allem auch chancengerechtes Bildungssystem auszeichnet.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut! Bravo!)

Meine Damen und Herren, daran arbeiten wir mit Leidenschaft und Augenmaß gemeinsam mit unserer Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann, der ich persönlich und im Namen der CDU-Landtagsfraktion meinen Dank für ihr großartiges Engagement aussprechen möchte, und ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen, liebe Koalitionspartner.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aber keine Weihnachtsgrüße an die Schulen! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Weihnachtliche Liebeserklärung! – Weitere Zurufe)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Balzer das Wort.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Im Haushaltsentwurf sieht man es schwarz auf weiß, was der Landesregierung wichtig ist: Gemeinschaftsschule, Inklusion – das Übliche. Die Gemeinschaftsschule ist an sich gescheitert, die Anmeldezahlen sinken. Nun ist es auch beim Treffen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft deutlich geworden: Die Inklusion überfordert Lehrer und Mitschüler. Der erste Inklusionsbericht liegt vor. Die Zahl der Kinder mit sozialpädagogischem Förderbedarf ist in einem Jahr um 3 % gestiegen. Großes Staunen allerorten. Womit hat dies zu tun?

Wenn wir uns immer auf die Schwächen der Kinder fokussieren, wenn die Schwächen positiv sanktioniert werden, wenn der Schwächere eine bessere Förderung bekommt als der durchschnittlich Begabte, dann brauchen wir uns hierüber nicht zu wundern.

(Beifall bei der AfD)

Wenn die Anzahl derer, die diese Privilegien in Anspruch nehmen, zunimmt, dann befördern wir aber gerade die Schwächen der Schüler.

Vor ungefähr zehn Jahren hatten wir eine umgekehrte Entwicklung: Die Hochbegabten waren für eine kurze Zeit im Fokus der Öffentlichkeit. Plötzlich meinte jede Mutter, sie hätte einen hochbegabten Sohn zu Hause.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Man nennt dies eine sich selbst erfüllende Prophezeiung.

Es geht hier um grundsätzliche Entscheidungen: Wollen wir bei den Schülern an die Stärken anknüpfen und aufbauen, oder möchte ich mit meinen Schwächen hausieren gehen? Wollen wir an die Stärken anknüpfen? Das wollen wir. Denn wir sehen die Leistungsfähigkeit der jungen Menschen im Vordergrund.

(Beifall bei der AfD)

Aus diesem Grund sind wir gegen die Gleichmacherei in der Gemeinschaftsschule und gegen die Umwandlung der Realschule unter der Hand in eine Gemeinschaftsschule zweiter Klasse.

Ein erster positiver Schritt in diese richtige Richtung war die Einrichtung der Hochbegabtenhochschule für die MINT-Fächer. Wir begrüßen es, wenn weitere Schulen für Hochbegabte folgen.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD fordert eine gezielte Förderung begabter Schüler gemäß unserem Änderungsantrag das Kapitel 0436 betreffend. Wir möchten hierfür einen Betrag einstellen, wie er bis 2016 vorhanden war, und die bis dahin vorhandenen Förderprogramme weiterführen.

Im Weiteren beantragen wir 500 000 € für ein Programm zur individuellen Bildungs- und Laufbahnberatung eben für besonders begabte Schüler. Es sollten Sonderklassen eingerichtet werden zur Vorbereitung von Schülern, die in der Lage sind, Klassen zu überspringen, oder die Vorlesungen an einer Hochschule besuchen möchten.

Studienfahrten zu bedeutsamen Stätten der deutschen Geschichte – Änderungsantrag zum Kapitel 0465. Unsere Formulierung geht deutlich weiter und ist umfassender als die Beschreibung „Studienfahrten zu Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts“. Die zusätzlichen Mittel sollen neben dem Besuch der Gedenkstätten auch dem Besuch von Orten der deutschen Geschichte – den Burgen der Staufer in Baden-Württemberg oder dem Hartmannsweilerkopf in Frankreich – dienen.

(Beifall bei der AfD)

(Dr. Rainer Balzer)

Auch Königsberg, heute Kaliningrad, als Lebensort Immanuel Kants könnte für einen Philosophiekurs eine Reise wert sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schon viele gemacht!)

Wir haben vollstes Vertrauen in unsere Lehrkräfte, dass sie hier Angemessenes auswählen. Selbstverständlich, meine Damen und Herren, geht es nicht um Geschichtsrevisionismus.

Als Ergebnis der Anhörung der Musikschulen beantragt die AfD-Fraktion eine Stärkung – also zusätzliche Mittel – für das Programm „Singen – Bewegen – Sprechen“, ein ganzheitliches Konzept, das auch dem Spracherwerb dient. Es fördert die musikalische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, wie viele Untersuchungen bestätigen. Dies gilt im Besonderen für das Singen in der Gruppe, für das gemeinsame Singen. Ich denke, dass Menschen, die selbst Musik machen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Stimmen Sie mal an!)

– das kann ich gern gelegentlich tun –, dafür nicht einmal eine wissenschaftliche Untersuchung brauchen. Denken Sie einfach daran, in welche Stimmung Sie sich begeben, wenn Sie gute Musik machen oder machen wollen. Deshalb ist für uns die Förderung der Musikausbildung von Kindern und Jugendlichen in klassischer Musik – Kapitel 0465 – ein Schwerpunkt.

(Beifall bei der AfD)

Die elementaren Schwächen unserer Schulen sind nicht die Lehrer, nicht die Schüler, sondern es sind die Bildungsziele und die Lernmaßstäbe – und dies beginnt in der Grundschule. Die IQB-Studie hat es gezeigt: Lernen ist mit Anstrengung verbunden.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist immer so im Leben! – Abg. Nicole Razavi CDU: Lernen ist manchmal mit Schmerzen verbunden!)

Dieser Grundwahrheit müssen wir, auch wenn es unangenehm ist, ins Auge schauen. Es muss wieder mehr geübt werden.

Die Ergebnisse der IGLU-Studie, der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung, haben wieder einmal einige aufgeschreckt. Ein Fünftel der Grundschüler kann nicht richtig lesen. Iglu – ein kleiner, runder Bau aus Schnee – er ist klein; man bleibt für sich drin – mit kleinen Fenstern. Dadurch ist die Sicht in die weite Welt durchaus etwas begrenzt. Es ist kalt. Eine kleine Öffnung oben sorgt dafür, dass die warme Luft entweicht.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das richtige Wohnhaus für die AfD!)

Das ist gut so. Denn die Grünen und die SPD haben im Bereich der Bildung in letzter Zeit viel warme Luft produziert.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Nun sorgt wenigstens der Iglu dafür, dass die warme Luft nach oben entweichen kann, und das ist gut so.

Wir brauchen schwarz auf weiß, was unsere Bildungslandschaft taugt. Deshalb fordere ich hier eine deutliche Wiederausrichtung der Grundschule auf das Üben, auf das Lernen, auf das Lernen des Lesens, des richtigen Schreibens und der Rechtschreibung

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

und eben nicht nach der Methode: Schreiben nach Gehör. Dank an unsere Kultusministerin, dass dies nicht mehr verbindlich ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Dieses Schreiben nach Gehör hat erfahrungsgemäß eine große Anzahl von Schülern mit Lese- und Rechtschreibschwäche hervorgebracht. Das Ergebnis entspricht dem Unterricht und dem Lernniveau in den deutschen Schulen. Das Lernniveau hat nicht nur, wie oft behauptet, mit der sozialen Herkunft zu tun, sondern eben auch mit dem Unterricht. Die Ursachen liegen also nachweislich auch in den Lehrplänen. Daher fallen natürlich die Kinder positiv auf, die zu Hause mit ihren Eltern oder einem anderen Verwandten Lesen oder Rechnen üben.

Wir fordern daher eine Intensivierung des Rechnenlernens und des Rechnens ohne Taschenrechner.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Insbesondere das Kopfrechnen muss wieder intensiver geübt werden. Dazu gehören auch das kleine und das große Einmal-eins. Das Durchreichen ungeeigneter, nicht hinreichend sozialisierter und auch nicht hinreichend begabter Schüler in weiterführende Schulen und das Wegsehen bei Leseschwäche hat fatale Auswirkungen auf das Lernniveau der ganzen Klasse und auf die Bildungsbiografie der Schüler.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Deshalb halten wir den Ausbau der Gemeinschaftsschule für den falschen Weg; siehe unseren Antrag auf Reduzierung bei Kapitel 0418.

Die Grünen bzw. die CDU unter der Flagge der grünen Landesregierung versuchen hier umzusetzen, was vorher schon bei der SPD mit den Grünen gescheitert ist. Die Realschule soll unter der Hand doch wieder zu einer Art Gemeinschaftsschule umfunktioniert werden, Stichwort „Hauptschulabschluss an der Realschule“.

Die Landesregierung baut an den Gymnasien Stellen ab: 267 Stellen im Jahr 2018, 99 Stellen im Jahr 2019.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist traurig!)

Warum? Die Gymnasien sind so beliebt wie nie zuvor. Deshalb unsere Änderungsanträge zum Thema Personal in Gymnasien, Haupt- und Werkrealschulen und zum Erhalt und zur Stärkung der sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren, vielleicht doch besser Förderschulen genannt, im Kapitel 0408.

Auch merkwürdige Dinge sind uns beim Lesen der Pläne aufgefallen. Es gibt in vielen Bereichen eine Kostensteigerung trotz Stellenabbau. Der Verweis auf Zulagen nach besoldungs-

(Dr. Rainer Balzer)

rechtlichen Vorschriften ist ein bisschen wenig. Bei gleichbleibender Stellenzahl dürften die Kosten eigentlich nur im Rahmen von Beförderungen steigen. Oder sollen Umbauten von der Hauptschule zur Gemeinschaftsschule mit Zulagen und Beförderungen versüßt werden? Das kann ja wohl nicht sein.

Grundsätzlich noch: Seit vielen Jahren legen internationale Organisationen wie die OECD einen Blick auf unser Schulsystem. Auch die EU macht das inzwischen. An dieser Stelle möchte ich die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips anmahnen. Bildung ist Ländersache.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Die Frage ist: Was haben diese internationalen Organisationen mit unserem Schulsystem vor? Geht es hier noch um die Bedürfnisse der deutschen Bevölkerung, oder geht es um die Angleichung an sogenannte einheitliche internationale Standards?

Zurück ins Land: Wir leiden unter Lehrermangel in bestimmten Fächern – in den Ausschüssen wurde das schon besprochen – und auch unter Lehrermangel in bestimmten Regionen. Um diesem Problem abzuweichen, müssen wir handeln. Der Lehrerberuf muss wieder attraktiver werden. Das ist er derzeit nicht wirklich. Um neue Lehrer zu gewinnen, beantragt die AfD jeweils 1 Million € pro Jahr zusätzlich, um neu eingestellte Lehrer in den MINT-Fächern, in den Mangelfächern, mit Zulagen zu gewinnen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir haben auch den Antrag gestellt, dass ein Mangel an Lehrkräften in einzelnen Regionen durch ein entsprechendes Zulagensystem ausgeglichen werden sollte.

Meine Damen und Herren, nur kurz: Was kostet uns die Flüchtlingskrise? Seit einigen Monaten stellen viele Abgeordnete dieses Hohen Hauses Kleine und Große Anfragen zu der Lehrerversorgung der Schulen in ihren Wahlkreisen. Das ist ein Signal, dass man sich kümmert – sehr sinnvoll.

Wir fordern die Rückübertragung der 1 165 Lehrerstellen, die für den Unterricht von Flüchtlingen dem allgemeinen Schulbetrieb entzogen worden sind. Und wir beantragen 5 Millionen € für Lehrer aus den Herkunftsgebieten der Flüchtlinge, die diese im Rahmen unseres Programms „Fit4Return“ in der Sprache ihres Herkunftslands unterrichten sollen.

(Beifall bei der AfD)

Zum Sport ein Lob. Der Sport findet vor allem in der Freizeit statt. Im Nachmittagsunterricht beißt sich das ein bisschen mit der Ganztagsbetreuung. Wir haben darüber schon diskutiert. Wir möchten unser Augenmerk auf einen sauberen Breitensport ohne Doping richten – sauber, ohne unerlaubte Medikamente.

In meiner Heimatgemeinde finden der Kraichgau-Marathon und inzwischen auch der Kraichgau-Triathlon und der Kraichgau-Ironman statt. Wenn ich mir vergegenwärtige, was dort im Vergleich mit den Ergebnissen von vor zehn oder 20 Jahren geleistet wird und was mir von Sportlern erzählt wird,

dann kommen mir doch berechtigte Zweifel, ob diese Leistungen nur mit Training möglich sind.

Der Sport ist eine Charakterschulung. Der Mensch lernt dort, an seine Grenzen zu gehen, diese zu überwinden und über sich hinauszuwachsen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Er lernt, nicht gleich aufzugeben, sondern über Tiefen hinweg an einer Sache dranzubleiben. Deshalb ist es wichtig, dass diese Aspekte nicht durch das Einschmeißen von Pillen außer Kraft gesetzt werden.

Ein Großteil der Dopingmittel wird im Freizeitsport konsumiert. Wir möchten Initiativen für einen sauberen Freizeitsport auf den Weg bringen. Leider hat unsere Initiative gestern wieder einmal Aktualität erfahren – erwartungsgemäß natürlich von einem Radfahrer. Ich war selbst einmal einer. Chris Froome wurde positiv auf Salbutamol getestet – natürlich in der doppelten Menge wie erlaubt.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Salbutamol ist übrigens ein Medikament bei Asthma. Angeblich hat er Asthma – also durchaus ein Themenfeld für freiwillige Kontrollen.

Wir bleiben dran, bevor aus diesem kleinen Flämmchen in diesem Freizeitbereich ein Flächenbrand wird. Denn Sie wissen ja: Nach Kurt Tucholsky gilt immer derjenige, der auf den Schmutz hinweist, als viel gefährlicher als derjenige, der den Schmutz macht.

Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei das Wort.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Für eine Bildungsdebatte könnte man ein bisschen mehr Schwung brauchen.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Mannheim vorn!
– Zurufe der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von den Grünen! Sie stehen doch auf Noten. Das können Sie vorab gern haben: Rechnen „ungenügend“ – „Sechs“, Herr Röhm – wegen mehrfachen Täuschungsversuchs,

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der AfD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich habe meine Fünf mit Stolz getragen!)

und dies übrigens ergänzend zu der „Vier“, die ich den Grünen vor einigen Wochen wegen unterlassener Unterstützung der Gemeinschaftsschulen im Land gegeben habe.

Da wir, die SPD, uns aber sehr gern an modernen pädagogischen Methoden orientieren,

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wie war das bei Ihnen?)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

nachfolgend eine differenzierte Leistungsrückmeldung und vorab ein paar Übungsaufgaben.

(Zuruf des Abg. Fabian Gramling CDU)

Lieber Kollege Röhm, zu Ihren Mehreinstellungen – Ihr Haushalt – Frage 1

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: „Stellenmehrforderungen“ habe ich gesagt!)

– zuhören! –: Was gibt 1 206,5 Stellenzugänge für das Jahr 2018 minus 1 992,5 Stellen? Ich helfe Ihnen. Die Antwort lautet: minus 786 Stellen für das Jahr 2018.

Kollegin Boser, Frage 2:

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir lösen die Aufgabe gemeinsam! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Nicht nur Fragen stellen!)

Wenn jetzt im zweiten Haushaltsjahr – 2019 – aber nur 325 Stellen dazukommen, sind das dann insgesamt mehr oder weniger Stellen?

(Beifall des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Antwort: Es sind minus 461 Stellen. Wie kommen Ihre Fraktionsvorsitzenden dann zu der am Mittwoch aufgestellten Behauptung, in diesem Doppelhaushalt gebe es mehr Lehrerstellen? Ihre Politik heißt Lehrstellenstreichung, und dies in einer Zeit, in der wir dringend mehr Lehrkräfte an den Schulen brauchen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dafür waren Sie in der Vergangenheit zuständig!)

Herr Röhm, da es bei Ihnen noch nicht angekommen ist, Frage 3 – das ist jetzt eine Verständnisfrage –: Wenn Schulen neue Aufgaben wie Integration, wie Inklusion oder gar neue Fächer und Poolstunden dazubekommen,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

brauchen sie dann mehr oder weniger Lehrkräfte? Antwort: Natürlich mehr! Mehr Lehrkräfte für mehr Aufgaben, für mehr Stunden und übrigens auch, weil wir – im Gegensatz zur letzten Legislatur – sicher wissen, dass wir mehr Schülerinnen und Schüler haben. Deswegen brauchen wir jetzt eine echte Aufstockung der Schulen mit Lehrkräften. Sie können sich auch nicht mit Lehrermangel herausreden. Draußen gibt es 2 200 Gymnasiallehrkräfte auf dem Markt, die keine Stelle erhalten haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Welche Noten? – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Wie viele Gymnasiallehrer wollten an die Grundschulen?)

Sie ergreifen diese Chance nicht. Das ist doch absurd, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Zum Abschluss Frage 4: Ist es, wenn Finanzministerin Sitzmann im Landtag nun verkündet, es gebe 1 300 Lehrkräfte mehr an den Schulen, obwohl wir bei den Fragen 1 und 2 bereits zu einem anderen Ergebnis gekommen sind, dann ein Rechenfehler oder bewusste Täuschung?

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Antwort: Es ist ein eindeutiger Täuschungsversuch – Note „Sechs“.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da haben wir etwas gemeinsam, Frau Ministerin!)

Denn ganz kleinlaut hat sie in ihrer Haushaltsrede hinzugefügt: „als in der bisherigen Finanzplanung vorgesehen“. Das bedeutet nur, dass weniger gestrichen wird,

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Als von Finanzminister Schmid! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

als von Ministerpräsident Kretschmann seit 2012 immer wieder verlangt.

Wenn man aber, Frau Boser, Stellen erst streicht und dann wieder einige hinzufügt, dann muss man diese auch verrechnen. Sich nur für die Zugänge feiern lassen zu wollen und die Streichungen zu verschweigen ist schlichtweg unredlich, und dies vor allem dann, wenn am Ende ein klares Minus für die Ausstattung der Schulen bleibt. Wissen Sie, warum Sie bei den Bürgerinnen und Bürgern damit nicht durchkommen? Wir haben bereits jetzt einen deutlich erhöhten Unterrichtsausfall an den Schulen, und den können Sie nicht schönrechnen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Kollegin Boser, Kollege Röhm, Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen, ich verstehe Sie an dieser Stelle nicht. Sie haben Anfang des Schuljahrs 1 074 Lehrstellen gestrichen. Ich kann heute nur noch einmal an Sie appellieren – auch mit Blick auf unsere Anträge, über die wir später abstimmen –: Nehmen Sie diesen ökokonservativen Abbauwahnsinn zurück. Wir brauchen Lehrkräfte, die unsere Schulen unterstützen.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben Ihren Stellenabbau zurückgenommen!)

Herr Röhm, die Trickserei geht ja noch weiter. Sie feiern deutliche Mehrausgaben für den Kulturbereich. Aber im Jahr 2016 umfasste der Kultusetat 22,8 % des gesamten Staatshaushalts. Bis 2019 sinkt dieser Anteil auf 22,3 %. Sie geben also relativ weniger Geld für Bildung aus, anderes ist Ihnen wichtiger.

Am vergangenen Mittwoch haben Sie, Herr Reinhart, 800 Millionen € mehr an Mitteln für den Kultusetat bejubelt. Übrigens sind es nur 749,7 Millionen €; Sie haben auch noch falsch gerundet. Aber selbst davon entfallen 420 Millionen € auf erhöhte Pensionszahlungen, 68 Millionen € auf erhöhte Kosten für die Beihilfe. Damit sind wir bereits bei lediglich 300 Millionen € Zuwachs. Davon wiederum – was auch wich-

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

tig ist – sind 121 Millionen € für die Privatschulen und 40 Millionen € für den Schulbau vorgesehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Aber beides muss abgezogen werden. Nichts hiervon kommt erst einmal direkt in der Personalausstattung an den staatlichen Schulen an.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Auf 11,4 Milliarden sind wir hoch! – Zuruf der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

– Hören Sie zu. – Nach Berechnungen, lieber Kollege Reinhart, der GEW bleiben von Ihren pompös verkündeten zusätzlichen 800 Millionen € gerade einmal 42 Millionen € über alle Schulkapitel hinweg übrig. Das ist 19-mal weniger, als Sie den Menschen vorzugaukeln versuchen. So wichtig ist der CDU und den Grünen die Bildung hier in diesem Land.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wer hat den Abbaupfad in der letzten Periode zu verantworten?)

– Warten Sie einmal, es geht noch weiter. – Was Sie überhaupt nicht thematisieren, ist, dass wir noch zwei Tarifrunden vor uns haben. Das sind für die Jahre 2018 und 2019 geschätzt ungefähr 400 Millionen €, die noch nicht einmal ansatzweise berücksichtigt wurden.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das steht den Beamten zu! Wir sind fürsorgliche Begleiter, Herr Kollege!)

– Herr Reinhart, Entschuldigung, wen wollen Sie denn für dumm verkaufen? Ihr Bildungsetat ist völlig unzureichend finanziert. Das hat nichts mit Zukunftsgestaltung zu tun, das ist Raubbau an unseren Schulen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hans Peter Stauch AfD – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Fünf Jahre habt Ihr nichts gemacht! Wir erhöhen jetzt!)

Es wird Ihnen auch nicht gelingen, den Mangel schönzudefinieren. In der Inklusion haben Sie bereits im Frühjahr angefangen und die Order von oben erteilt, bei der Bedarfsfeststellung genauer hinzuschauen. Kritik von Eltern und Lehrkräften an diesem Vorgehen – so empfinden es viele – wird wie mit dem eisernen Besen behandelt. Das gilt übrigens auch, wenn es um Nachfragen kritischer Natur zu den Themen Gemeinschaftsschule oder Aufstiegsqualifizierung geht. „Resolut oder rüde?“, so fragte die „Südwest Presse“ am 12. Dezember 2017 mit Blick auf den Politikstil der Kultusministerin.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Frau Ministerin, bei allem Respekt, aber Sie müssen aufpassen, dass es am Ende des Tages nicht heißt: Beides – resolut im Schönrechnen und rüde im Abbügeln.

(Beifall bei der SPD)

Aber, Kolleginnen und Kollegen, Täuschungsversuche sind das eine, verpasste Chancen sind das andere. Stichwort „Gebührenfreiheit in Kindertagesstätten“: Auch hierzu stehen Sie bei den Bürgerinnen und Bürgern im Wort. Wir sind damit einverstanden, dass Sie mehr als 80 Millionen € in eine Qua-

litätsoffensive investieren wollen. Wir werden Sie übrigens auch nicht aus der Verantwortung entlassen, bis ein schlüssiges Konzept vorliegt. Die jetzige Haushaltslage erlaubt aber trotzdem, gleichzeitig den Einstieg in die Gebührenfreiheit vorzunehmen. Zwei so wichtige Themen jetzt gegeneinander auszuspielen ist kurzsichtig und schadet dem Land.

Die Gebührenfreiheit ist ein wichtiges Signal für die Familien. Über Jahrzehnte trug Baden-Württemberg unter den CDU-regierten Ländern die rote Laterne beim Ausbau frühkindlicher Bildungs- und Betreuungsangebote.

(Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es!)

Erst mit dem Regierungswechsel 2011 hat maßgeblich die SPD die Wende eingeleitet und dieses Land in Sachen Qualität auf einen Spitzenplatz geführt.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Ja, das sieht man!)

Fragen Sie bei der Bertelsmann Stiftung nach.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden sich heute entscheiden müssen: Bleiben Sie – –

(Unruhe bei der CDU)

Ich bin da völlig entspannt.

(Zuruf von der CDU: Das ist ja das Dilemma! – Heiterkeit)

Das Lob kommt nicht von uns, es kommt von der Bertelsmann Stiftung, die Baden-Württemberg außerordentliche Verdienste zugewiesen hat. Das hat auch mit dem damaligen Kultusminister Andreas Stoch zu tun. Darauf sind wir noch heute stolz.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU)

Nein, Sie werden sich heute entscheiden müssen: Bleiben Sie einmal mehr nur bei Lippenbekenntnissen und Sonntagsreden? Oder sind Sie bereit, bei der wichtigen gesellschaftspolitischen Maßnahme „Gebührenfreiheit für den Kindertagesstättenbesuch“ voranzukommen? Die SPD in Baden-Württemberg will Familien entlasten. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Der Einstieg in die Gebührenfreiheit für den Besuch von Kindertagesstätten muss jetzt kommen.

(Beifall bei der SPD)

Qualität – da sind wir uns, wie ich glaube, im Hause einig – ist nicht nur für Kindertagesstätten wichtig.

(Zuruf von der CDU: Ja, genau!)

Ja, Kollegin Boser, ja, Kollege Röhm, wir brauchen bessere Ergebnisse. Darum wollen wir Ihre Lehrerstellenstreichung zurücknehmen. Wir haben solide gegenfinanzierte Anträge für die Einstellung von Gymnasiallehrkräften vorgelegt. Ich habe es gesagt: Über 2 200 Lehrkräfte

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Welcher Qualität?)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

haben in diesem Jahr keine Stelle bekommen, während an den Schulen Unterricht ausfällt. Das grenzt an einen Skandal.

Wir fordern eine deutliche Einstellungsoffensive. Wir fordern die Schaffung von 100 Stellen für Gemeinschaftsschulen, 100 Stellen für die beruflichen Schulen und 75 Stellen für die Aufstockung der Krankheitsreserve und des Entlastungskontingents auch an den Gymnasien.

Wir fordern Stellen für die dauerhafte Entfristung der Lehrkräfte, die in der Sprachförderung an Schulen tätig sind. Wir fordern eine Aufstockung um 200 Studienplätze in der Sonderpädagogik. Frau Boser, wenn Ihnen Inklusion so wichtig ist, warum haben Sie seitens der Fraktion GRÜNE unsere Anträge dazu abgelehnt?

Auch für die Bezahlung befristeter Lehrkräfte über die Sommerferien fordern wir Mittel, insbesondere sofern von Anfang an klar ist, dass diese Lehrkräfte nach den Sommerferien weiterhin gebraucht werden. Ferner brauchen wir Stellen für den Abbau des Beförderungsstaus bei Fachlehrern und technischen Lehrkräften, damit sich der Quereinstieg lohnt.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Seit wann sind Sie im Landtag?)

Außerdem fordern wir deutlich mehr Geld für die Schulsanierung und eine Stärkung des lebenslangen und demokratischen Lernens. Wir wollen eine deutliche Aufstockung der Förderung der Volkshochschulen und kirchlichen Weiterbildungsträger. Wir müssen in diesem Land zumindest den bundesdeutschen Durchschnitt erreichen.

Kolleginnen und Kollegen, Zukunft gestalten Sie nicht mit dem eisernen Besen. Zukunft im Bildungsbereich gestalten Sie durch eine ausreichende Anzahl von Lehrerstellen und eine motivierte Lehrerschaft, die bereit ist für Fortbildung und neue Methoden, demokratische Impulse und eine Stärkung der Familien im Land. Dafür steht die SPD.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das war moderner Unterricht! Er stellt sich seine Fragen selbst!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der einen Seite umfasst der Kultushaushalt heute immerhin 11 Milliarden €, aber auf der anderen Seite fällt an den Schulen in unserem Land in erheblichem Maß Unterricht aus oder muss fachfremd erteilt werden. Dieser Widerspruch legt doch ganz erhebliche grundsätzliche Störungen im Betriebssystem Schule offen.

Darum wird es allerhöchste Zeit für eine fundierte Erhebung des Bedarfs an Lehrerstellen, wie ich sie im Namen der FDP/DVP-Fraktion nun schon seit Jahren gebetsmühlenartig fordere.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dass der Rechnungshof mit dieser Aufgabe betraut wurde, stimmt uns hoffnungsfroh, auch wenn der Bericht nun schon seit über einem halben Jahr auf sich warten lässt. Roland Muschel hat es diese Woche vollkommen richtig formuliert – ich zitiere –:

Ein zweiter Schönheitsfehler ist das Fehlen eines längst erwarteten Rechnungshof-Gutachtens über den Kultusbereich. Die Schüler-Lehrer-Relation ist in Baden-Württemberg besser als andernorts; jeder fünfte Euro, den das Land investiert, fließt in die Schulen – leider mit bescheidenem Erfolg. Eine kritische Analyse, ob die 117 000 Lehrer im System alle gewinnbringend eingesetzt werden, ob es mehr Stellen oder einer besseren Steuerung oder beider Maßnahmen bedarf, ist daher überfällig.

„Südwest Presse“ vom 13. Dezember 2017. – Und er hat vollkommen recht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn es geht auch anders. Das Land Hessen beispielsweise erfasst den Unterrichtsausfall systematisch, hat dadurch einen guten Überblick über den tatsächlichen Bedarf einer Schule an Lehrern und kann jeder Schule ein Budget für die Unterrichtsversorgung zuweisen nach dem Muster: 100 % für den Pflichtunterricht plus x als Reserve gegen Unterrichtsausfall oder für besondere inhaltliche Schwerpunkte der jeweiligen Schule. So wird die Eigenverantwortung der Schulen gestärkt, und zwar nicht, indem ihnen nur einseitig mehr Aufgaben übertragen werden, sondern auch, indem ihre Ausstattung transparent und auskömmlich berechnet wird. Das sind unsere Vorstellungen von guter Schulpolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Thomas Hentschel GRÜNE)

Wenn die Kultusministerin es mit ihrem Qualitätsversprechen wirklich ernst meint und sie die Unterrichtsversorgung substanziell verbessern will, muss sie nach unserer Auffassung auch die Eigenverantwortung der Schulen stärken.

Aus diesem Grund haben wir beantragt, dass die frei werdenden Mittel aus den rund 600 zu Beginn des Schuljahrs 2017/2018 nicht besetzten Lehrerstellen nicht, wie von der Landesregierung geplant, in den Landeshaushalt zurückfließen. Die Mittel sollten vielmehr bei den betroffenen Schulen verbleiben. Davon könnten sie Verwaltungskräfte, Pädagogische Assistenten oder Schulsozialarbeiter einstellen. Dadurch entlastet man Schulleiter und Lehrer, damit diese sich endlich wieder mehr ihrer Kernaufgabe zuwenden können, nämlich der pädagogischen Arbeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zu diesem Antrag fordern wir im Übrigen eine Stellungnahme von Ihnen, Frau Kultusministerin, ein.

Der Kultushaushalt für die Jahre 2018/2019 ist ferner ein Manifest der Mutlosigkeit der Regierung Kretschmann II im Umgang mit der völlig verkorkten Bildungspolitik der Regierung Kretschmann I.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Dr. Timm Kern)

So geht die Privilegierung der Gemeinschaftsschule einfach munter weiter. Nach wie vor gilt für sie der Klassenteiler 28; bei allen anderen Schulen liegt er bei 30.

Nach wie vor erhält die Gemeinschaftsschule zusätzliche Lehrerwochenstunden zur individuellen Förderung.

Nach wie vor ist die Schulbauförderung auf die Gemeinschaftsschule zugeschnitten. Rund die Hälfte der Mittel fließen in die Gemeinschaftsschulen.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Nach wie vor ist die Gemeinschaftsschule automatisch verbindlich rhythmisierte Ganztagschule und erhält neben dem Baukostenzuschuss den entsprechenden Zuschlag an Lehrerwochenstunden.

Und nach wie vor hält die Landesregierung daran fest, dass die Gemeinschaftsschulen eigene gymnasiale Oberstufen bekommen können.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau! Unglaublich!)

Sie starten zum Schuljahr 2018/2019 wohl an zwei Standorten.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist unverantwortlich!)

Angesichts dieser fortgesetzten Privilegierung ist es kein Wunder, wenn die Gemeinschaftsschule trotz rückläufiger Nachfrage nicht nur weiter auf Kosten anderer Schularten hochwächst,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

sondern auch zusätzliche Mittel von ihnen beansprucht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Anton Baron AfD und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

So werden im Haushaltsjahr 2018/2019 laut Bericht des Kultusministeriums 1 239 Lehrerstellen von anderen Schularten in die Gemeinschaftsschulen fließen, und dies alles, obwohl die Zahl der Anmeldungen an den Gemeinschaftsschulen zum Schuljahr 2017/2018 um rund 1 200 Schüler gegenüber dem Vorjahr sinkt.

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Wir Freien Demokraten dagegen wollen einen fairen Wettbewerb zwischen den Schulen und beantragen, den Klassenteiler für die Gemeinschaftsschulen von 28 auf 29 Schülerinnen und Schüler heraufzusetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Die frei werdenden Personalmittel werden auf alle Schularten verteilt, um die Reserven für Vertretungslehrkräfte zu stärken,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr gut! Endlich sagt das mal jemand!)

die allgemeine Unterrichtsversorgung zu verbessern sowie den Ethikunterricht, den islamischen Religionsunterricht und den Informatikunterricht an allen Schularten ausbauen zu können.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Zuruf von der FDP/DVP: Jawohl!)

Am grundlegenden Ziel eines Klassenteilers von 28 Schülern für alle Schularten halten wir selbstverständlich fest.

Darüber hinaus haben wir folgende Korrekturen an der von Kultusministerin Eisenmann übernommenen grün-roten Bildungspolitik beantragt:

Erstens: den Verzicht auf die Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen und den Verzicht auf die Fortsetzung des sogenannten Schulversuchs G 9. Denn beides stellt eine unnötige Konkurrenz zu den beruflichen Gymnasien dar. Deshalb sollen die beruflichen Gymnasien auch die frei werdenden Mittel erhalten, sodass jeder Bewerber mit den entsprechenden Voraussetzungen dort auch einen Platz erhalten kann – wenn möglich, in der gewünschten Fachrichtung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Kern, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Poreski zu?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nein. – Das wäre eine haushaltspolitische Maßnahme, liebe Frau Eisenmann, die Ihrem Schwerpunkt „Berufliche Bildung“ im Vorsitz der Kultusministerkonferenz auch tatsächlich entsprechen würde.

Zweitens: einen behutsameren Ausbau der Inklusion, der vor allem auf Qualität setzt. Die für die Inklusion zur Verfügung stehenden Mittel sollten besser auf wenige Inklusionsangebote entfallen, dafür aber eine hohe Qualität gewährleisten, wie wir sie von den Sonderschulen bzw. den SBBZ gewöhnt sind.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Drittens: die Verankerung der offenen Ganztagschule im Schulgesetz. Diese Form droht bei der Regierung Kretschmann II eine Ganztagschule zweiter Klasse zu werden. Die offene Ganztagschule bindet weniger Mittel als die verpflichtend rhythmisierte Ganztagschule. Die frei werdenden Mittel wollen wir für die Kooperation aller Schulen mit außerschulischen Partnern in Musik, Sport, Kunst und Jugendarbeit einsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der mehr als fragwürdige Umgang mit den außerschulischen Partnern zeigt sich insbesondere bei den Kunstschulen. Zum zweiten Mal schon werden sie zu Bittstellern degradiert, indem die Mittel im Haushaltsentwurf zuerst nicht eingestellt, aber kurz vor Ladenschluss dann noch gönnerhaft zugesagt werden. Die Kunstschulen brauchen wir aber als wichtige Kooperationspartner der Schulen, und sie brauchen von der Politik Planungssicherheit. Grün-Schwarz nutzt sie lieber für eine schöne Fotokulisse der Regierungsfractionen. Das geht gar nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von Grün-Schwarz.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Dr. Timm Kern)

Ich fordere Sie im Namen der Freien Demokraten auf, diese unwürdige Schatullenpolitik endlich zu beenden und Planungssicherheit und Verlässlichkeit ins Stammbuch des Haushalts zu schreiben.

Die FDP/DVP-Fraktion würdigt dagegen ausdrücklich die Bereitschaft der Regierungsfractionen zu interfraktionellen Anträgen auf einen höheren Zuschuss an den Friedrich-Bödecker-Kreis für seine vermehrten Aufgaben im Bereich der Leseförderung sowie an die Deutsch-Amerikanischen Zentren für ihren Einsatz im Interesse des transatlantischen Dialogs.

Gerade in Zeiten eines Präsidenten Trump und des latent vorhandenen Antiamerikanismus in Teilen der Gesellschaft sind die Brückenbauer der Deutsch-Amerikanischen Institute noch wichtiger. Zukünftig sollten aber auch diese Zuschüsse von vornherein in den Haushalt gestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Außerdem sollen nicht abgerufene Mittel der Musikschulen diesen auch in den kommenden Jahren für ihre wertvolle Arbeit zur Verfügung stehen.

Loben möchte ich ausdrücklich die, wenn auch sehr späte, Lernfähigkeit der grün-schwarzen Koalition im Bereich der frühkindlichen Bildung. 84 Millionen € jährlich für ein beitragsfreies letztes Kindergartenjahr, obwohl 99 % der Vorschulkinder den Kindergarten besuchen – das war eine völlig falsche grün-schwarze Prioritätensetzung beim sogenannten Kinderbildungspass.

Dringend erforderlich sind vielmehr Investitionen beim Orientierungsplan, der Sprachförderung und den Tageseltern. Dass Grün-Schwarz sich in den Beratungen über einen FDP/DVP-Antrag zu einem Verzicht auf den Kinderbildungspass durchgerungen hat, begrüße ich ausdrücklich. Wir helfen der Koalition gern auch ein weiteres Mal und beantragen, bis Mitte 2018 darzulegen, wofür denn nun die frei gewordenen 84 Millionen € jährlich ausgegeben werden sollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unter dem Strich sind wir mehr als skeptisch, ob der kleingeistige grün-schwarze Komplementäregoismus

(Oh-Rufe von den Grünen)

die großen Zukunftsaufgaben im Bildungsbereich zu meistern vermag.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt tun Sie uns aber weh, Herr Kollege!)

Wie diese Komplementärkoalition in der Praxis funktioniert, konnten wir in diesen Haushaltsberatungen beobachten. Zunächst legte die CDU-Fraktion vor: 1 500 zusätzliche Stellen für Polizisten. Die Grünen legten nach: wenigstens 256 Stellen für die Umweltverwaltung; ein überdimensionierter Stellenaufwuchs, aber Hauptsache irgendwie in einem grünen Ressort. Wichtige übergeordnete Aufgaben in den Blick zu nehmen – wie beispielsweise die, dem Ressourcenmangel im Bildungsbereich wenigstens teilweise abzuwehren – kam für Sie aber nicht in Betracht. Denn schließlich liegt Kultus ja im Bereich der CDU und ist ein CDU-Ressort. Dabei ist die Bekämpfung des Lehrermangels wohl unstrittig eine solche übergeordnete Aufgabe.

Diesen Politikstil hat Arnold Rieger gestern auf den Punkt gebracht – Zitat –:

Denn Grün-Schwarz hat zwar viel Geld zur Verfügung, verteilt es aber mit der Gießkanne, ohne die dürren Landstriche gezielt zu bewässern. ... Aber auch bildungspolitisch mangelt es an Prioritäten. Angesichts der miserablen Noten bei den Vergleichsstudien sind die Reparaturmaßnahmen viel zu lasch.

Mit den Steuermilliarden ist der Koalition der Sinn für das weniger Wichtige verloren gegangen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das aber war noch nie ein guter Leitspruch: Allen wohl und niemand weh.

„Stuttgarter Nachrichten“, 14. Dezember 2017. – Wo er recht hat, hat er recht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wir Freien Demokraten haben deshalb beantragt, einen Teil der Mittel nicht in den überzogenen Aufbau der Umweltverwaltung, sondern in den Abbau des Beförderungsstaus bei den Fachlehrern und technischen Lehrkräften zu investieren. Diese Beschäftigten werden niedriger eingestuft als ihre wissenschaftlichen Lehrerkollegen und warten bis zu 15 Jahre auf ihre Beförderung.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Das stimmt!)

Mit den von uns beantragten 321 Stellenhebungen könnten 10 % der wartenden Fachlehrer befördert werden. Die Fachlehreranträge sind eine Chance für die Koalition, im Haushalt 2018/2019 den Gegenbeweis zum grün-schwarzen Komplementäregoismus anzutreten und im Bildungsbereich das zu investieren, was die Kinder und Jugendlichen in unserem Land verdient haben. Nutzen Sie diese Chance, liebe Koalition von Grün-Schwarz.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde kommen wir nun zum Schwerpunktbereich Sport.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Häffner.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schneller, höher, weiter – nach dieser Maxime funktioniert sportlicher Wettkampf. Auch unser Doppelhaushalt lässt sich, was den Sport angeht, unter diesem Motto lesen: Solidarpakt erhöht, mehr Geld für kommunale Sportstätten, mehr Geld für die Sportstätten der Vereine, dazu Geld für die Förderung der Turnweltmeisterschaft 2019 in Stuttgart. Wir können stolz sein: Baden-Württemberg ist ein Sportland.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

(Petra Häffner)

Wir sind gut aufgestellt im Breitensport, wir sind gut aufgestellt im Leistungssport, und wir haben viele hervorragende Sportlerinnen. Eine gute verlässliche finanzielle Basis zu schaffen, das schuldet das Land dem Sport. Sport ist kein Selbstzweck. Vereinssport übernimmt zahlreiche gesellschaftliche Aufgaben. Als Beispiel wird gern die Integration angeführt. Wir denken dabei immer an die Integration geflüchteter Menschen. Diese ist auch wichtig. Wer aber schon einmal einen Umzug hinter sich hatte und versucht hat, den Fuß in einen Ort zu bekommen, der weiß wohl, wie wertvoll der Sport auch hier sein kann. Sport fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt, und den brauchen wir in diesen Zeiten besonders.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Investitionen in den Sport sind also bestens angelegtes Geld. Ein Dank an dieser Stelle an die 1 000 ehrenamtlichen Übungsleiterinnen und Übungsleiter sowie Vorstandsmitglieder im Breitensport. Sie halten den Betrieb am Laufen.

Schneller, höher, weiter – das geht nicht ohne Anstrengung. Der Sport steht vor großen Herausforderungen. Die Bereitschaft zu langfristigem ehrenamtlichen Engagement sinkt, die Vereinsstruktur ist im Wandel. Wir Grünen geben dem Ehrenamt die notwendige gesellschaftliche Anerkennung und werden diesen spannenden Prozess weiterhin begleiten.

Weiterer Anstrengungen bedarf es auch beim schulischen Ganztag. Hier laufen sich Schule und Verein langsam warm. An manchen Schulen funktionieren die Kooperationen bereits sehr gut, an manchen weniger. Der Sport wünscht sich – diesem Wunsch schließe ich mich an –, dass noch mehr Schulen die Monetarisierung von Lehrerwochenstunden nutzen. Die Vereine zeigen großes Engagement. Sie brauchen auch einen verlässlichen finanziellen Rahmen. Daher bin ich sehr froh, dass die Kultusministerin beim Ganztagsgipfel im vergangenen Mai einer Evaluation zu diesem Thema zugestimmt hat und diese auch durchführt.

Schneller, höher, weiter – im Sport gibt es auch Grenzen. Körperliche Leistung ist nicht unendlich steigerbar und nicht um jeden Preis. Das betrifft das Thema Doping, aber auch das Thema „Sexuelle Gewalt im Leistungssport“.

Tauberbischofsheim ist leider kein Einzelfall. Das Forschungsprojekt „Safe Sport“ hat folgende Zahlen ermittelt: 37 % der Kaderathletinnen und Kaderathleten sagen, dass sie sexualisierte Gewalt im Kontext Sport erfahren haben, also mehr als jede bzw. jeder Dritte. 11 % waren sogar schwerer oder lang anhaltender Gewalt ausgesetzt. Dem steht gegenüber: Nur jeweils 39 % der Spitzenverbände und Sportinternate und nur knapp ein Viertel aller Olympiastützpunkte haben angegeben, zu diesem Thema fundierte Kenntnisse zu haben. Das ist erschreckend.

Es gibt wahrlich viel zu tun. Die Opfer sind meist minderjährig. Eltern müssen davon ausgehen können, dass ihre Kinder beim Sport in sicherer Obhut sind, egal, auf welchem Niveau diese Sport betreiben. Rasche Aufklärung im Verdachtsfall ist also im Sinne aller Beteiligten.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich begrüße es sehr, dass der Landessportverband seit 2010 das Thema „Sexualisierte Gewalt im Sport“ aufgegriffen hat und die Augen davor nicht verschließt und seinen Verbänden hierzu Unterlagen und Handwerkszeug an die Hand gibt und mit ihnen im Gespräch ist, um alle Trainerinnen und Trainer sowie Übungsleiterinnen und Übungsleiter entsprechend zu schulen.

Schneller, höher, weiter – unsere Sportpolitik steht unter dieser Maxime. Für Sport im Verein und in Schulen werden wir uns weiterhin mit voller Kraft und Ausdauer einsetzen. Das lohnt sich, weil sich beim Sport so einfach unterschiedlichste Menschen unter einem Dach zusammenfinden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Beck.

Abg. Norbert Beck CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für uns, die CDU-Landtagsfraktion, hat der Sport wirklich eine ganz besondere Bedeutung. Wir alle wissen, dass Sport nicht nur fit und gesund hält, sondern auch leistungsfähig und selbstbewusst macht. Wir alle wissen, dass gerade auch für Kinder die tägliche Bewegung immer wichtiger wird. Für uns, die CDU, ist deshalb die tägliche Sportstunde ein ganz wichtiges Ziel.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Sport und Bewegung sind wichtig. Je früher man lernt, dies sinnvoll in seinen Alltag zu integrieren, umso besser ist es. Der Sport hat für uns eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dazu gehören, wie die Kollegin Häffner es gesagt hat, der Breitensport ebenso wie der Leistungssport und der Spitzensport.

Apropos Spitzensport: Morgen spielt der VfB endlich wieder auf Augenhöhe gegen die Bayern.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Zuruf: Oi, oi, oi! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nicht wirklich! Ich habe da meine Zweifel, Herr Kollege! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Für wen sind Sie?)

Aber, sehr geehrte Frau Ministerin, ich mag auch die Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns, die CDU, war und ist bei alledem die Sicherstellung der Finanzierung des Sports sehr wichtig. Dabei spielt natürlich – auch das wurde schon gesagt – der Solidarpakt eine besondere Rolle. Wir wissen alle: Der erste Solidarpakt wurde im Jahr 2007 abgeschlossen, und der Solidarpakt ist im Jahr 2016 für die Jahre 2017 bis 2021 fortgeschrieben worden. Aber mir ist es auch wichtig, zu sagen, dass die Finanzierung erst seit dem Jahr 2017 so richtig gesichert ist.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

(Norbert Beck)

Das ist wichtig und garantiert dem Sport eine gewisse Planungssicherheit. Im Jahr 2016 betrug das Fördervolumen noch ca. 70 Millionen €, und im Jahr 2021 wird es bereits 87 Millionen € betragen. Ebenso ist die Summe für den kommunalen Sportstättenbau von 12 Millionen € auf 17 Millionen € im Jahr erhöht worden.

In der Tat: Baden-Württemberg ist das Land des Ehrenamts. Deshalb ist es uns, der CDU, auch besonders wichtig, gerade in diesem Bereich vieles zu tun. Deshalb ist es gut, dass die Mittel für die Zuschüsse für die nebenberuflichen Übungsleiterinnen und Übungsleiter um jährlich 5 Millionen € erhöht worden sind. Dies bedeutet, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Erhöhung des Regelsatzes von 1,80 € auf 2,50 € – wie ich finde, eine klasse Steigerung. 42 000 ehrenamtlich tätige Menschen profitieren davon.

Ganz besonders wichtig ist uns auch die Fortführung der Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen. Hier werden sowohl breitensportorientierte als auch leistungssportorientierte Maßnahmen sowie innovative und integrative Projekte gefördert. Ich möchte mich deshalb wie die Kollegin Häffner an dieser Stelle gern bei allen Ehrenamtlichen im Sport bedanken. Nur durch deren Engagement kann der Sport das leisten, was er leistet. Das beginnt bei den Eltern, Trainern, Helfern in den Vereinen, bei der Bewirtung und bei der Organisation von Wettkämpfen und endet bei den Vertretern der Landessportverbände. Vielen Dank für dieses wirklich großartige Engagement. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich namens der CDU-Fraktion um Zustimmung zum Haushalt im Bereich Sport – und für morgen wünsche ich einen Sieg des VfB Stuttgart.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie des Abg. Gernot Gruber SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Gruber.

Abg. Gernot Gruber SPD: Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Politik lebt ja von der Spannung in der Auseinandersetzung über Ziele und die besten Wege zum Ziel. Ich denke, unsere Demokratie lebt aber auch von einem Konsens über die Grundwerte unseres Grundgesetzes und vom Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Hier kommt dem Sport – es wurde schon angesprochen –, vor allem auch dem organisierten Sport in den Vereinen, eine große Bedeutung zu. Sport verbindet die Menschen im Land und uns Abgeordnete hier im Landtag auch beim Bekenntnis zum wichtigen Solidarpakt III mit der Unterstützung von Spitzen- und Breitensport, Gesundheits- und Schulsport sowie der Sportstättenförderung für Schulen und Vereine. Auf Basis dieser grundsätzlichen Übereinstimmung stimmen wir auch dem Kapitel Sportförderung im Etat des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport zu.

Drei Aufgaben möchte ich aber kurz anreißen:

Erstens: Wir brauchen mehr Sport an unseren Schulen, auch durch eine Stärkung der Kooperation mit den Vereinen.

Zweitens: Zu wenige Kinder können richtig schwimmen. Das ist lebensgefährlich. Hier gilt es, die Zusammenarbeit mit den Schwimmverbänden zu forcieren und mehr Schwimmunterricht an den Schulen zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Drittens: Ausgerechnet im Sport hatte Sozialminister Lucha im letzten Jahr eineinhalb Stellen aus dem Landesjugendplan für die Weiterbildung streichen wollen. Statt fünf Bildungsreferenten wären nur noch 3,5 übrig geblieben. Nicht zuletzt auf Druck der SPD konnte das korrigiert werden. Anfang 2017 hat mir das Sozialministerium zugesichert, die Stellen sollten dauerhaft finanziert werden. Ich bin jetzt schon enttäuscht, dass es die Landesregierung nicht geschafft hat, diese 1,5 Stellen dauerhaft zu finanzieren. Ich denke, keines der Mitglieder im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport bestreitet den Bedarf von fünf Bildungsreferenten für die Sportjugend. Es gab zwar für unseren Antrag keine numerische Mehrheit, aber doch klare Signale im Ausschuss, ich möchte sagen: eine gefühlte Mehrheit für eine dauerhafte Finanzierung.

In diesem Sinn danke ich fürs Zuhören. Ich hoffe, dass die angesprochenen Aufgaben von der Regierung nicht überhört werden.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hoher.

Abg. Klaus Hoher FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Planungssicherheit und Verlässlichkeit – an diesen Grundsätzen muss sich der Haushalt nach Auffassung der FDP/DVP-Fraktion messen lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das gilt in besonderer Weise für den Kultushaushalt, aus dem ehrenamtliches Engagement im Sport, in der Musik, in der Kunst und teilweise auch in der Jugendarbeit gefördert wird. Gerade das Ehrenamt ist darauf angewiesen, dass sich die Bezuschussung nicht mit jedem Haushaltsjahr wieder ändert.

Eine lebendige Vereins- und Verbandstätigkeit sowie die Möglichkeit, das Engagement beispielsweise durch Übungsleiterpauschalen zu honorieren, sind wichtige Voraussetzungen für das Ehrenamt, für die ehrenamtliche Arbeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Umgekehrt sind die Zuschüsse ein erstklassiges Investment. 25 Millionen € kosten die Aus- und Fortbildung sowie die Übungsleiterpauschalen in Höhe von mittlerweile 2,50 € pro Stunde. Damit wird das Engagement von 42 000 Personen freigesetzt.

Die FDP/DVP-Fraktion unterstützt ausdrücklich den Solidarpakt Sport. Zu Recht garantiert dieser dem Sport bis zum Jahr 2021 Mittel in Höhe von rund 87 Millionen € jährlich. Der Solidarpakt Sport verkörpert unseren Dank und unsere Anerkennung für die Leistungen des Breitensports wie des Spitzensports.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Klaus Hoher)

Sorge bereitet der FDP/DVP-Fraktion die Entwicklung bei der Ganztagschule. Seit Jahren treten wir für mehr Wahlfreiheit beim Ganztag ein. Deshalb wollen wir neben der verpflichtenden auch die offene Ganztagschule im Schulgesetz verankern.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Richtig!)

Bei der offenen Ganztagschule findet der Unterricht am Vormittag statt; am Nachmittag können freiwillige Angebote gewählt werden – im Sinne der Planungssicherheit selbstverständlich verbindlich für das Schuljahr oder das Schulhalbjahr.

Durch die einfache Zeitstruktur und den freiwilligen Grundcharakter bietet sich die offene Ganztagschule als gute Partnerin für die Vereine an. Wir halten es deshalb für falsch, dass die ehemalige, grün-rote Landesregierung nur die verpflichtende Ganztagschule ins Schulgesetz aufgenommen hat. Auch die sogenannte Wahlform bedeutet nur die Wahl zwischen Ganztag und Nicht-Ganztag.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die jetzige Kultusministerin hat sich zwar zur Wahlfreiheit bekannt, in ihrem Konzept kommt aber die offene Ganztagschule nicht wirklich vor.

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter.

Abg. Klaus Hoher FDP/DVP: Neben der verpflichtenden Ganztagschule soll es künftig nur noch die Halbtagschule geben, mit kommunalen Betreuungsangeboten am Nachmittag. So kann keine offene Ganztagschule aus einem Guss entstehen.

Wir Freien Demokraten fordern die Kultusministerin auf, beim Ganztag statt zweier Klassen zwei echte Alternativen zuzulassen. Das wäre nicht nur für die Eltern, sondern auch für die Vereine und für das gesamte gesellschaftliche Umfeld der Schulen eine echte Hilfe.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Schütte.

(Unruhe)

Die CDU hat noch Redezeit.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Das haben wir so eingerichtet! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Kommt jetzt die Anti-Position? – Abg. Nicole Raza-vi CDU: Geht die Zeit für das Hochfahren des Rednerpults von der Redezeit ab?)

Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Nein. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für eine gute Bildungspolitik braucht es engagierte Lehrerinnen und Lehrer. Dafür hier herzlichen Dank! Es braucht einen Fokus auf Qualität – dafür steht inzwischen nach dem Regierungswechsel unsere Kultusministerin –, und es braucht ausreichende Mittel vom Haushaltsgesetzgeber.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Gabi Rolland SPD)

11,1 Milliarden und 11,4 Milliarden € – das ist der größte Einzeletat mit der größten Steigerung. Es ist doch ein offenes Geheimnis, dass es nicht immer ganz einfach ist, diese Mittel auch zu bekommen. Deshalb danke ich der Regierung, vor allem aber auch den Regierungsfractionen, dass wir das geschafft haben. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja, bravo!)

Was haben wir denn gemacht? Wir haben endlich die Absenkung der Eingangsbesoldung zurückgenommen, was Sie nie getan haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Jawohl! Bravo!)

Erwarten Sie denn, dass Leute ein Lehramt ergreifen, wenn sie erst einmal 8 % weniger Gehalt haben? Wohl nicht. Wir sorgen auch dafür, dass es wieder mehr Nachwuchslehrer geben wird.

(Beifall bei der CDU – Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Die reden sich die Welt schön!)

Den Abbaupfad aus Ihrer Regierungszeit haben wir endlich dorthin geschickt, wo er hingehört – in den Geschichtsunterricht. Jetzt muss er dort auch bleiben.

(Beifall bei der CDU – Bravo-Rufe von der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Deshalb haben Sie auch 1 000 Lehrerstellen abgebaut! – Weitere Zurufe)

– Herr Kollege, Sie können gut reden. Aber einen Haushalt lesen können Sie nicht. Dann wüssten Sie nämlich, dass die Stellen zum Schuljahr beschrieben werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist ein Wirtschaftsprüfer! Der kennt sich aus! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ihr werdet in drei Jahren 3 000 Lehrer weniger haben! – Weitere Zurufe)

Zum 1. September 2018 haben Sie halt mehr Stellen. Aber das können Sie irgendwie nicht verstehen, dass es um Schuljahre geht.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie werden 3 000 Lehrer weniger haben!)

– Nein. Sie können doch einfach nachschauen, wann die Lehrerstellen abgebaut wurden.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist Schönrechnerei, was Sie hier machen!)

Das ist Ihr Abbaupfad. Der kommt nämlich vom Jahr vorher mit hinein. So ist das nämlich.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

(Dr. Albrecht Schütte)

Noch ein paar interessante Punkte – Sie brauchen gar nicht zu schreien –: In den fünf Jahren, in denen Sie an der Regierung waren, habe ich erleben müssen, wie ein einstiger Bildungsspitzenreiter nach hinten durchgereicht wurde.

(Beifall bei der CDU – Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja, genau so war es! – Abg. Anton Baron AfD: Mit den Grünen zusammen!)

Da geht es nicht um eine Statistik. Da geht es um die Zukunftschancen der jungen Menschen. Ihnen scheint vollkommen egal zu sein, was da herausgekommen ist. Die Ergebnisse sind immer schlechter. Was sagen Sie denn den Eltern? Was sagen Sie den jungen Menschen, wenn sie sich in 15 Jahren bewerben und ein Bayer den Vorzug erhält? Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der CDU – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Schütte, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Fulst-Blei zu?

Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Nein, jetzt nicht.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ach nee! Angst? – Weitere Zurufe)

Wir müssen doch jetzt auf die Ergebnisse von Ihnen reagieren. Das haben wir getan: 640 zusätzliche Lehrer für Deutsch und Mathe an den Grundschulen, dieses Mal 257 zusätzliche Poolstunden zur Bewältigung der Heterogenität bzw. Förderung des besseren Unterrichts an den Realschulen, zwei Mal 159 Deputate für den Ausbau der Inklusion, 206 Stellen für den Ausbau des Ganztagsunterrichts.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist die Bilanz!)

Dabei wollen wir, die grün-schwarze Landesregierung, den Eltern nicht sagen, was der richtige Weg ist. Deshalb werden die Mittel für verlässliche Grundschule, flexible Nachmittagsbetreuung und Hortgruppen strukturell um jährlich 9 Millionen € erhöht, und wir müssen noch 6 Millionen € drauflegen, um eine Bugwelle abzubauen. Wer hat denn wohl den Etat geschrieben, als diese Bugwelle entstanden ist? Das war übrigens bei den Musikschulen genauso.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist Ihr Stellenabbau! Das ist Geschichtsklitterung! Wir haben die Bugwelle abgebaut! – Weitere Zurufe)

Endlich investieren wir in Informatikunterricht. Es ist den Regierungsfractionen gelungen, dass wir in Klasse 7 an allen weiterführenden Schulen Informatikunterricht einrichten und den auch fortführen.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Dann kann man natürlich bei all den Maßnahmen sagen: „Ihr müsstet noch viel mehr Geld für Bildung ausgeben.“ Sie scheinen aber vergessen zu haben, dass Sie das nicht getan haben. Wir haben jetzt das, was wir brauchen, im Haushalt und werden in den nächsten Jahren daran weiterarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das stimmt doch gar nicht! – Weitere Zurufe)

Dasselbe ist bei der Ausbildung der Lehrer der Fall. Der heutige Bedarf an Lehrkräften war vorhersehbar. Er hängt nämlich von der Pensionierungswelle der Lehrerinnen und Lehrer ab. Das hätten Sie im Jahr 2012 wissen können. Dann hätten Sie die Ausbildungsplätze schaffen können. Das haben Sie aber nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist euer Stellenabbau!)

Dann sagen Sie heute allen Ernstes: „Es fehlen Lehrer an den Grundschulen. Aber es gibt auch 2 000 Gymnasiallehrer.“ Dann gehen Sie zum Gymnasiallehrer und fragen ihn, ob er an der Grundschule unterrichten möchte. Sie werden das Ergebnis sehen: 29 von Hunderten haben sich dafür beworben. Das ist Ihre Logik.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist Fulst-Blei-Mathematik!)

Sie nehmen einfach eine Summenbetrachtung. Das ist unglaublich.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb haben wir 200 Stellen zusätzlich in der Lehrerausbildung, sodass wir in Zukunft den Bedarf tatsächlich decken können.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch etwas zu den Kolleginnen und Kollegen von der AfD sagen.

(Zurufe)

Man mag ja darüber diskutieren, wie viele Flüchtlinge kommen, wann der Nachzug der Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz gestattet wird. Aber es ist doch völlig unglaublich, zu sagen, dass junge Menschen, die hier sind, keinen Unterricht mehr bekommen sollen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das haben wir gar nicht gesagt!)

– Doch, das sagen Sie. Sie kürzen 60 Millionen € und stellen 5 Millionen € ein. Da können Sie sich einmal die Relation von diesen Klassen ausrechnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist eine schwere Aufgabe!)

Ich gestatte die Frage nicht.

(Heiterkeit – Zurufe)

Das ist nicht nur herzlos, sondern es ist doch sicherlich für die Integration und für die innere Sicherheit schädlich, Tausende von jungen Menschen ohne Unterricht in diesem Land zu haben. Das ist moralisch und auch inhaltlich falsch.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Zurufe von der AfD – Glocke der Präsidentin)

Dann gibt es ja die Diskussion um die Lehrerstellen an den Gemeinschaftsschulen. Sie sagen, es würden zu viele Stellen in die Gemeinschaftsschulen verschoben.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, selbstverständlich!)

(Dr. Albrecht Schütte)

Wenn Sie den Haushalt lesen würden, wüssten Sie, dass die deckungsfähig sind. Denn wir wissen heute überhaupt nicht,

(Zuruf von der AfD)

wie viele Kinder im nächsten März bzw. April an welcher Schule angemeldet werden. Dann werden die Lehrerstellen natürlich an die Schulen kommen, an denen die Kinder sind. Es wäre doch völlig absurd, wenn wir einen Haushalt verabschieden und nachher sagen müssten: „Du darfst nicht mehr ans Gymnasium. Es gibt keine Lehrer mehr fürs Gymnasium.“ Oder: „Du musst an die und die Schule.“ Das wäre völlig absurd.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja!)

Deshalb sind diese Mittel deckungsfähig. Lesen Sie den Haushalt, dann sehen Sie dies auch.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Fassen wir zusammen: Wir haben notwendige Lehrerstellen geschaffen, wir haben den Abbau der Bugwellen bei der Finanzierung von Nachmittagsbetreuung und Musikschulen – diese Bugwellen stammen von Ihnen – endlich gestemmt.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Wir haben ausreichende Mittel für die Qualifizierung – dafür hatten Sie nichts im Haushalt – und Stellenhebungen im Bereich der Haupt-, Realschul- und Werkrealschullehrkräfte eingestellt. Wir haben endlich ausreichende Mittel für die Unterbringung und Verpflegung von Berufsschülern eingestellt. Wir finanzieren die technischen Grundlagen der Digitalisierung. Wir stellen zusätzlich zig Millionen Euro für Privatschulen ein. Und es gibt in den zwei Jahren 79,75 Millionen € extra für die Schulbauförderung.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das Gleiche hat Kollege Röhm schon erzählt! – Gegenruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Manche müssen es zweimal hören!)

Bei allem, was Sie sagen: Die grün-schwarze Landesregierung hat in nur 20 Monaten gegenüber dem, was Sie hinterlassen haben, verdammt viel erreicht. Wir sind auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Erlauben Sie mir zu guter Letzt die folgende Bemerkung: Wir bilden heute an unseren Schulen Menschen aus, die, wenn wir hier alle in Pension sind, noch im Berufsleben stehen, die teilweise noch im 22. Jahrhundert Teil unserer Gesellschaft sein werden. Die grün-schwarze Landesregierung investiert deshalb völlig zu Recht 22,5 Milliarden € in die Zukunft unseres Landes.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Zugabe! – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Präsidentin Muhterem Aras: Eine Zugabe gibt es natürlich nicht,

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Nicole Razavi CDU: Schade!)

aber eine weitere Wortmeldung des Abg. Dr. Balzer von der AfD-Fraktion. – Bitte, Herr Abg. Dr. Balzer.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Jetzt werden Unterschiede sichtbar!)

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Das wird ganz bestimmt so sein. – Liebe Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Worterteilung. – Ich habe von Ihnen ja schon selbst erfahren dürfen, dass ich manchmal dazu neige, Büttreden zu halten. Lieber Herr Dr. Schütte, danke für die unterhaltsame Büttrede.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Fakten!)

Es ist ja schön, dass Sie – im Gegensatz zu vielen anderen Menschen – lesen können. Es gibt hier Kollegen, die den Haushalt offensichtlich nicht lesen können,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Einer steht gerade am Rednerpult!)

dafür aber gut reden können. Ich denke, dass Sie unser Programm „Fit4Return“ wahrscheinlich schon sehr gründlich studiert und auch gelesen haben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: In der Tat! Und abgelehnt! – Zuruf der Abg. Sabine Wölfle SPD)

Dann wissen Sie ja, dass wir in außerordentlicher Weise den muttersprachlichen Unterricht für diese jungen Menschen in Deutschland nicht nur stärken, sondern einführen wollen. Daher ist es natürlich sehr billig, wenn Sie einfach sagen, wir wollten hier Tausende junge Menschen ohne Unterricht sozusagen im Regen stehen lassen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Natürlich wollen Sie das! Sie tun nichts für Integration!)

Aber wenn Sie das Programm noch nicht gelesen haben, dann tun Sie das sicherlich noch.

Zweiter Punkt: Integration gelingt im Berufsleben. Richtig? Ich denke, die handwerkliche Ausbildung – das ist wieder der Hinweis auf unser Programm „Fit4Return“ – speziell in den Berufen, die in den von Kriegen zerstörten Heimatländern benötigt werden – Sie denken hier sicherlich an Syrien –, ist erforderlich. Und das fördern wir ganz gezielt.

(Beifall bei der AfD)

Ich denke, das ist der richtige Ansatz. Schule soll dazu dienen, dass man danach im Leben erfolgreicher ist. Deswegen ist es sinnvoll, diese jungen Menschen, diese jungen Migranten in eigenen Klassen zusammenzufassen und muttersprachlich zu unterrichten in den Dingen, die sie tatsächlich benötigen.

Ich denke, das war eine gute Aufhellung. Danke.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechter [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Dr. Eisenmann.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Fulst-Blei, Sie hatten angekündigt, Sie wollten Stimmung ins Haus bringen, weil der Bildungsetat dies verdient hätte. Ihnen ist das nicht gelungen, aber Ihnen, Herr Schütte. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beraten heute den Bildungsetat, der – das haben auch einige Vorrednerinnen und Vorredner deutlich gemacht – zweifelsohne in die richtige Richtung geht. Wir steigern das Volumen des Etats, im Vergleich mit dem letzten Doppelhaushalt – vorbehaltlich der Beschlusslage – um knapp 800 Millionen €. Danach geht jeder fünfte Euro in diesem Haushalt künftig in die Bildung – so viel wie noch nie.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Darüber, dass es notwendig ist, in Qualität und Leistungsfähigkeit für die Kinder und Jugendlichen in unserem Land zu investieren, sind wir uns, glaube ich, insgesamt einig. Über den Weg, wie wir dort hinkommen, müssen wir diskutieren. Da müssen wir den richtigen Weg finden. Aber dass es notwendig ist, steht außer Frage.

Dass wir, was Erkenntnisse angeht, durchaus einen Mehrwert erzielen, wenn wir in andere Bundesländer schauen, ist unbestritten. Das sollten wir auch dafür nützen und nicht viel Zeit damit verschwenden, uns in Stuhlkreisen und anderem damit zu befassen, wer wann was wie gemacht hat.

Das Land Baden-Württemberg hat in den letzten Jahren vieles verschlafen; das muss man in dieser Deutlichkeit sagen. Herr Kern, Sie sprechen zu Recht, wie ich finde, das hessische Modell in der Frage der elektronischen Erfassung von Unterrichtsausfall an; andere Bundesländer erfassen den Lehrereinsatz elektronisch. Insofern ist es für ein Land wie Baden-Württemberg – wirtschaftsstarke, in der Digitalisierung streben wir zu Recht eine Spitzenposition an – traurig, dass wir dies erst jetzt erarbeiten lassen, dass wir momentan daran arbeiten, dies schnellstmöglich einzuführen. Ich frage: Warum haben wir das nicht schon früher gemacht, liebe Kollegen von der SPD?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Fragen Sie Ihre Amtsvorgänger!)

Alles, was wir jetzt angehen, wird seine Zeit dauern. Diese müssen wir uns auch nehmen. Nur, klar ist: Von allem, was man früher beschlossen hätte und im Sinne der Qualität und der Weiterentwicklung vorangetrieben hätte, könnten wir jetzt die Früchte ernten.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Nein, zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Wir ernten ja die Früchte gerade!)

– Ja, wir ernten die Früchte gerade. Deshalb bin ich Ihnen sehr dankbar, wenn wir nachher darüber abstimmen werden, ob dieser Etat in dieser finanziellen Stärke in die Zukunft geführt werden soll.

Er baut zum einen auf dem Abbau der Lehrerstellen auf, der in der letzten Legislaturperiode vorgesehen war. Lehrerstellen, die ich nicht abbaue, die im System bleiben, sind natürlich zusätzliche Lehrerstellen – vielleicht nicht nach der Arithmetik mancher Fraktionen hier. Aber wenn ich sie herausgestrichen hätte, dann wären sie weg gewesen. Jetzt bleiben sie drin, und damit kann ich sie natürlich in die Zukunft führen, weil der Abbaupfad der letzten Legislaturperiode eine absolute Fehlentscheidung war.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Netto bauen Sie ab, Frau Ministerin! Da kommen Sie nicht heraus!)

Schauen Sie sich die Zahlen an, sehr geehrter Herr Fulst-Blei, wie der Etat steigt. Nach Ihrer Einlassung – so habe ich Ihre Rede im Grunde verstanden; ich habe mich bei der Kollegin Sitzmann aber noch einmal erkundigt – müsste mein Etat eigentlich schrumpfen. Sie haben das in Form einer Schulstunde kontinuierlich ausgeführt – rhetorisch durchaus clever, allerdings ein bisschen viel Frontalunterricht; das ist inzwischen out –

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU:
Und die Fragen selbst beantwortet, die er sich gestellt hat!)

und die Fragen auch gleich selbst beantwortet; das hilft immer weiter.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Zielgruppenadäquat, Frau Ministerin! – Weitere Zurufe)

Tatsache ist, dass wir zusätzliche Mittel investieren. Vieles ist genannt worden, und es geht in die richtige Richtung. Natürlich ist ein Haushalt auch immer eine Abwägung einer Gesamtschau. Aber ich bin der grün-schwarzen Landesregierung und den beiden sie tragenden Koalitionsfraktionen sehr dankbar, dass der Schwerpunkt in diesem Haushalt sehr wohl auf Bildung liegt – bei vielen anderen Interessen, die selbstverständlich auch ihre Bedeutung haben. Aber das Signal ist so stark und so klar, wie es in den letzten Jahren kein einziges Mal der Fall war.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Auch die Antwort auf die Frage, wie wir die einzelnen Themen angehen, ergibt sich, wenn man sich anschaut, wo wir die Ressourcen investieren. Die Kontingenztafeln für die Grundschulen werden für die Kernkompetenzen erweitert, bei denen insgesamt Handlungsbedarf besteht: in den Bereichen Deutsch und Mathematik.

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Wir werden jetzt erstmals damit beginnen, Poolstunden in die Grundschulen zu geben, indem wir den Unterricht in der Fremdsprache auf die Klassen 3 und 4 verschieben, ihn dort besser, qualifizierter machen, weil wir das Konzept dafür ändern. Dafür kommen in den Klassen 1 und 2 Poolstunden, die jeder einzelnen Grundschule vollumfänglich genau so bleiben, wie sie dort umgewichtet werden.

Dies wissen die Grundschulen. Dies hat man ihnen mitgeteilt. Man hat ihnen auch mitgeteilt, in welcher Form dieser Einsatz erfolgen soll: in dem Sinn, dass die Lehrerinnen und Lehrer, je nach dem Förderbedarf des Kindes, vorrangig für Deutsch und Mathematik, aber in manchen Fällen auch für anderes eingesetzt werden können.

Dass das Thema „Poolstunden und Förderstunden“ für den Bereich der Grundschulen wichtig ist, zeigen die Ergebnisse aus IQB, VERA 8 und IGLU. Deshalb ist es genau der richtige Weg, den wir begonnen haben und den wir konsequent umsetzen.

Wir bauen den Bereich der Realschulen, wie beschlossen, weiter aus. Auch da hieß es bei den letzten Haushaltsplanberatungen: „Jetzt fangt ihr einmal an, und später bremsst ihr wieder.“ Nein, der Ausbau erfolgt Schritt für Schritt unter dem Gesichtspunkt „Verlässlich“, „Auf uns könnt ihr euch verlassen“. Wenn wir ein Konzept beginnen, das wir gemeinsam erarbeitet haben, mit vielen rückgekoppelt haben, mit den Verantwortlichen der einzelnen Schularten abgestimmt haben, dann setzen wir es auch Schritt für Schritt um.

Deshalb können sich die Realschulen darauf verlassen, dass der weitere Aufbau in dem Maß erfolgt, wie es für sie erforderlich ist, um mit der immer größer werdenden Heterogenität, die alle Schularten betrifft – gerade auch die Realschulen –, umgehen zu können.

Wir haben den ersten Inklusionsbericht des Landes Baden-Württemberg vorgelegt, um zu sehen, wo wir stehen. Wir haben erkannt, dass Nachjustierungsbedarf besteht. Daran arbeiten wir auch mit Fachleuten, mit denen, die in der Schule in den unterschiedlichen Bereichen Inklusion gestalten, und wir werden dann auch erste Schritte vorlegen, wie wir die Inklusion weiterentwickeln. Dass wir aber die dafür notwendigen Deputate zur Verfügung stellen, das kann jeder nachlesen, der einen Haushalt lesen kann.

Im Übrigen werden wir im kommenden Jahr mit einer regionalen Schulentwicklung für die SBBZ beginnen – für Sonderschulen und Förderschulen –, und zwar im Sinne einer Stärkung dieser Schularten, weil sie hinsichtlich der Wahlfreiheit der Eltern bei Inklusion entscheidend sind; das wissen wir. Auch dies ist ein klares Signal im Sinne von Qualität und Weiterentwicklung, das wir dringend brauchen, damit diese Schularten nicht heimlich sterben, sondern in ihrer Bedeutung, der Wahlfreiheit und ihrer Arbeit künftig gestärkt werden. Damit werden wir Anfang nächsten Jahres beginnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Informatik ist angesprochen worden. Ich freue mich ausdrücklich darüber, dass wir auch im Rahmen der Digitalisierungsoffensive des Landes Baden-Württemberg den Informatikunterricht an den Schulen überhaupt einführen, ihn dann aufwachsend begleiten. Natürlich muss Bildung auf neue Her-

ausforderungen reagieren. Dies tun wir. Deshalb freue ich mich ausdrücklich, dass wir das in diesen Punkten nun umsetzen können.

Aber wir investieren auch in die Pädagogik, weil Technik ohne Pädagogik keinen Sinn macht. Darüber, dass die Technik der Pädagogik folgen muss, sind wir uns hoffentlich einig. Deshalb ist ein pädagogisches Konzept erforderlich, in das wir auch entsprechend investieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Vor diesem Hintergrund ist es, glaube ich, auch ein klarer Schritt, dass wir in den Jahren 2018/2019 gut 24 Millionen € für die Entwicklung und den Betrieb einer digitalen Bildungsplattform in Baden-Württemberg einsetzen werden. Ziel ist es, Arbeits-, Lern- und Kommunikationsplattformen für unsere Schulen zu schaffen und eine zentrale Datei für alle Lehrkräfte zu entwickeln und dann aufbauend natürlich auch für die Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg zu etablieren. Wir haben das Geld, wir haben das Konzept, und wir werden mit der Einführungsphase im Februar starten. Das ist eine ganz wichtige Entwicklung im Bereich der inhaltlichen, pädagogisch-didaktischen Integration in diesem Rahmen.

Darüber hinaus werden zusätzliche Mittel – fast 5 Millionen € – für die Etablierung eines Multiplikatorenmodells für den Bereich Digitales und digitale Bildungsplattform in der Lehrerfortbildung zur Verfügung gestellt.

Ein klares Signal: Wir nehmen Digitalisierung ernst, aber wir reden nicht nur, sondern wir setzen auch um.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben in Zusammenarbeit mit dem Philologenverband, mit vielen Partnern darüber gerungen, wie wir die KMK-Beschlüsse umsetzen können, damit wir die Stärkung der gymnasialen Oberstufe im Sinne der Spezifizierung zukunftsfähig machen können. Das ist uns gelungen. Auch hierfür sind die notwendigen Deputate im Haushalt abgebildet.

Ethik – zu Recht eine Forderung quer durch alle Fraktionen und über alle Parteien hinweg. Wir stellen fest, dass der Religionsunterricht, wie wir ihn kennen, in vielen Schulen nur noch zu wenigen Teilen wahrgenommen wird. Deshalb ist es entscheidend, dass wir das Thema Ethik im Sinne von Werteerziehung, von Wertebildung anbieten. Wir beginnen damit erstmals im kommenden Haushalt, um an den weiterführenden Schulen die Angebote, die es bereits gibt, für weitere Klassenstufen zu entwickeln.

Natürlich brauchen wir Ethik dringend auch im Grundschulbereich. Zu dieser Forderung bekenne ich mich. Ich hätte mich gefreut, wenn ich einen Bildungsplan vorgefunden hätte und wir jetzt über die Frage diskutieren müssten: Führen wir ihn ein oder nicht? Aber es gibt nicht einmal einen Bildungsplan; das ist das Problem.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ungeheuerlich!)

Es wird seine Zeit brauchen, bis er erstellt ist. Wir werden ihn erarbeiten, damit wir, die grün-schwarze Landesregierung, die grün-schwarze Koalition, dann darüber entscheiden können:

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Steigen wir früher ein? Wie gehen wir damit um? Denn wir nehmen dieses Thema ernst. Aber ich brauche hierfür eine entsprechend erarbeitete Grundlage.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das Thema – es wurde bereits angesprochen – „Privatschulförderung, Förderung der Schulen in freier Trägerschaft“ sollte nicht unerwähnt bleiben. Wir haben intensiv darüber diskutiert. Sie wissen: Ich habe über viele Monate mit den Partnern, den Trägern der Schulen in freier Trägerschaft, darüber diskutiert und verhandelt, wie wir das Ganze ausgestalten. Wir haben ein starkes Bekenntnis zu den Schulen in freier Trägerschaft – zu Recht, wie ich meine. Endlich lösen wir jahrzehntelange Versprechen ein und erhöhen die Grundförderung auf 80 % für alle Schulen in freier Trägerschaft.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Über viele Jahre versprochen, nie eingeführt. Deshalb sieht man, dass, wenn man mit uns verhandelt – –

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Aber das war nicht die SPD, jahrzehntelang! Nur fünf Jahre davon! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Versprochen, gebrochen! – Weitere Zurufe)

Ich habe schon gelernt – –

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Das muss man einfach mal deutlich machen! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wir wollen einmal nicht so sein!)

Präsidentin Muhterem Aras: Die Frau Ministerin hat das Wort.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD zu Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Du warst damals schon im Parlament!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Ich wollte nur warten, bis die Abgeordneten geklärt haben, ...

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: ... seit wann wer im Parlament ist.

Aber klar ist: Es ist wichtig, dass wir mit unseren Schulen in freier Trägerschaft gute und starke Partner haben. Dieses Bekenntnis war notwendig. Deshalb freue ich mich, dass wir dies eben nicht nur verhandelt und diskutiert, sondern auch beschlossen und im Haushalt umgesetzt haben. Mir ist es wichtig, dass die Themen, die auf der Tagesordnung stehen und über die wir uns nach den Diskussionen einigen können, dann auch tatsächlich im Haushalt abgebildet werden und es nicht nur bei Ankündigungen bleibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten für Studienanfänger im Lehramt war überfällig. Deshalb bin ich ausgesprochen dankbar dafür, dass wir dies nun umsetzen werden. Wir

wissen nämlich, dass wir ab dem Schuljahr 2020/2021 steigende Schülerzahlen haben werden. Ich möchte vermeiden, dass wir in eine erkennbare Falle laufen, indem wir Anfang der Zwanzigerjahre feststellen: „Die Schülerzahlen steigen, jetzt haben wir dafür nicht ausreichend Lehrerinnen und Lehrer.“

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Denselben Fehler machen Sie doch gerade bei den Sonderpädagogen!)

Unser Problem, das wir jetzt haben, ist tatsächlich: Wir haben bei jeder Einstellungsrunde – im September vergangenen Jahres waren 5 100 offene Stellen zu besetzen – fast 80 % Zurruhesetzungen, die wir auffangen müssen. Diese Zurruhesetzungen sind nicht vom Himmel gefallen. Es handelt sich um normale Pensionierungen der Jahrgänge Anfang der Fünfzigerjahre, die nun verdientermaßen in den Ruhestand gehen. Dass dies kommt und uns die nächste Pensionierungswelle in den nächsten drei Jahren große Probleme bereitet, ist ebenfalls keine große Überraschung, wenn man sich die Altersstruktur seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anschaut. Schade, schade.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Hätte man die Ausbildungskapazitäten erhöht, könnten wir damit jetzt arbeiten. So braucht es eine gewisse Zeit. Aber ich kann zusagen: Das Thema Unterrichtsversorgung macht uns allen Sorgen und stellt uns nicht zufrieden. Das muss man ehrlich sagen. Wir haben vielfältige Maßnahmen ergriffen, die vom Grundsatz her zu wirken beginnen, aber es handelt sich um etwas, das einen Mangel darstellt, und eine Mangelverwaltung ist nun einmal ein Stück weit schwierig.

Wir haben nicht zu wenig Ressourcen, wir haben zu wenig Lehrerinnen und Lehrer.

Herr Kern, Sie haben nach den rund 600 Stellen gefragt, die von dem Eingangsbedarf von den 5 100 Stellen im September 2017, wie Sie zu Recht anmerken, noch offen waren. Diese in die Schulen zu geben, um dort, wie Sie sagen, Verwaltungsassistenz oder Ähnliches zu ermöglichen, bringt eben ein Problem mit sich: Wir brauchen diese Stellen; die 600 Stellen müssen ja besetzt werden; das ist die Zielsetzung. Der Bedarf ist ja vorhanden. Deshalb haben wir in unterschiedlichen Bereichen Maßnahmen ergriffen, um die Stellen nach und nach zu füllen. Wenn ich das Geld aber an die Schulen gebe, kann ich die Stellen nicht füllen, was noch stärker zulasten der Unterrichtsversorgung ginge. Deshalb verstehe ich die von Ihnen dargestellte Systematik nicht.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Wenn Sie die Lehrer aber jetzt nicht haben, dann könnten in der Zwischenzeit die Schulen doch wenigstens etwas mit diesen Ressourcen anfangen, bis Sie die Lehrer haben!)

– Herr Kern, es geht aber auch um Verlässlichkeit. Wir stellen ja kontinuierlich ein und haben auch die Einstellungskorridore verändert. Wenn ich einer Schule jetzt ihr Geld gebe, für das sie momentan keine Lehrer bekommt, und wenn diese Schule dafür beispielsweise eine Verwaltungsassistenz einstellt, kann es aber passieren, dass drei Monate später der be-

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

nötigte Lehrer verfügbar ist. Die Schule bekommt dann zwar eine bessere Unterrichtsversorgung, aber die Frage ist, was aus der Kollegin oder dem Kollegen in der Schulassistenz wird. Dieses System wäre sehr auf Sicht gefahren. Ich würde eher befürchten, dass das arg neblig wird und nicht so sehr sonnig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Der Pakt für frühkindliche Bildung und Betreuung – das wurde angesprochen – wird momentan mit den Kommunen, den freien Trägern und natürlich auch der Kindertagespflege verhandelt. Wir sind im Gespräch. Die Zielsetzung ist, wie ich bereits gesagt habe, dass wir etwa im Mai oder im Juni gemeinsam feststellen, wo wir Handlungsbedarf sehen – finanziell, aber immer auch unter dem Gesichtspunkt der Qualität.

Natürlich sind Themen wie der Orientierungsplan und unser Sprachförderprogramm SPATZ im System; die Kitas arbeiten damit. Angesichts dessen, was an Sprachförderung aber offensichtlich notwendig ist und wofür wir noch nicht die richtigen Antworten gefunden haben – Stichworte IQB, VERA 8 –, geht es aber auch darum, inwieweit wir bestehende Systeme weiter ausbauen und intensivieren können. Darüber verhandeln wir momentan. Nachdem wir mit allen Partnern verhandelt und eine Vorgehensweise abgestimmt haben, werden wir das vorstellen. Dies wird mit Sicherheit im Laufe des nächsten halben Jahres erfolgen.

Dass wir die Kinder- und Familienzentren in ihrer Weiterentwicklung unterstützen, ist ein klares Signal. Es geht um die Stärkung der Familien und um das Thema „Betreuung und Ganzttag vor Ort“. In den letzten zwölf Monaten hatten wir zwei sehr große Ganztagsveranstaltungen mit jeweils über 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus allen Bereichen, die den Ganzttag an Schulen gestalten. Dabei wurden klare Wünsche und Vorgehensweisen herausgearbeitet. Natürlich nehmen wir das ernst. Wenn wir mit entsprechenden Fachleuten sprechen, geht es natürlich darum, zu fragen, was sie sich vorstellen.

Der gebundene Ganzttag spielt in Baden-Württemberg gemäß § 4 a des Schulgesetzes auch künftig eine Rolle. Die Mittel, die wir dafür brauchen, sind beantragt und werden – davon gehe ich aus; das hoffe ich – von Ihnen auch genehmigt.

Dass wir in Baden-Württemberg aber auch den Wunsch nach flexibler Betreuung und nach gestärkten offenen Angeboten haben – und zwar vonseiten der Eltern, der Schulen und der Kommunen –, das konnte jeder, der bei diesen Veranstaltungen anwesend war, wahrnehmen. Eingeladen waren Sie, und Sie waren in vielen Teilen ja durchaus auch anwesend.

Dass wir das ernst nehmen und in ein Gesamtkonzept Betreuung einarbeiten, um zu diskutieren, was wir umsetzen können, gebietet der Respekt vor denen, die an diesen Gesamtkonzepten mitarbeiten.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Abschließend – aber nicht, dass das in der Gewichtung eine kleinere Rolle spielen würde –: Mit dem Solidarpakt Sport III, der ebenfalls in meinem Etat ressortiert, haben wir eine sehr gute Grundlage. Auf dieser Basis können die Vereine, kann

die Sportlandschaft arbeiten. Das ist, wie ich im Übrigen auch im bundesweiten Vergleich sehe, eine sehr gute und verlässliche Grundlage. Analog dazu, wie es gemeinsam mit dem Sport beschlossen ist, bauen wir die Mittel natürlich so auf, wie es vorgesehen ist. Auch hier setzen wir um, was wir übernommen haben, und ich glaube, dass dies insgesamt in die richtige Richtung geht. Der Sport und die Arbeit des Sports sind wichtig: in der Breite wie in der Spitze, im Ehrenamt wie bei den hauptamtlich Tätigen. Das ist, wie ich glaube, nicht hoch genug zu bewerten. Deshalb freue ich mich, dass wir diese Basis haben – inhaltlich und jetzt auch finanziell.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Ministerin, lassen Sie noch eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Kern zu?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Ja.

Präsidentin Muhterem Aras: Bitte.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Ministerin, Sie haben gerade gesagt, Sie kommen zum Ende des Bildungsteils. Deshalb habe ich noch zwei Fragen zu Themenbereichen, zu denen Sie bisher nichts gesagt haben.

Stichwort „Islamischer Religionsunterricht“: Mit welcher Priorität sehen Sie dieses Thema? Wir von der FDP/DVP-Landtagsfraktion halten es für fundamental, für unverzichtbar, dass wir mit in Deutschland ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern in deutscher Sprache für die entsprechenden Schülerinnen und Schüler einen islamischen Religionsunterricht an den Schulen anbieten, um sie wegzuholen und gegen Fundamentalisten zu immunisieren. Das halten wir für etwas ganz Zentrales. Wir haben gestern von der Wichtigkeit politischer Bildung in der Gesellschaft gesprochen. Wie wichtig ist Ihnen die Werteerziehung?

Zum zweiten Thema: Gestern war im Pressespiegel zu lesen, Herr Abg. Filius von Ihrem grünen Koalitionspartner sei für die notenfreie Grundschule.

(Zuruf von der AfD: Quatsch!)

Dazu haben Sie noch nichts gesagt. Wie stehen Sie zu dieser Forderung des Abg. Filius?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Zunächst zum Thema „Islamischer Religionsunterricht“: Sie haben gesehen, dass wir dafür zusätzliche Ressourcen im Haushalt reserviert haben. Wir haben bisher so, wie von den einzelnen Schulen beantragt, auch die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt, weil uns islamischer Religionsunterricht als Angebot in den Schulen mit von uns ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern mit entsprechend erarbeiteten Inhalten tatsächlich sehr wichtig ist.

Unser Problem ist, dass wir momentan nicht genügend ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer haben. Die Ausbildung läuft. Wir haben die Ausbildungskapazitäten – da bin ich in enger Abstimmung mit Kollegin Theresia Bauer – auch erhöht. Aber das Problem ist, dass wir im Augenblick noch nicht genügend Fachkräfte in diesem Bereich auf dem Markt haben.

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Das Ziel, das Sie definiert haben, ist also richtig. Ich teile auch Ihre inhaltliche Bewertung. Aber, wie gesagt, wir haben, was die personelle Ausstattung angeht, ein ähnliches Problem. Wir haben zwar genügend Ressourcen, aber momentan nicht genügend Lehrerinnen und Lehrer, die auf der Basis dieser Ausbildung zur Verfügung stehen.

Ihre zweite Frage betraf das Thema Schulversuche. Schulversuche hat Baden-Württemberg – ich habe sie jetzt numerisch erfassen lassen – gut 140.

(Abg. Anton Baron AfD: Beispielsweise „Schule ohne Noten“!)

Was Schulversuche sind, sagt eigentlich schon die Begrifflichkeit. Ein Versuch ist vom Grundsatz etwas, was ich, wissenschaftlich erarbeitet, einführe. Wissenschaftler bewerten dieses Setting. Das heißt, ich brauche zunächst mal einen Inhalt – ich probiere etwas aus –: Was soll wie ausprobiert werden? Dann brauche ich definierte Schulen, die es nicht ausprobieren und den Vergleich dafür bieten, um nachher bewerten, evaluieren zu können: Hat es etwas gebracht oder nicht?

Ich lasse momentan bei gut 140 Schulversuchen erheben, was evaluiert wird und was nicht. Das ist ein bisschen mühsam, weil man eigentlich keinen rechten Überblick hat, wie ich hier freimütig einräumen will. Das ist ein bisschen schwierig. Viele sind nicht evaluiert; das kann man jetzt schon sehen. Wir lassen systematisch aufarbeiten und werden Ihnen das Ergebnis vorstellen.

Aber vom Grundsatz gilt sicher eines – das kann man in den Bundesländern, die in den Vergleichsstudien besser dastehen als Baden-Württemberg, durchaus feststellen –: Dort, wo Versuche wissenschaftlich etabliert, dann evaluiert wurden, wird bewertet. Wenn sich kraft Evaluation etwas bewährt hat, sollte ich mir zutrauen, es in der Fläche einzuführen. Denn deshalb habe ich den Schulversuch ja angesetzt. Ein Schulversuch muss die Grundlage dafür sein: Ist es etwas für alle? Es darf aber nicht sein, dass wir hier mal mit zehn Schulen, dort mal mit 20 Schulen Schulversuche haben, sondern wir haben vor, es für alle einzuführen – und wenn nicht, dann nicht.

Zu Ihrer konkreten Frage: Ich als Kultusministerin des Landes habe nicht vor, „Grundschule ohne Noten“ flächendeckend in Baden-Württemberg einzuführen.

Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei das Wort.

(Oh-Rufe – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben noch nicht alle seine Fragen beantwortet!)

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ich liebe es, wenn ich meine rechte Fangruppe begeistern darf. – Bei den Grünen wird es allmählich peinlich, wenn man sieht, wie wenig Applaus sie der Kultusministerin spenden.

Frau Ministerin, ich stelle fest, Sie haben keine Aussage zu meinem Vorwurf der sich abzeichnenden strukturellen Unterdeckung des Finanzetats gemacht.

Kollegen von der CDU, es ist schon bemerkenswert: Halten Sie Ihre Ministerin tatsächlich für so schwach, dass Sie die Runde – Die Übung – für das Publikum – ist ja so: Erst sprechen alle Fraktionen einmal, dann spricht die Ministerin, dann spricht man das zweite Mal. Bei Ihnen hat zuerst die CDU gesprochen, dann haben wir alle gesprochen, und dann haben Sie offensichtlich Ihren brüllenden Löwen zum Schutz der Ministerin vorschicken müssen. Das war schon nett.

(Oh-Rufe von der CDU – Zurufe)

Ich stelle fest – ich fasse die Zahlen noch einmal zusammen –:

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Im Jahr 2016 verfügte das Land Baden-Württemberg über 97 300 Lehrkräfte. Ende des Jahres 2019 werden es 94 400 Lehrkräfte sein – ein Minus von 3 000 Stellen. Wie ich vorhin ausgeführt habe, ist allein in diesem Doppelhaushalt insgesamt ein Minus von 461 Lehrerstellen zu verzeichnen, die gestrichen werden.

In der Tat, Frau Ministerin, an den Grundschulen fehlen uns diese Lehrkräfte. Die Kapazitäten hat man zu lange abgebaut. Das ist in Zeiten passiert, in denen die CDU regiert hat.

(Zuruf)

– Ja, Sie von der CDU haben vor 2011 regiert, Frau Ministerin. – Wir haben uns zu lange auf falsche Schülerprognosen verlassen; die holen uns jetzt ein. Wir haben heute einen Lehrermangel. Die Kräfte, die heute fehlen, sind diejenigen, die Sie damals nicht ausgebildet haben. Sie müssen einfach die Ausbildungszeit plus die Referendarzeit zusammenrechnen, dann wissen Sie, wie es ist.

Der zentrale Vorwurf von uns ist, dass wir in der Tat dort Probleme haben, Personal einzustellen. Aber im Gymnasialbereich haben wir das Personal, und Sie stellen es nicht ein. Nein, im Gegenteil, Sie bauen weiterhin Stellen für Lehrkräfte ab. Das heißt, Sie verschlechtern sehenden Auges den Unterrichtsausfall. Das ist meine zentrale Kritik. Denn Ethik, IT, Inklusion, Ganztagschule, das alles ist wichtig, und für alles brauchen wir Lehrerstellen. Diese Unterrichtsqualität steigern Sie nicht, wenn der Unterricht überhaupt nicht stattfindet. Das müssen Sie erst einmal erklären.

Übrigens, wenn Sie von Schulversuchen reden: Wissen Sie, was da bei mir abläuft, Frau Ministerin? Der erste Schulversuch, den Sie sich genauer angeguckt haben, war die Sportrealschule in Esslingen. Sie haben immer gesagt, andere würden diese Schulart benachteiligen, Ihnen sei sie sehr wichtig. Denen haben Sie erst einmal die Ressourcen kräftig zusammengestrichen.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Die haben ein super neues Konzept gemacht!)

Ich befürchte, Ihr Schulversuchsevaluationsprogramm ist nichts anderes als ein Zusammenstreichen von Realschulmitteln und Schulmitteln an anderen Standorten. Damit werden Sie nicht durchkommen. Das verspreche ich Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nein, Sie haben zu den Finanzdaten nichts gesagt.

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Fazit ist: Am Ende dieses Haushalts werden 461 Lehrerstellen, die wir in Baden-Württemberg dringend benötigen, nicht mehr da sein. Die Zusatzmittel verpuffen. Ihr Haushalt ist nichts anderes als ein Raubbau an Schulen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Standing Ovationen!)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich Herrn Abg. Dr. Fiechtner das Wort.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, liebe AfDler! „Die aktuelle Bildungspolitik ist ideologiegetrieben, oberflächlich und rückwärtsgewandt.“ Frau Ministerin Eisenmann, das waren die Vorwürfe, die Ihnen kürzlich vom Elternnetzwerk im Verein für Gemeinschaftsschulen an den Kopf geworfen worden sind.

(Zuruf von der SPD: Recht haben sie!)

Ideologie soll es also sein, unterschiedliche Schulsysteme, auch sehr stark ideologiebegründete, als Staat gleich zu behandeln und gleich zu bewerten.

Ich freue mich, dass Sie, Frau Ministerin, standhaft am Grundsatz von Vernunft und Wissenschaftlichkeit festhalten.

(Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Allein Ihre Ausführungen zu Schulversuchen und der Validierung dieser Versuche haben mein Herz, dies betreffend, höherschlagen lassen. Dieser Ideologie folge ich als Arzt, der sein Handeln auch auf Vernunft gründen sollte, sehr, sehr gern.

Ich befürworte grundsätzlich den dreigliedrigen Schulweg aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Aber als liberaler Politiker sage ich auch:

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Vorsicht!)

Lassen Sie uns doch sehen, welches Schulsystem unter den gleichen Bedingungen die besten Ergebnisse erzielt.

Herr Ministerpräsident Kretschmann, Sie haben in der letzten Woche bei einer Veranstaltung einen Satz gesagt, der mir unglaublich gut gefallen hat. Wenn sich das Elternnetzwerk also wieder einmal beklagen sollte, dass die Stammtische die Politik regierten, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie denen noch einmal erklärten, dass man die Leute an den Bierstresen nicht ärgern darf.

Weitere Investitionen in Informationstechnik und Lehrkräfte führen hoffentlich bald dazu, dass nicht nur die Pausen in den Schulen digital sind. Auch die Verdopplung der Beiträge an die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Baden-Württemberg befürworte und begrüße ich ausdrücklich, auch wenn sie wohl für manche hier zu spät kommen.

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich Herrn Abg. Dr. Gedeon das Wort.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt kommt die Steigerung! – Abg. Winfried Mack CDU: Das ist ein Schauspiel, nur ohne Eintritt! – Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE: Es wechselt ständig zwischen Tragödie, Komödie und Drama!)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Fiechtner, Sie haben ja recht. Das Problem, das wir in der Schulpolitik haben, ist nicht primär ein quantitatives – also nicht, es seien zu wenig Lehrer, zu wenig Schulen, zu wenig Geld. Das Hauptproblem ist ein ideologisches! Nur, Herr Fiechtner, das entscheidende ideologische Moment, an dem wir in der Schulpolitik jetzt vor allem leiden, wurde nicht genannt. Es ist die wahnwitzige Idee, Hunderttausende Flüchtlingskinder

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Haben Sie eigentlich noch irgendein anderes Thema? Gruselig! Sie sind doch thematisch so was von ausgelaugt! – Weitere Zurufe)

in unsere Regelschulen integrieren zu wollen, Kinder, die schon in der eigenen Sprache Analphabeten sind.

Herr Balzer hat es ja ganz deutlich aufgezeigt: Die Leistungsfähigkeit der Schulen nimmt dadurch ab. Das ist der entscheidende Punkt. Auch der soziale Friede in den Schulen wird zu wenig betont – Clanbildung, Gewaltanwendung.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Deutsche Schüler werden zunehmend diskriminiert, meine Damen und Herren. Das ist die Situation. Und durch die Flüchtlinge wird das Problem verschärft.

Es ist einfach eine Unterstellung, wenn man behauptet, man wolle denen die Bildung versagen. Es ist so, dass wir separieren wollen und die eine separate Ausbildung bekommen sollen, damit sie dann wieder in ihrer Heimat wirken können.

Aber Ihnen geht es ja – das ist eigentlich der Kern des Problems – gar nicht primär darum, den Kindern etwas beizubringen. Sie wollen vollendete Tatsachen über die Schulpolitik schaffen. Sie wollen möglichst viele Flüchtlingskinder in die Schulen bringen, und dann wird überprüft – jetzt z. B. Irak, Afghanistan oder vor allem Syrien. Dann müssten sie jetzt eigentlich wieder zurückgeschickt werden.

Und was kommt dann? Es wird gesagt: „Ja, wir können sie doch jetzt nicht mehr zurückschicken, denn die sind schon integriert, die gehen schon in die Schule.“

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das Publikum geht schon! – Zuruf der Abg. Sabine Wölfle SPD)

Das heißt, Sie machen aus der Bildungspolitik letztlich eine Abschiebungsverhinderungspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Man kann sagen: Sie instrumentalisieren also Bildungspolitik für zuwanderungspolitische Ziele.

(Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Glauben Sie, was Sie sagen?)

Man kann alles Mögliche vertreten. Wir sind von Ihnen ja sehr viel gewohnt. Aber es sollte zumindest das draufstehen, was drin ist.

(Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE: Barer Unsinn!)

(Dr. Wolfgang Gedeon)

Wenn man „Bildungspolitik“ draufschreibt und Zuwanderungspolitik drin ist, dann ist das Etikettenschwindel, und das sollten wir nicht kultivieren.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3204.

Ich rufe zunächst Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die Änderungs- und Entschließungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe die Nummer 1 auf:

Kapitel 0401

Ministerium

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3204. Wer Kapitel 0401 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0401 ist einstimmig zugestimmt.

(Zurufe)

– Gab es Gegenstimmen?

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja! Die FDP/DVP hat dagegen gestimmt!)

– Sie haben dagegen gestimmt. Okay. Dann ist Kapitel 0401 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 0402

Allgemeine Bewilligungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3204. Hierzu sind je ein Änderungsantrag der Fraktionen der AfD, der SPD und der FDP/DVP gestellt.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3304-18, der begehrt, den neuen Titel 432 03 N – Zulagen für Lehrer in Mangelregionen – aufzunehmen und Haushaltsmittel einzustellen, um Lehrer für den Dienst in Regionen mit erschwerter Bewerberlage zu gewinnen. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 972 10 – Globale Minderausgabe für den Einzelplan 04 – liegt Abschnitt I des Änderungsantrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3304-1, vor, der in Abschnitt II die Kapitel 0405, 0408, 0410, 0416, 0418, 0420 und

0428 betrifft. Der Antrag zielt darauf, die Ressourcengewinne aus freien, nicht besetzten Lehrerstellen nicht der globalen Minderausgabe für den Einzelplan 04 zuzuführen, sondern den Schulen zur Verfügung zu stellen, die von der Lehrerunterversorgung betroffen sind, damit diese Personal für pädagogische Zwecke gewinnen können.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir über Abschnitt I und Abschnitt II des Antrags gemeinsam abstimmen. – Sie stimmen diesem Vorschlag zu. Vielen Dank.

Wer diesem Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion mit Abschnitt I und Abschnitt II zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 883 91A – Zuweisungen an kommunale Träger zur Schulbauförderung – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3304-12, vor, der in Abschnitt I eine Mittelerhöhung für den Sanierungsbedarf an Schulen verlangt und in Abschnitt II den Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – und hier Kapitel 1212 – Sammelansätze – und Kapitel 1223 – Zukunftsinvestitionen – betrifft. Ich stelle diesen Änderungsantrag insgesamt zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0402. Wer Kapitel 0402 in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0402 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Unruhe)

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 3 und 4, also Kapitel 0403 – Obere Schulaufsichtsbehörden – und Kapitel 0404 – Staatliche Schulämter –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden. Danke.

Ich rufe also

Kapitel 0403 und Kapitel 0404

gemeinsam auf. Wer den beiden Kapiteln 0403 und 0404 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0403 und 0404 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 0405

Grund-, Haupt- und Werkrealschulen

Zu diesem Kapitel sind zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP gestellt.

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegen der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3304-19, und der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3304-2, vor. Beide Änderungsanträge begehren Erhöhungen im Betragsteil und Änderungen im Stellenteil.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Da der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, der sich gegen Stellenübertragungen im Zusammenhang mit der Umwandlung von Haupt- und Realschulen in Gemeinschaftsschulen richtet, weiter gehend ist, stelle ich diesen zunächst zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3304-2, der zusätzliche Mittel und Stellenhebungen fordert, um den Beförderungsstau bei den Fachlehrern und technischen Lehrkräften abzubauen zu können. Wer dem Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 428 01 – Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3304-20, vor, der Mittelerhöhungen im Betragsteil und Änderungen im Stellenteil fordert und sich gegen weitere Umwandlungen von Haupt- und Realschulen in Gemeinschaftsschulen ausspricht. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Kapitel 0405. Wer Kapitel 0405 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0405 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 6 auf:

Kapitel 0408

Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ), Staatliche SBBZ und Staatliche SBBZ mit Internat

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor.

Weiter gehend ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3304-21, der im Betragsteil Mittelkürzungen und im Stellenteil Veränderungen verlangt, die aus Sicht der Antragsteller Inklusion mit Augenmaß bewirken. Daher stelle ich diesen Änderungsantrag zunächst zur Abstimmung.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3304-3, der zusätzliche Mittel und Stellenhebungen fordert, um den Beförderungsstau bei den Fachlehrern und technischen Lehrkräften abzubauen zu können. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0408 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0408 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 7 auf:

Kapitel 0410

Realschulen

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegen Abschnitt I des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3304-13, und der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3304-4, vor.

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der in Abschnitt I im Hinblick auf die Sprachförderung Mittelerhöhungen fordert und mit den Abschnitten II und III die Kapitel 0420 und 0436 betrifft, ist in Abschnitt I weiter gehend als der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, der – wieder im Hinblick auf die Verbesserung der Beförderungssituation bei den Fachlehrern und technischen Lehrkräften – Mittelerhöhungen und Veränderungen im Stellenplan begehrt.

Daher lasse ich zunächst über Abschnitt I des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3304-13, abstimmen. Wer Abschnitt I dieses Änderungsantrags der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Abschnitt I dieses Änderungsantrags ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3304-4. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0410. Wer Kapitel 0410 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0410 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 8 auf:

Kapitel 0416

Gymnasien und Staatliche Gymnasien in Aufbauform mit Internat

Hierzu wurden zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD sowie je ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP gestellt. Außerdem liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor.

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegen der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3304-22, der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3304-14, und der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3304-5, vor. Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD begehrt Mittelerhöhungen und neue Stellen, und der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP fordert neben einer – im Vergleich zum SPD-Antrag niedrigeren – Erhöhung von Mitteln auch Stellenhebungen. Der Änderungsantrag der AfD verlangt lediglich Veränderungen im Stellenplan und lehnt Stellenübertragungen zugunsten der Gemeinschaftsschule ab.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Da der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3304-14, weiter gehend ist, stelle ich diesen zunächst zur Abstimmung. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3304-5. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion ist mehrheitlich abgelehnt.

Schließlich lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3304-22. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 428 01 – Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3304-23, vor, der im Betragsteil eine Erhöhung der Mittel und im Stellenteil mehr Lehrerstellen fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0416. Wer Kapitel 0416 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0416 ist mehrheitlich zugestimmt.

Zu Kapitel 0416 liegt noch der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3304-6, vor, den ich nun zur Abstimmung stelle. Dieser Entschließungsantrag betrifft auch Kapitel 0418 – Gemeinschaftsschulen – und Kapitel 0420 – Berufliche Schulen. Es wird gefordert, den Schulversuch „Zwei Geschwindigkeiten zum Abitur am allgemeinbildenden Gymnasium“ auslaufen zu lassen, auf die Einrichtung von Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen zu verzichten und die hierdurch frei werdenden Lehrerstellen jeweils den beruflichen Gymnasien zukommen zu lassen.

Ich beabsichtige, den Entschließungsantrag insgesamt zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden. Vielen Dank.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe die Nummer 9 auf:

Kapitel 0418

Gemeinschaftsschulen

Hierzu sind zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD, ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP gestellt. Außerdem liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor.

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegen je ein Änderungsantrag der Frak-

tion der AfD, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP vor.

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3304-24, zur Abstimmung, der im Betragsteil eine Kürzung der Mittel und im Stellenteil Stellenreduzierungen enthält und darauf abzielt, dass Gemeinschaftsschulen kein weiteres Personal erhalten bzw. geschlossen werden sollen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die Schüler werden auf die Straße gestellt!)

Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3304-15, der im Betragsteil eine Mittelerrhöhung und im Stellenteil zusätzliche Stellen fordert, um die Unterrichtsversorgung sicherzustellen und Qualitätsentwicklung zu fördern. Wer diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3304-7, der zusätzliche Mittel und Stellenhebungen fordert, um den Beförderungsstau bei den Fachlehrern und technischen Lehrkräften abzubauen zu können. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 428 01 – Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3304-25, vor, der im Betragsteil Mittelkürzungen und im Stellenteil Veränderungen verlangt, die sich aus der kritischen Bewertung der Antragsteller bezüglich der Gemeinschaftsschule ergeben. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Kapitel 0418. Wer Kapitel 0418 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0418 ist mehrheitlich zugestimmt.

Zu Kapitel 0418 liegt noch der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3304-8, vor, den ich nun zur Abstimmung stelle. Dieser Entschließungsantrag betrifft auch Kapitel 0436 – Allgemeine Schulangelegenheiten. Es wird in drei Punkten gefordert, verschiedene Vorhaben aus dem Bildungsbereich zum Schuljahr 2018/2019 umzusetzen.

Ich schlage Ihnen vor, den Entschließungsantrag insgesamt zur Abstimmung zu stellen. – Dem stimmen Sie zu. Vielen Dank.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ich rufe die Nummer 10 auf:

Kapitel 0420

Berufliche Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs, Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen, Fachschulen)

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegen Abschnitt II des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3304-13, und der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3304-9, vor. Beide Änderungsanträge fordern im Betragsteil Mittelserhöhungen. Der SPD-Antrag begehrt im Stellenteil zusätzliche Stellen, um die Unterrichtsversorgung sicherzustellen und die Qualitätsentwicklung zu fördern, und der FDP/DVP-Antrag verlangt Stellenhebungen im Bereich Fachlehrer und technische Lehrkräfte.

Da Abschnitt II des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3304-13, weiter gehend ist, stelle ich diesen zunächst zur Abstimmung. Wer stimmt Abschnitt II des Änderungsantrags der Fraktion der SPD zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II dieses Änderungsantrags ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3304-9. Wer diesem Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt folgt die Abstimmung über das Kapitel 0420. Wer Kapitel 0420 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0420 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 11 und 12, Kapitel 0428 – Staatliche Berufliche Schulen – und Kapitel 0435 – Förderung von Schulen in freier Trägerschaft –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden. Danke.

Ich rufe also die Kapitel 0428 und 0435 gemeinsam auf:

Kapitel 0428 und Kapitel 0435

Wer den beiden Kapiteln 0428 und 0435 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0428 und 0435 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 13 auf:

Kapitel 0436

Allgemeine Schulangelegenheiten

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3204.

(Unruhe auf der Regierungsbank)

– Ich darf auf der Regierungsbank um Ruhe bitten. Das stört. Danke.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut!)

Hierzu liegen fünf Änderungsanträge der Fraktion der AfD und Abschnitt III des bereits erwähnten SPD-Antrags, Drucksache 16/3304-13, vor.

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3304-27, vor, der im Rahmen von Maßnahmen für Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge im Betragsteil die Streichung einer Erläuterung und im Stellenteil die Streichung von Stellen fordert. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Abschnitt III des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3304-13, der ebenfalls Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – betrifft und weniger Stellen mit dem k.w.-Vermerk versehen möchte. Wer stimmt Abschnitt III des Änderungsantrags der Fraktion der SPD zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Abschnitt III dieses Änderungsantrags ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3304-26, fordert die Aufnahme des neuen Titels 422 06 N – Zulagen für Lehrer in Mangelfächern –, um durch zusätzliche Haushaltsmittel, die neu eingestellten Lehrern in Mangelfächern in Form von Zulagen zugutekommen sollen, Unterrichtsausfall vorzubeugen. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun gehen wir weiter zum Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3304-28, der mit dem neuen Titel 537 01 N – Ausgaben für Bildungs- und Laufbahnberatung für besonders begabte Schüler sowie Sonderkurse – zusätzliche Haushaltsmittel verlangt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt kommen wir zum Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3304-29, der die Aufnahme des neuen Titels 428 74 N – Beschäftigungsentgelte für Lehrer aus den Herkunftsgebieten der Flüchtlinge, die diese in der Sprache ihres Herkunftslandes unterrichten – und entsprechende Haushaltsmittel fordert. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 429 78 – Nicht aufteilbare Personalausgaben – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3304-30, vor, der eine Mittelserhöhung fordert, um besonders begabte Schüler mit der Summe von 2016 fördern zu können. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Kapitel 0436. Wer Kapitel 0436 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0436 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ich rufe die Nummer 14 auf:

Kapitel 0439

Vorschulische Bildung und Betreuung

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3304-16, vor, der in Abschnitt I fordert, in der neuen Titelgruppe 86 – Einstieg in die Gebührenfreiheit frühkindlicher Bildungsangebote – einen neuen Titel 633 86 N – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – einzufügen und dort Haushaltsmittel einzustellen, um zunächst ein Kindergartenjahr beitragsfrei zu ermöglichen. Abschnitt II dieses Antrags betrifft den Einzelplan 12 und hier das Kapitel 1206 – Schulden und Forderungen – sowie das Kapitel 1212 – Sammelansätze.

Ich stelle den Änderungsantrag der SPD-Fraktion insgesamt zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0439 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0439 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch abzustimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3304-10, mit dem die Landesregierung ersucht wird, dem Landtag bis 30. Juni 2018 ein Konzept zur Verwendung der ursprünglich für den grün-schwarzen Kinderbildungspass vorgesehenen 84 Millionen € vorzulegen. Wer diesem Entschließungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe die Nummer 15 auf:

Kapitel 0440

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer Kapitel 0440 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0440 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 16 auf:

Kapitel 0441

Überregionale und internationale Kulturpflege und Bildungshilfe für Entwicklungsländer

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3204. Wer Kapitel 0441 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0441 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 17 auf:

Kapitel 0442

Landesinstitut für Schulentwicklung, Landesmedienzentrum und Medienförderung

Zu Titel 685 03 – Zuschuss an das Landesmedienzentrum – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3304-11, vor, der fordert, die für den medienpolitischen Kongress des Staatsministeriums vorgesehenen Mittel dem Landesmedienzentrum zugutekommen zu lassen, das die Schulen bei der Entwicklung und Durchführung von Konzepten zur Medienbildung unterstützt. Wer diesem Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0442 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0442 ist einstimmig zugestimmt.

Nun schlage ich Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 18 und 19, Kapitel 0445 – Staatliche Seminare für Didaktik und Lehrerbildung sowie Pädagogische Fachseminare – und Kapitel 0448 – Zentrale Lehrerfortbildung und Akademie Schloss Rotenfels –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden. Vielen Dank.

Ich rufe also die Kapitel 0445 und 0448 gemeinsam auf:

Kapitel 0445 und Kapitel 0448

Wer den beiden Kapiteln 0445 und 0448 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0445 und 0448 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 20 auf:

Kapitel 0453

Weiterbildung

Zu Titelgruppe 71 – Förderung von Einrichtungen der Weiterbildung – sowie Titel 633 71 – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – und Titel 684 71 – Zuschüsse an sonstige Träger – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3304-17, vor, der eine Neufassung der Erläuterung begehrt und entsprechend dem Ende 2015 von der Landesregierung zugesagten Weiterbildungspakt Mittel-erhöhungen fordert, um die Weiterbildungsträger in ihrer Arbeit zu unterstützen. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0453 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0453 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 21 auf:

Kapitel 0455

Pauschalleistungen an die Kirchen und Aufwendungen für andere Religionsgemeinschaften und sonstige kirchliche Zwecke

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3204. Wer Kapitel 0455 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0455 ist einstimmig zugestimmt.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ich rufe die Nummer 22 auf:

Kapitel 0460

Sportförderung

Wer Kapitel 0460 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0460 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 23 auf:

Kapitel 0465

Jugend und kulturelle Angelegenheiten

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3204. Hierzu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zu Titel 684 72 – Zuschüsse an sonstige Träger – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3304-31, vor, der im Hinblick auf Studienfahrten zu bedeutsamen Stätten der deutschen Geschichte Mittelerrhöhungen und eine Ergänzung der Erläuterungen fordert. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 633 79 – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3304-32, vor, der eine Mittelerrhöhung fordert, um die Musikausbildung von Kindern und Jugendlichen im Bereich der klassischen Musik zu fördern. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 684 79 – Zuschüsse an sonstige Träger – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3304-33, vor, der eine Mittelerrhöhung für das Programm „Singen – Bewegen – Sprechen“ begehrt. Wer diesem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 0465. Wer Kapitel 0465 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0465 ist mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt haben wir noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen abzustimmen.

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen in Ziffer 1, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 8. November 2017, Drucksache 16/3019, soweit diese den Einzelplan 04 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

In Ziffer 2 empfiehlt Ihnen der Ausschuss, von der Mitteilung der Landesregierung vom 6. November 2017 – 48. Landesjugendplan für die Haushaltsjahre 2018/2019 –, Drucksache 16/3009, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

In Ziffer 3, die die Mitteilung der Landesregierung vom 6. November 2017 – 26. Landessportplan für die Haushaltsjahre 2018/2019 –, Drucksache 16/3004, betrifft, empfiehlt Ihnen der Finanzausschuss ebenfalls, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen auch hier zu.

In Ziffer 4 schlägt Ihnen der Ausschuss vor, von dem Schreiben des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 13. November 2017 betreffend Übersichten zum Schulhaus- und Sportstättenbau Kenntnis zu nehmen. – Ich stelle Zustimmung fest.

Meine Damen und Herren, wir haben es geschafft: Wir sind am Ende der Beratung des Einzelplans 04. Danke.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Wir haben die Beratung des Einzelplans 04 geschafft, aber wir sind noch nicht am Ende der Beratungen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Noch lange nicht!)

Ich rufe die **Punkte 1 b bis 1 d** sowie **Punkt 2** der Tagesordnung gemeinsam auf:

Punkt 1 b:

Einzelplan 06: Ministerium für Finanzen

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3206

Berichterstatter: Abg. Tobias Wald

Punkt 1 c:

Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3212

Berichterstatter: Abg. Joachim Köbler

Berichterstatter: Abg. Emil Sänze

Berichterstatter: Abg. Gernot Gruber

Punkt 1 d:

Staatshaushaltsgesetz 2018/19 – Drucksache 16/3000

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3200

Berichterstatter: Abg. Karl Klein

Punkt 2:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2018/19 – Drucksache 16/3017

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3217

Berichterstatter: Abg. Karl Klein

(Präsidentin Muhterem Aras)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung der Tagesordnungspunkte 1 b bis 1 d und des Tagesordnungspunkts 2 eine Redezeit von insgesamt 15 Minuten je Fraktion festgelegt.

Wünschen die zahlreichen Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall. Vielen Dank.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Frau Abg. Walker für die Fraktion GRÜNE das Wort.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk übernimmt die Sitzungsleitung.)

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident – ich begrüße Sie –, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir steigen nun in den letzten Tagesordnungspunkt im Rahmen der zweiten Lesung des Doppelhaushalts 2018/2019 ein. Es liegen drei Tage mit intensiven Beratungen zu den Einzelplänen der Ministerien hinter uns. Ich möchte meinen Beitrag nutzen, um in der gemeinsamen Debatte über die Einzelpläne 06 und 12, das Staatshaushaltsgesetz 2018/19 und das Haushaltsbegleitgesetz 2018/19 noch einmal einen Gesamtblick auf die Architektur dieses Doppelhaushalts zu werfen.

Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft hat unlängst gezeigt: Trotz Haushaltsüberschüssen, steigender Exporte und geringer Arbeitslosenzahlen stecken Bund und Länder seit Jahren zu wenig Geld in die Infrastruktur und gefährden damit den künftigen Wohlstand des Landes. Gesperrte Brücken, marode Schulen, fehlende Glasfasernetze sind die Folge. Baden-Württemberg steht im Vergleich mit den anderen Bundesländern natürlich sehr gut da. Dennoch nehmen wir solche Analysen der Ökonomen sehr ernst, und wir handeln energisch, wie wir dies bereits im Haushalt 2017 getan haben.

(Beifall des Abg. Thomas Hentschel GRÜNE)

Dieser Doppelhaushalt spricht auch deswegen eine klare Sprache. Wir machen unser Land fit für die Zukunft, packen die heutigen Herausforderungen an und denken dabei an die kommenden Generationen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Grundlage dafür ist ein wetterfester Haushalt, ein Haushalt, der dauerhaft im Lot ist und selbstverständlich ohne Aufnahme neuer Schulden auskommt. Hiervon profitieren langfristig alle – die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen, die Kreise, Städte und Gemeinden und, wenn wir klug handeln, auch unsere Kinder und Enkelkinder.

Natürlich hilft uns dabei auch – ganz klar – die gute Konjunkturentwicklung im Land und dementsprechend die gute Einnahmesituation. Die Ergebnisse der aktuellen November-Steuerschätzung haben dies noch einmal bestätigt. Wir werden 2018/2019 über 1,4 Milliarden € mehr einnehmen als ursprünglich geplant.

Das Land kann aber über diese Mehreinnahmen nicht frei verfügen. Auf der Basis der Landeshaushaltsordnung sind wir verpflichtet, den größten Teil dieser Einnahmen für die Schuldentilgung zu verwenden – anders als die Kommunen. Die Kommunen können über diese Steuermehreinnahmen frei ver-

fügen. Im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung ergibt sich für die Kreise, Städte und Gemeinden im Jahr 2018 ein Plus von 420 Millionen € und im Jahr 2019 ein Plus von 490 Millionen €.

Es gibt noch weitere gute Nachrichten für die Kommunen: Sie profitieren über den kommunalen Sanierungsfonds mit 10 % an den Mehreinnahmen des Landes, die das Land zur Tilgung einsetzen muss. Damit unterstützen wir die Kommunen bei der Modernisierung ihrer Schulen und des Straßennetzes, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wenn wir die mittelfristige Finanzplanung des Landes betrachten, so stellen wir fest, dass es uns gelungen ist, die strukturelle Deckungslücke drastisch zu senken. Es hilft nämlich nicht, die Deckungslücke einfach wegzureden oder zu leugnen, wie es die Opposition bei den Finanzberatungen auch dieses Mal wieder zum Teil getan hat. Vielmehr muss man konkret handeln und in den Einzelplänen strukturell konsolidieren.

Deswegen wurden alle Ministerien verpflichtet, Konsolidierungsbeiträge in Höhe von insgesamt 600 Millionen € zu leisten. Die Häuser sind diesen Verpflichtungen auch nachgekommen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Insbesondere das Umweltministerium!)

Man kann sich jetzt anschauen, wie wir die strukturelle Deckungslücke auf der Basis der Konsolidierungsbeiträge gesenkt haben: Vor ein paar Jahren bestand noch eine Lücke von 2,5 Milliarden €, zuletzt eine Lücke in Höhe von 1,9 Milliarden €. Nun konnten wir diese auf 60 Millionen € senken. Das ist ein enormer Schritt und ein großer Erfolg dieser Koalition.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Natürlich verweist die Opposition in diesem Zusammenhang gern auf die hohen Überschüsse der Vorjahre. Aber diese Überschüsse kann man nicht einfach als strukturelle Mehreinnahmen verbuchen, und schon gar nicht sollten wir die mittelfristige Finanzplanung ignorieren.

Auch beim Thema Schuldentilgung haben wir mit diesem Doppelhaushalt einen Paradigmenwechsel eingeleitet.

(Lachen bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das kann man wohl sagen!)

Wir steigen mit einer halben Milliarde Euro in die Tilgung von Kreditmarktschulden ein. Dabei belassen wir es nicht. Darüber hinaus gehen wir auch das Problem der noch bestehenden Kreditermächtigungen an. Denn nach wie vor werden rund 1,5 Milliarden € Einnahmereste über Kreditermächtigungen abgebildet. Auch diese sind eine Altlast und ein Problem verdeckter Verschuldung, das man nicht einfach ignorieren kann. Das hat auch der Rechnungshof bei den Beratungen noch einmal ausdrücklich bestätigt.

(Thekla Walker)

Aufgrund der Schuldenbremse dürfen die Einnahmereste eben nicht über Kreditermächtigungen abgedeckt werden bzw. dürfen ab dem Jahr 2020 ohnehin keine weiteren Kredite aufgenommen werden. Man muss daher entweder vorher die Ermächtigungen in Anspruch nehmen – was eine zusätzliche Verschuldung bedeuten würde –, oder man muss die Kreditermächtigungen ablösen und die Einnahmereste mit realen Haushaltsmitteln hinterlegen.

Genau das tun wir jetzt in einem ersten Schritt mit annähernd 1 Milliarde €. Neue Schulden kommen hier für uns nicht infrage. Aber genauso wenig kommt für uns infrage, dieses Problem einfach zu ignorieren oder dessen Lösung sehenden Auges aufzuschieben. Auch hier unterscheiden wir uns von der Opposition. Das ist gut so. Das ist gut für den Haushalt, und das ist gut für das Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ein weiterer Baustein der Schuldentilgung ist der Abbau des Sanierungsstaus. Auch hier gehen wir mit großen Schritten voran. Allein in die Sanierung von Hochschulen, Unikliniken und Brücken des Landes investieren wir über 1 Milliarde € zusätzlich.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Stickelberger?

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Selbstverständlich.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte, Herr Kollege Stickelberger.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Vielen Dank, Frau Kollegin Walker. – Sie erinnern sich sicher an die Finanzausschussberatung, bei der ein Vertreter des Rechnungshofs sinngemäß erklärt hat, dass man sich noch keine abschließende Meinung darüber gebildet hat, ob die Ausgabestelle als implizite Schulden anzusehen sind.

Sie haben jetzt allerdings dargestellt, der Rechnungshof habe sich dahin gehend bereits geäußert. Ich habe das anders im Ohr. Sie stimmen mir sicher zu, dass dies noch einer abschließenden Prüfung durch den Rechnungshof bedarf.

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Ja, ich habe das in der Tat anders verstanden, Herr Stickelberger. Der Vertreter des Rechnungshofs hat noch einmal ausdrücklich ausgeführt, dass es sich insbesondere bei den Ausgabestellen, die durch Einnahmereste bzw. durch die Kreditermächtigungen abgedeckt sind oder abgedeckt werden sollen, um hohe Verbindlichkeiten handelt. Die kann man nicht einfach streichen, sondern man muss entsprechend der Schuldenbremse schon für eine Abdeckung sorgen – also nicht durch die Aufnahme neuer Schulden. Der Vertreter des Rechnungshofs hat sehr dezidiert erwähnt, dass der Rechnungshof mehrfach – auch schon vor diesen Haushaltsberatungen – darauf hingewiesen hat, dass dieses Problem zu lösen ist.

Wir haben eine Lösung herbeigeführt; wir investieren fast 1 Milliarde €. Ich muss einfach sagen, dass von der Opposition keine Lösungsvorschläge zu diesem Problem kamen. Deswegen rechnet sich aus unserer Sicht Ihre Haushaltsrech-

nung insgesamt überhaupt nicht, weil Sie diese 1,5 Milliarden € in Ihrer Gesamtrechnung nicht einkalkulieren.

(Lachen des Abg. Peter Hofelich SPD)

Ich möchte zum Thema Sanierung noch ausführen, dass wir, wie ich vorhin schon sagte, insgesamt 2,5 Milliarden € investieren, die wir der Rücklage für Sanierungsmaßnahmen zuführen. Ich denke, jede kluge Bürgerin und jeder kluge Bürger würde das sicherlich genauso tun, wenn noch ein hoher Sanierungsbedarf besteht. Natürlich investiert man in sein Haus oder in die Wohnung, in der man lebt, und in deren Erhalt, anstatt das Geld nur zur Bank zu tragen. Warum also sollte das Land anders handeln und nur Kreditmarktschulden tilgen, wie z. B. von der FDP/DVP vorgeschlagen? Die Sanierungsaufgaben wären damit nur aufgeschoben und würden das Land zu einem späteren Zeitpunkt umso härter treffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir sind anderer Meinung und halten den Abbau des Sanierungsstaus für eine ökonomisch sinnvolle und kluge Art des Schuldenabbaus. Von modernen Schul- und Universitätsgebäuden oder sanierten Brücken und Straßen werden die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land in den nächsten Jahren spürbar profitieren.

Auch die Erfahrungen aus den Kommunen geben uns recht. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat in dieser Woche eine Pressekonferenz zu diesem Thema abgehalten. Auch er sieht in Deutschland einen Investitionsstau in Milliardenhöhe und möchte, dass Bund und Länder in diesem Bereich mehr Geld ausgeben. Wir stellen den Kommunen Baden-Württembergs über den kommunalen Sanierungsfonds und die Schienenfahrzeugförderung direkt zusätzliche Sanierungsmittel zur Verfügung – in diesem Doppelhaushalt insgesamt 420 Millionen € zusätzlich.

Die Opposition dagegen bleibt uns allen eine Antwort schuldig, wie der Sanierungsstau nach ihrer Auffassung abgebaut werden soll, wenn sie daneben beispielsweise 4 Milliarden € in die Kreditmarktschuldentilgung stecken will. Das können und wollen wir, die Regierungsfractionen, uns eben nicht leisten.

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Es ist genügend Geld da!)

Wir übernehmen Verantwortung und bauen den Sanierungsstau ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Zusätzlich zu den genannten Maßnahmen leisten wir mit einer Sonderzuführung an den Versorgungsfonds in Höhe von 120 Millionen € einen wesentlich höheren Vorsorgebeitrag für zukünftige Pensionszahlungen an unsere Landesbeamten.

An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit ergreifen, ein paar Worte konkret zum Einzelplan 06 zu sagen. Hier werden die Grundsteine dafür gelegt, dass die Steuereinnahmen richtig veranschlagt und gut verwaltet werden. Hier wird die Basis dafür geschaffen, dass der Sanierungsstau effektiv abgearbeitet werden kann. Mit diesem Doppelhaushalt stärken wir beide Bereiche.

(Thekla Walker)

Durch zusätzliche Stellen stärken wir die Finanz- und Steuerverwaltung auch in diesem Haushalt konsequent. Wir ermöglichen 530 Stellenhebungen für die neue Dienstpostenbewerfung im gehobenen Dienst und investieren kräftig in die EDV-Ausstattung und Digitalisierung.

Auch die Staatliche Vermögens- und Hochbauverwaltung staten wir mit zusätzlichen Stellen aus, die Vermögen und Bau in die Lage versetzen, die gewaltige Investitionsoffensive im Hochbau effektiv und effizient umzusetzen. Wie auch in allen anderen Bereichen, in denen wir zusätzliche Stellen schaffen, geht es hier um staatliche Kernaufgaben, um die Handlungsfähigkeit und die Effektivität bei der Erledigung staatlicher Aufgaben.

Deshalb ist es auch gut und richtig, dass wir mit dem Staatshaushaltsgesetz das 1 480-Stellen-Einsparprogramm aufheben. Dieses Stellenabbauprogramm hätte insbesondere die Regierungspräsidien in unzumutbarem Umfang geschwächt, und dies angesichts von zusätzlichen Aufgaben und gestiegenen Herausforderungen in einem wachsenden und prosperierenden Land.

Genau um diese Frage geht es übrigens auch bei der Schaffung zusätzlicher Stellen in den Umweltverwaltungen der Stadt- und Landkreise, die wir mit dem Haushaltsbegleitgesetz heute beschließen wollen. Es geht um effektives, effizientes staatliches Handeln, um straffe Genehmigungsverfahren, qualifizierte Beratung der Betriebe sowie der Bürgerinnen und Bürger und insgesamt um die Funktionsfähigkeit und Handlungsfähigkeit der Behörden vor Ort.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einmal eine Legende aus der Welt schaffen, nämlich die Behauptung von AfD und FDP/DVP, wir hätten die Schaffung von 31 Stellen in der kommunalen Umweltverwaltung verheimlichen wollen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein! –
Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Sie waren doch im
Finanzausschuss dabei!)

– Hören Sie zu, dann erkläre ich Ihnen, warum ich das so sehe.

Es handelt sich um Stellen, die nach dem Finanzausgleichsgesetz finanziert werden. Deshalb waren hierfür zwei Anträge erforderlich: ein Antrag zum Einzelplan 12 mit dem in den Haushalt einzustellenden Betrag und ein Antrag zum Haushaltsbegleitgesetz. Wenn Sie den ersten Antrag richtig gelesen hätten, in dem es um den Betrag ging, hätte Ihnen auffallen können, dass hier auf den zweiten Antrag verwiesen wurde, nämlich den Änderungsantrag zum Haushaltsbegleitgesetz, in dem die Stellenschaffungen detailliert erläutert und begründet worden sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg.
Tobias Wald CDU – Zurufe der Abg. Andreas Glück
FDP/DVP und Rainer Stickelberger SPD)

Es gibt also keinen Grund für Verschwörungstheorien zum Verfahren, vor allem aber keinen Grund für Kritik in der Sache. Denn in der Sache machen wir hier genau das Richtige. Das bestätigen Ihnen die kommunalen Landesverbände genauso wie die Wirtschaft und ihre Verbände.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Halten Sie sich an das, was die kommunalen Landesverbände wollen?)

Aber diese Debatte haben wir schon gestern ausführlich geführt, und wir haben dargestellt, warum Sie, liebe Kollegin und Kollegen von der FDP/DVP, in dieser Sache völlig falsch liegen.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Nein!)

Ich möchte zum Abschluss wiederholen: Mit diesem Haushalt machen wir unser Land fit für die Zukunft. Wir planen die heutigen Herausforderungen ein, und wir kümmern uns um die künftigen Generationen. Das ist ein guter, ausgewogener und solider Haushalt, mit dem wir 2020 die Schuldenbremse souverän einhalten werden.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Wald das Wort.

Abg. Tobias Wald CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind mit dem heutigen Plenartag auf der Zielgeraden der Beratungen des Doppelhaushalts 2018/2019 angelangt. Die Aufstellung eines Haushalts mit einem Gesamtvolumen von über 100 Milliarden € ist kein Sprint, es ist ein Marathon. Die Ziellinie werden wir in der nächsten Woche bei der dritten Lesung des Haushalts erreichen. Heute beraten wir, wie ich meine, die wichtigsten Elemente des Haushalts: den Einzelplan 06, den Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung –, das Staatshaushaltsgesetz und das Haushaltsbegleitgesetz.

Zunächst aber möchte ich mich bei allen Beschäftigten der Finanz- und Steuerverwaltung sowie der Vermögens- und Hochbauverwaltung bedanken. Sie alle leisten hervorragende Arbeit; sie kümmern sich um den überwiegenden Teil der Einnahmen des Landes sowie um das Vermögen und die Liegenschaften unseres Landes. Hierfür herzlichen Dank.

(Beifall des Abg. Emil Sänze AfD)

Die Regierung hat einen guten, soliden Entwurf des Doppelhaushalts vorgelegt. Wir, die Regierungsfractionen, haben in den Finanzausschussberatungen und in der zweiten Lesung deutliche und eigene Akzente gesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Dabei galten für uns stets folgende Prinzipien: Konsolidierung der Finanzen, Sanierung des Landesvermögens, Investitionen in die Zukunft. Der Haushalt ist damit fit für das Jahr 2020. Dann greift erstmals die Schuldenbremse.

Ich halte fest, die Ressorts leisten einen Beitrag zur strukturellen Konsolidierung in Höhe von 600 Millionen €; somit sind seit Beginn der Legislaturperiode 1,4 Milliarden € dauerhaft eingespart. Durch die deutliche Reduzierung des hausaltswirtschaftlichen Handlungsbedarfs in der mittelfristigen Finanzplanung befinden wir uns klar auf dem Weg in Richtung Einhaltung der Schuldenbremse.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

(Tobias Wald)

Dies eröffnet uns neue Spielräume, um unser Land aktiv zu gestalten. Die Landeshaushaltsordnung verpflichtet den Haushaltsgesetzgeber, mit zusätzlichen Steuereinnahmen zum allergrößten Teil Schulden zu tilgen. Das tun wir. Das ist gut, und das ist richtig so. Dies gilt für Kreditmarktschulden genauso wie für die implizite Verschuldung.

Ich halte fest: Die Tilgungsmittel in den Jahren 2018/2019 liegen bei 4 Milliarden €. Mit der Tilgung einer halben Milliarde Euro Kreditmarktschulden leiten wir eine historische Trendwende ein, und das ist gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Mit der Ablösung von Kreditermächtigungen – Frau Walker hat es schon ausgeführt –, die Teile der bestehenden Ausgabereise finanziell abdecken, sorgen wir mit Blick auf das Jahr 2020 ebenfalls vor. Wir machen unser Land zukunftsfest, indem wir die explizite und die implizite Verschuldung abbauen. Dabei haben wir immer eines im Blick: die Sanierung des Landesvermögens, die Tilgung der Kreditmarktschulden und die Zuführung zusätzlicher, bislang gar nicht vorgesehener Mittel an den Versorgungsfonds für zukünftige Pensionen.

Dazu passt, was eigentlich auch jeder weiß, meine Damen und Herren: Ein saniertes Gebäude belastet die kommenden Haushalte wesentlich weniger, und deshalb investieren wir ganz kräftig. Wir handeln schnell und umfassend und haben für Sanierungen insgesamt 1,65 Milliarden € in den Doppelhaushalt eingestellt. Für energetische Sanierungen von Landesgebäuden werden wir rund 130 Millionen € aufwenden. Das ist wesentlich mehr als in den Vorjahren.

Ein wichtiger Schritt der Haushaltskonsolidierung war natürlich auch die Änderung von § 18 LHO. Jeder Bürger, jeder von uns kennt Polizeireviere, Finanzämter, Gerichte, Universitäten, Unikliniken, Straßen und Brückenbauwerke, die renovierungsbedürftig sind und dringend saniert werden müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, LHO-Mittel sind immer ganz konkrete Mittel. Ich möchte einmal einige Projekte aufzeigen, die sich auch in Ihren Wahlkreisen, liebe Kollegen von der SPD, befinden: 3,2 Millionen € aus LHO-Mitteln zur Sanierung des Hör-Sprachzentrums Neckargemünd, 1,8 Millionen € für die Justizvollzugsanstalt Adelsheim, 400 000 € für die Hochschule Ulm, 1,2 Millionen € für die Musikhochschule Freiburg, 2 Millionen € für die Universität Hohenheim, 2,4 Millionen € für die Justizvollzugsanstalt Heilbronn, 3 Millionen € für die Sanierung des Kurhauses in Bad Wildbad. Meine Damen und Herren, die Liste ließe sich weiter fortführen. Das sind alles Einrichtungen, die wir zusätzlich sanieren können, weil wir § 18 LHO geändert haben.

Gemäß Kostenberechnung besteht bei den Unikliniken ein Investitionsbedarf von 3,1 Milliarden €. Wir stehen zu unserer baden-württembergischen Hochschulmedizin; denn sie leistet einen wertvollen Beitrag zur Gesundheit der Menschen im Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Weil sie so wichtig sind, stellen wir in diesen Doppelhaushalt für die Unikliniken LHO-Mittel in Höhe von über 400 Millionen € ein. Das, meine Damen und Herren, ist nachhaltige und zukunftsweisende Finanzpolitik.

Doch wir denken nicht nur an Landesgebäude, wir denken auch an unsere Gemeinden, Städte und Landkreise. Ich halte fest: Insgesamt 422 Millionen € stehen im kommunalen Sanierungsfonds für die Jahre 2017 bis 2019 zur Verfügung. Hinzu kommen noch einmal 60 Millionen € für den Einsatz von Schienenfahrzeugen. Eine halbe Milliarde Euro innerhalb von drei Jahren – das ist eine freiwillige Leistung des Landes Baden-Württemberg. Die kommunale Familie ist uns ein wichtiger und, ich meine, ein sehr verlässlicher Partner. Wir lassen unsere Kommunen nicht im Regen stehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Gern auch ein Hinweis auf die Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Kommunen: Derzeit berät die Gemeinsame Finanzkommission unter der Federführung unserer Finanzministerin über die Forderungen der kommunalen Landesverbände. Insgesamt zehn Forderungen wurden uns im Sommer vorgelegt. Nach den Beratungen der einzelnen Punkte in der GFK hat die Landesregierung den kommunalen Landesverbänden ein Kompromissangebot unterbreitet, dass bereits haushaltsreife Themen umgesetzt werden können. Die kommunale Seite hat dieses Vorgehen nicht mitgetragen und wollte eine Blocklösung.

Verhandeln ist jedoch immer auch ein Geben und Nehmen. Deshalb sind wir in guten Gesprächen mit den kommunalen Landesverbänden. Ich bin voller Hoffnung und Zuversicht, dass in weiteren Gesprächen eine gute und ausgewogene Lösung für das Land und die Kommunen gefunden wird. Ein Pakt für gute Bildung und Betreuung kann eben nicht in wenigen Wochen beschlossen werden, sondern muss gut und grundsätzlich diskutiert werden. Dafür braucht man auch Zeit. Ich denke, wir sind da auf einem guten Weg, und ich bin mir sicher, dies wird auch gelingen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Von der Opposition kam der Vorwurf, wir würden weniger Fördermittel in die kommunalen Krankenhäuser geben. Über den Kommunalen Investitionsfonds stellen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Binder, 400 Millionen € zur Verfügung. Das ist genau der Betrag, den die Kommunen und die kommunalen Krankenträger bei uns auch beantragt haben. Wir sichten zugunsten der Digitalisierung um – ein wichtiges Thema, wie wir meinen –, und wenn die kommunalen Krankenträger 400 Millionen € beantragen, dann bekommen sie auch 400 Millionen €. Das Thema „Digitalisierung und Breitband“ ist aber nicht nur ein Landesthema, sondern, wie ich meine, auch ein kommunales Thema.

(Abg. Sascha Binder SPD: Großer Beifall!)

Aber wir nehmen die Anliegen der Kommunen ernst; denn für die CDU-Landtagsfraktion ist eines ganz wichtig: Kommunen und Land Hand in Hand. Ich glaube, wir sind hier auf einem guten Weg.

Eine weitere Entlastung des künftigen Haushalts stellt auch die Zuführung von 120 Millionen € an den Versorgungsfonds dar. Ab 2020 erhöhen wir die Versorgungsbeiträge für neu eingestellte Beamte auf monatlich 750 € – bisher waren es 500 € –, und für jede neu geschaffene Stelle ab 2020 muss man sogar 1 000 € pro Monat hinterlegen. Ich glaube, das ist ein gu-

(Tobias Wald)

ter Weg; denn somit werden künftige Lasten abgedeckt – ein guter Weg für zukünftige Generationen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch einmal daran erinnern, dass wir die Absenkung der Eingangsbesoldung auf einen Schlag rückgängig gemacht haben. Auch das Tarifergebnis wurde inhaltsgleich auf Richter, Staatsanwälte, Beamte und Pensionäre übertragen. Auch einen BW-Bonus gab es. Ich glaube, hier sind wir auf einem ganz guten Weg. Das wird sehr oft vergessen.

Das Lob, Herr Hofelich, war beim Beamtenbund Baden-Württemberg dabei, das Lob für die gute, neue Atmosphäre zwischen Gewerkschaften, Landesregierung und Landtagsfraktionen. Das ist natürlich für uns sehr schön gewesen. Ich denke, wir sind in einem sehr guten Dialog mit den Gewerkschaften, und den werden wir weiter fortführen und intensivieren.

Meine Damen und Herren, ich halte fest: Ein Großteil der einmaligen Investitionen in den beiden Jahren, nämlich 600 Millionen €, geht in den Bereich Digitalisierung. Wir stellen uns der Herausforderung des digitalen Wandels. Wir werden alles daransetzen, dass das ganze Land, auch die Landesverwaltung, davon profitiert.

Somit werden wir das Thema Digitalisierung in der Landesverwaltung weiter verstärken. Die Digitalisierung in der Steuerverwaltung senkt den Aufwand, verkürzt die Bearbeitungszeiten in den Finanzämtern, kommt den Steuerzahlern, den Unternehmern, aber auch den Mitarbeitern zugute. Mehr Arbeitsplätze und individuellere Beschäftigungsformen sind ganz wichtige Stichpunkte dabei. Auch sorgen wir durch eine Ausstattung der Betriebsprüfung mit UMTS-Zugängen für eine große Erleichterung und eine Beschleunigung der Arbeit.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Beratungen, lieber Herr Vorsitzender, im Finanzausschuss eingehen. Bei den sechstägigen Beratungen der Einzeletats waren die Diskussionsbeiträge vorwiegend von Sachlichkeit geprägt. Allerdings waren einige Anträge einer Fraktion nicht nur haushaltstechnisch falsch, sondern meines Erachtens, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch verfassungsrechtlich bedenklich.

Viele dieser Anträge zeigen den geistigen Zustand der AfD-Fraktion: frauenfeindlich, kommunalfeindlich, integrationsfeindlich

(Abg. Anton Baron AfD: Was ist kommunalfeindlich?)

und pure Ideologie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Die FDP/DVP dagegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, hatte beantragt, einen Betrag in Höhe von 4 Milliarden € direkt zur Kreditmarktschuldentilgung einzustellen, aber leider vergessen, ein Deckungskonzept vorzulegen. Wären wir dem Antrag von Ihnen gefolgt, meine Damen und Herren, hätten wir nun ein Haushaltsloch von 4 Milliarden €. Seriöse und nachhaltige Finanzpolitik sieht völlig anders aus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Lächerlich!)

Die politische Auseinandersetzung und die Debatten mit Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, und vor allem mit Ihnen, Herr Hofelich, machen mir stets Freude – tiefgründige Gespräche.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Ihre Ideen sind ja überlegenswert. Auch wurden Deckungskonzepte vorgelegt. Aber Sie haben fünf Jahre lang den Finanz- und Wirtschaftsminister und den Kultusminister gestellt. In Ihrer Regierungszeit haben Sie keine solchen Anträge gestellt, die eine Aufstockung der Wohnbaumittel um 250 Millionen €, einen Einstieg ins beitragsfreie Kindergartenjahr oder eine Tilgung von Kreditmarktschulden vorsahen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Und wie waren die Rahmenbedingungen damals?)

Wir steigen jetzt in die Kreditmarktschuldentilgung ein. Auch Sie hatten fünf Jahre lang hohe Steuereinnahmen. Fünf Jahre hatten Sie Zeit, den Haushalt zu konsolidieren. Diese Zeit haben Sie verstreichen lassen.

Wenn man regiert, dann muss man sich auch einmal an die Oppositionszeiten erinnern. Wir tun dies. Denn im Oktober 2015 hat die CDU-Fraktion ein Wohnungsbauprogramm in Höhe von 500 Millionen € für zwei Jahre gefordert. Nun regieren wir – und was machen wir? Im Jahr 2017 stellen wir Wohnungsbaumittel von 250 Millionen €, im Jahr 2018 Wohnungsbaumittel von 250 Millionen € und im Jahr 2019 Wohnungsbaumittel von 250 Millionen € zur Verfügung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Zusammen sind dies 750 Millionen € an Wohnungsbaumitteln – für Wohneigentum, für den sozialen Wohnungsbau, für den sozialen Frieden in unserem Land. Wir können damit 11 600 Wohneinheiten pro Jahr fördern.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: 11 000! – Lachen des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Wir halten unsere Versprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich halte abschließend fest: Mit diesem Doppelhaushalt 2018/2019 schaffen wir eine gesunde Basis, eine verlässliche Grundlage zur Einhaltung der Schuldenbremse 2020. Wir sind auf einem guten Weg.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die AfD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Sänze.

Abg. Emil Sänze AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Wald, wenn Sie mit dem Finger auf jemand anderen zeigen, müssen Sie sich auch erinnern, wer die EnBW und die sonstigen Nuggets hier im Land verkauft hat. Das war nämlich Ihre CDU-geführte Regierung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

(Emil Sänze)

Das betraf u. a. auch die Feuerversicherung. Das war eine herausragende Versicherung mit Leistungen, um die uns jedes andere Bundesland beneidet hat.

Bevor ich in meine Rede einsteige, noch eine Feststellung: Das Prozedere ist wie im Frühjahr – nichts Neues für Baden-Württemberg. Die Einnahmesituation des Landes ist so gut wie noch nie; das kann man konzedieren. Aber das Ausgabeverhalten ist leider auch so wie noch nie.

Die AfD-Fraktion will mit Blick auf den Bereich der allgemeinen Finanzverwaltung familienpolitische, infrastrukturpolitische, bildungspolitische und fiskalpolitische, aber auch migrationspolitische Akzente setzen. Einige Beispiele:

Den familienpolitischen Akzent setzen wir durch Senkung der Grunderwerbsteuer; das hat die AfD-Fraktion beantragt. Die gute Einnahmesituation des Landes Baden-Württemberg könnte nicht nur zu einer konsequenten Schuldentilgung, sondern auch zu einer Senkung der Grunderwerbsteuer führen.

(Beifall bei der AfD)

Dies würde zu einer Entspannung auf dem Immobilienmarkt beitragen und Familien entlasten, und zwar ohne großen bürokratischen Aufwand.

Die Finanzierungslücke lässt sich leicht schließen, wenn sich die Landesregierung im Bund erfolgreich dafür einsetzt, die steuerliche Lücke durch die sogenannten Share Deals zu schließen.

Als infrastrukturpolitisch dringend notwendige Maßnahme erachten wir, dass finanziell schwächere Kommunen zusätzliche Mittel für die Infrastruktur erhalten. Entsprechende Vorschläge haben wir gemacht. Diese wurden aber bedauerlicherweise allesamt abgelehnt.

Dennoch: Infrastrukturpolitisch dringend erforderlich sind zudem Maßnahmen zum Neu- und Umbau bzw. zur Sanierung von Landesgebäuden. Beispielhaft – und weil sie in meiner Region ist – nenne ich die Hochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen. Die Hochschule für Polizei befindet sich in einem schlechten baulichen Zustand und ist schon heute auf die hohen Studentenzahlen nicht ausgerichtet. Die Studentenzahlen werden durch die Einstellungsoffensive des Landes noch einmal stark steigen. Dem soll durch Anmietung im Stadtgebiet begegnet werden. Dies wäre jedoch kostenintensiver und in der derzeitigen Situation des Immobilienmarkts weniger nachhaltig als eine Investition in diesen Standort.

Unser bildungspolitischer Fokus liegt auf der Erhöhung der Zuweisung an Stadt- und Landkreise zur Durchführung der Schülerbeförderungskostenerstattung.

(Beifall bei der AfD)

Das liegt uns sehr am Herzen. Damit erreichen wir aber auch eines, nämlich Bildungsgerechtigkeit für Familien mit geringem Einkommen.

(Beifall bei der AfD)

Es ist ein Gebot der Bildungschancengleichheit, jedem Kind die Schülerbeförderung zu ermöglichen und somit auch die Durchdringungsfähigkeit unserer Gesellschaft zu erhalten,

auch für die Menschen, die gerade bei diesem Konzentrationsprozess der Berufs- und weiterführenden Schulen hohe monetäre Aufwendungen haben.

Fiskalpolitisch setzen wir auf einen Mix, bestehend aus Zukunftsinvestitionen einerseits und Schuldentilgung andererseits.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Gerade die gute Einnahmesituation des Landes Baden-Württemberg eröffnet hier genügend Spielräume. Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die unzureichende Würdigung der Problematik der impliziten Verschuldung durch die Landesregierung. Dies wird bei der Einschätzung des Bedarfs an Pensionsrückstellungen des Landes besonders deutlich. Auf der Grundlage von Zahlen des Landes Hessen wurde ein Rückstellungsbedarf für das Land Baden-Württemberg in Höhe von 68 Milliarden € ermittelt. Es ist schon bemerkenswert, dass ein Land wie unseres sich bei solch bedeutenden Sachverhalten auf Zahlen eines anderen und zudem kleineren Bundeslands stützen muss

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

und nicht in der Lage ist, eine eigene substanzielle Schätzung abzugeben. Dies könnte aber auch daran liegen, dass Hessen die Doppik bereits eingeführt hat. Ich fordere die Landesregierung auf, hier endlich belastbare Zahlen vorzulegen und diesem Sachverhalt die gebührende Aufmerksamkeit zu widmen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Noch besser wäre, man führte die Doppik sofort ein, wie das die Kreise und Gemeinden bereits tun. Die Vermutung liegt nahe, dass das andauernde Geplapper von der Tilgung impliziter Schulden verschleiern soll, wie hoch der Sanierungsstau im Land tatsächlich ist, und dass die Landesregierung überhaupt keine belastbaren Zahlen vorlegen kann und auch keine Rücklagen für den Sanierungsbedarf eingestellt werden. Das nenne ich nicht Handeln wie ein ordentlicher Kaufmann, und würden wir uns im Bereich des HGB bewegen, wäre die Konsequenz ein deutlich schlechteres Rating.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das kann ich nicht nur Ihnen attestieren, sondern ich muss auch in Richtung SPD sagen, dass das Land solchen Herabstufungen des Ratings ja schon ausgesetzt war. Das habe ich 2009 bei der Finanzmarktkrise selbst deutlich erleben können.

Ich komme zu den migrationspolitischen Vorstellungen zurück, die mir und meiner Fraktion besonders am Herzen liegen. Es ist für mich und meine Fraktion und viele Bürger ein untragbarer Zustand und eine krasse Ungerechtigkeit gegenüber den Bürgern und Steuerzahlern in diesem Land, dass Milliarden von Steuermitteln in die sogenannte Integration von Flüchtlingen gesteckt werden, während zukunftssträchtige Anliegen wie familienfreundliches Umfeld, gleiche Bildungschancen, funktionstüchtige Straßen, schnelles Internet, Stärkung finanzschwacher Kommunen, Schuldentilgung und eine angemessene Bildung von Rückstellungen – auch für Pensionen – mehr oder weniger auf der Strecke bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

(Emil Sänze)

Statt Zwangsintegration schlägt die AfD ihr Konzept „Fit4Return“ vor. Herr Schütte ist jetzt leider nicht hier. Ich war ja erstaunt, dass er unseren Flyer noch nicht gelesen hat, sondern zu dem Thema nur polemisiert.

Anstatt Menschen ihrer Kultur zu berauben, ist es sinnvoller, ihnen Aufbauhilfe zu gewähren. Hier greift das von der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg entwickelte Konzept „Fit4Return“, also „Fit zur Rückkehr“. Es könnte Kriegsflüchtlinge, die nur temporären Schutz genießen, auf eine Rückkehr in ihre befriedeten Heimatländer vorbereiten,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

eine Rückkehr, die diese Kriegsländer dringend nötig haben, denn sie sind ausgeblutet. Hätte man in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg eine gleiche Bewegung gehabt, dann würden wir hier nicht in diesem schönen Saal sitzen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die Basis dieses Konzepts bildet gerade die Weiterbildung, und zwar in der eigenen Muttersprache. Denn Sie entfremden die Rückkehrer ihrer eigenen Heimat. Ich habe mit sehr viel Empathie für die FDP gelesen, dass sie ein Dreisäulenprogramm entwickelt hätte, das ähnlich ist wie „Fit4Return“.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD – Weitere Zurufe von der AfD, u. a.: Hört, hört! – Abgekupfert!)

Deshalb verstehe ich dann die ganze Aufregung nicht.

(Zuruf von der AfD)

Das Ganze kann auch bewerkstelligt werden, indem an den bestehenden Schulen separate Klassenzüge eingerichtet werden. Eine Konzentration von Menschen wollen wir nicht, sondern wir wollen, dass diese Menschen von den eigenen, gut gebildeten Landsleuten in ihrer eigenen Sprache und Kultur erzogen werden.

Auf diese Weise wären die Milliardensummen der bisherigen Flüchtlingshilfe besser und vor allem sinnstiftend angelegt. Wer Menschen fit für die Rückkehr in ein befriedetes Land macht, gewinnt qualifizierte Aufbauhelfer und trägt dazu bei, dass das Herkunftsland nicht ausblutet und ein Wiederaufbau gewährleistet wird.

Im Einklang mit diesem unserem Konzept fordern wir konkret die Rückführung illegaler Einwanderer. Herr Strobl hat auch schon angekündigt, dass er dies umsetzen will – allein mir fehlt der Glaube, dass dies auch getan wird.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Denn es ist ja gerade Kernaufgabe der Landesregierung, illegal ins Land gekommene Personen konsequent zurückzuführen; das ist ein enormer Kostenblock. Dies sorgt für Einsparungspotenziale nicht nur auf der kommunalen Seite, sondern auch auf der integrativen Seite und vor allem bei der Verwaltung, aber auch bei der Polizei.

Darüber hinaus ist im Einklang mit unserem Konzept dafür zu sorgen, dass Flüchtlinge und Asylberechtigte nach Erlö-

sen ihrer Aufenthaltsberechtigung auf die Rückkehr in ihre Heimat vorbereitet werden, anstatt sie in die deutsche Gesellschaft zwangsintegrieren zu wollen.

Wie das gelingen kann, sehen Sie an den vielen separierten Parallelgesellschaften innerhalb Deutschlands, die es schon seit 30 Jahren bei uns gibt und bei denen sich keine Veränderung einstellt. Und dann packen wir noch mal zwei Millionen Flüchtlinge obendrauf! Das nenne ich einen wirklichen Plan.

(Beifall bei der AfD)

Des Weiteren hatten wir den Vorschlag gemacht, dass ein zusätzliches Potenzial bei den Ausgaben gehoben werden kann, wenn systematische Altersüberprüfungen stattfinden. Auch das machen Sie nicht, obwohl es in unserer Umgebung, aber auch im Land insgesamt genügend Beispiele gibt, die den Vorteil einer Altersüberprüfung aufzeigen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich rufe Sie dazu auf, die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zu unterstützen, und zwar zum Wohl des Landes Baden-Württemberg. Machen Sie endlich wieder Politik im Namen der Bürger und für die Bürger des Landes! Werden Sie Ihrer Aufgabe gerecht – im Interesse Baden-Württembergs.

Eine Anmerkung erlaube ich mir zum Schluss noch – das könnten Sie durchaus als Warnsignal verstehen –: Vorgestern hat die Fed ihren Leitzins um 25 Basispunkte angehoben.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Viel Spaß, Freunde!)

Was das bedeutet, können Sie sich selbst ausmalen. Geld ist so flüchtig wie ein Reh im Wald. Das heißt, der Zinsmarkt wird anziehen. Ich freue mich schon auf den Moment, dass wir uns – Ende 2018 – hier wiedersehen, um Ihren Nachtragshaushalt zu besprechen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Mit Sicherheit!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Hofelich.

Abg. Peter Hofelich SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, wer te Kolleginnen und Kollegen, werte Anwesende hier im Saal! Ich freue mich sehr, dass ich heute die Haushaltsrede unserer Fraktion zum Einzelplan des Finanzministeriums und zum Einzelplan 12 halten kann. Ich bedanke mich auch, lieber Kollege Wald, für die guten Wünsche für die Arbeit, die vor uns liegt; ich bedanke mich für das Lob und für die Aufforderung zur Zusammenarbeit und zur Auseinandersetzung. In diesem Geist werde ich auch meine Rede halten.

Die Kollegin Walker hat zu diesem Thema sinngemäß die Formulierung gefunden: Es ist gut für unser Land, dass sich Regierung und Opposition unterscheiden. Dem kann ich uneingeschränkt beitreten.

(Vereinzelt Heiterkeit)

(Peter Hofelich)

Unsere Rolle ist in der Tat die, dass wir uns auseinandersetzen.

Ja, der Haushalt des Finanzministeriums bietet einen guten Anlass, über die finanzielle Gesamtlage unseres Landes zu sprechen. Es geht uns wirtschaftlich ausgesprochen gut, und es geht uns damit finanziell gut. Das ist vor allem der Einnahmeseite, den Steuern, zu verdanken. Wir sind hoch liquide, und wir haben beträchtliche Reserven aufgebaut. Wir sitzen aber auch weiterhin auf hohen Schulden.

Bei der Gesamtsituation muss uns allen klar sein: Wir entscheiden hier über das Geld, das – darüber sind wir uns sicherlich einig – nicht Grün oder Schwarz und auch nicht wir erwirtschaftet haben und das wir am Ende auch nicht tragen müssen, wenn es Schulden sind. Vielmehr haben es die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Handwerker und Selbstständigen unseres Landes erwirtschaftet. Vor allem ihnen sind wir in diesem Haushalt bei der Verwendung der Mittel auch verpflichtet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Maßstab in den Haushaltsberatungen war für uns selbstverständlich, dass wir die Deckung unserer Vorschläge auch klar ansprechen und ermöglichen. Das ist auch geschehen. Im Ausschuss wurde in der Haushaltsberatung dazu auch nichts anderes gesagt.

Umso erstaunlicher ist es, dass der Kollege Schwarz, der Fraktionsvorsitzende der Grünen, jetzt gesagt hat, für die Vorschläge der SPD-Fraktion fehle die Deckung. Vermutlich ist er so sehr mit anderen Dingen beschäftigt, dass er sich in dieser komplementären Koalition, die allmählich ineinander überfließt, Rat bei der CDU geholt hat und diese ihm geraten hat: „Sage einfach, die Sozis können nicht mit Geld umgehen. Das bewährt sich seit Jahrzehnten. Das kommt immer gut.“

(Abg. Thomas Blenke CDU: Stimmt!)

Dann hat Herr Schwarz das gemacht. Richtig lag er deswegen trotzdem nicht. Wir decken das, was wir vorschlagen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommt noch die Nummer mit den Kreditermächtigungen, Frau Walker. Sie haben gerade versucht, aufzubauen, wir würden das nicht leisten. Ich sage Ihnen noch einmal: Das Streichen von Kreditermächtigungen bedeutet in keinem Fall, dass irgendein Euro getilgt wird. Es handelt sich im Übrigen auch nicht um Eventualverbindlichkeiten gegenüber Dritten. Versuchen Sie deswegen gar nicht erst, die Nummer, dass sich hier in der Argumentation der SPD eine neue Lücke auftue, aufzubauen. Das gelingt Ihnen nicht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Gerhard Kleinböck SPD:
Probieren kann man es ja mal!)

Es geht uns finanziell auch gut, weil in den Jahren von 2011 bis 2016 im Haushalt gute Grundlagen gelegt wurden. Um die fortgesetzt gute Konjunktur jetzt im Haushalt auch mit Überschüssen mitzunehmen, war das vielleicht auch eine wichtige Zeit.

Das Bild, das Sie, meine Damen und Herren von den jetzigen Regierungsfractionen, eingangs Ihrer Regierungszeit bemüht haben, nämlich dass strukturelle Deckungslücken und offene Rechnungen eine sozialdemokratische Hinterlassenschaft wären, war nie zutreffend. Angesichts der eingetretenen Entwicklung und ausweislich Ihres zwischenzeitlich beredten Schweigens ist das auch nicht zu halten.

Richtig ist: Es gab in den fünf Jahren vier Mal keine Kreditaufnahme. Da gab es schon einen starken Einstieg in die Sanierung. Für Flüchtlinge waren große Lasten zu tragen, und es gab eine stabile Finanzierung der kommunalen Seite, und dies alles vor dem Hintergrund, dass 2009/2010 die Wirtschaftskrise gerade erst hinter uns lag und wir alle noch flauwe Knie hatten. Ich finde diese Rückwärtsbetrachtung, die Sie – gerade auch die grüne Seite – haben, ehrlich gesagt, ziemlich daneben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Hofelich, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Schütte?

Abg. Peter Hofelich SPD: Mit Vergnügen.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Dr. Schütte, bitte.

Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Danke, Herr Kollege. – Ich hätte nur eine ganz kurze Frage: Können Sie uns sagen, wie sich die Nettoverschuldung 2013 und 2014 geändert hat und wie das dazu passt, dass nur ein Mal innerhalb von fünf Jahren zusätzliche Kredite aufgenommen worden sind?

Abg. Peter Hofelich SPD: Sie ist angestiegen. Sie ist auch deshalb angestiegen, weil wir damit auch in der Lage waren, in eine bessere Sanierung und eine bessere Vorsorge für die Pensionsverpflichtungen einzusteigen. Unter dem Strich haben wir uns verbessert, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Baden-Württemberg baut also auf den Jahren unserer Arbeit von 2011 bis 2016 auf. Das ist der Ausgangspunkt für diese Haushaltsberatung, meine Damen und Herren.

Ich möchte einige Bemerkungen zum Planwerk selbst machen. Erstens: Ich beginne meine Ausführungen gern noch einmal mit der finanzpolitischen Startphase Ihrer Regierung, also mit den letzten 16 Monaten. Vor 16 Monaten behaupteten Sie, es gebe eine Deckungslücke von 2,6 Milliarden € – einige in der CDU haben das getoppt und haben von mehr als 3 Milliarden € gesprochen. Vor 14 Monaten sagten Sie, bei den großen Ausgabenblöcken in der Regierung werde der Rotstift angesetzt. Vor zwölf Monaten haben Sie gesagt: „Kredite tilgen ist falsch.“

Durch zurückgehende Flüchtlingszahlen und Steuerermehreinnahmen, die 2016 übrigens längst bekannt waren, gab es bei Ihrer Regierungsübernahme die Deckungslücke in dieser Höhe nie. Daher wird der Rotstift heute bei anderen angesetzt: den Studierenden, den Krankenhäusern, den Kommunen. Kredite werden plötzlich trotzdem getilgt. Diese historische Trendwende, die Sie bei den Krediten verkünden, ist eine histori-

(Peter Hofelich)

sche Trendwende zu Ihrer eigenen Haltung. Das ist das Einzige.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Rainer Podewas AfD)

– Die FDP/DVP könnte mitklatschen. Das war doch in Ihrem Sinn.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ein einziges Hin und Her.

Zweitens etwas zur aktuellen Phase: Charakteristisch ist das Aufhübschen des Planwerks, weil ja die Fassade auch wichtig ist. Kurz vor der Einbringung des Haushalts entdeckt man alte Kreditermächtigungen, die unbedingt sofort abgelöst werden müssen. Der beabsichtigte öffentliche Effekt: „Seht her, wir bauen Schulden ab.“ Tatsächlich wird mit dem Streichen von Kreditermächtigungen – ich habe es gesagt – kein einziger Euro getilgt, meine Damen und Herren.

(Abg. Thekla Walker GRÜNE: Hat auch niemand gesagt! – Zurufe der Abg. Tobias Wald CDU und Wolfgang Drexler SPD)

– Am Ende der Planungsperiode haben Sie eine andere Planverpflichtung. Mit Schulden, die Sie nicht bedienen müssen, lösen Sie doch keine Schulden ab, Herr Kollege.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Kommen Sie doch nicht mit solchen Dingen daher.

(Beifall bei der SPD)

Die Konsolidierungsbeiträge der Ressorts sind ausgesprochen übersichtlich, muss ich sagen. Der Hauptteil wird im Übrigen durch Zinsersparnisse,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Brutale Leistung!)

durch realistischere Veranschlagungen sowie durch einmalige Ausschüttungen der Beteiligungsgesellschaften erbracht.

Dann noch mal etwas zu den Einnahmen: Seit 2016 werden die guten Steuereinnahmen von der Frau Finanzministerin in der Regel dann eingeräumt, wenn es nicht mehr anders geht.

(Heiterkeit des Abg. Andreas Stoch SPD)

Diejenigen, die in der Projektion recht behalten haben, sind – bei aller Bescheidenheit – wir, was diese Haushaltsmittel angeht.

Jetzt noch zu dem Sondereffekt Sealink, also dem Garantieportfolio für die notleidende Sachsen LB, bei dem die LBBW mit drin ist. Es ist jetzt die Nachricht gekommen, dass dies im Jahr 2018 endet und wir deswegen hier Einnahmen haben werden, die, wenn man es ein bisschen mit dem vergleicht, was die Stadt Stuttgart, die ja auch beteiligt ist – Es sind ungefähr 300 Millionen € anzusetzen, aber in Ihrem Planwerk ist dazu natürlich nichts drin. Wie immer wollen Sie auch dazu nichts sagen.

Dann natürlich die Landeshaushaltsordnung: Das gesetzliche Erfordernis des Tilgens wird durch eine Umdefinition erreicht, die der Beliebigkeit Tür und Tor öffnet. Kollege Stickelberger wird dazu sprechen.

Weil er gerade da ist, zu Ministerpräsident Kretschmann, der in den Beratungen am Mittwoch gesprochen hat: Die Debatte, ob dies hier in Gesetzesform öffentlich gemacht worden ist, wurde in den Jahren 2011 bis 2016 geführt, als die Landeshaushaltsordnung geändert wurde. Das, was im Jahr 2017 hier geschehen ist, war die untergesetzliche Änderung der Landeshaushaltsordnung, die Sie am Ende durch das Staatshaushaltsgesetz noch mal kurz kaschiert bzw. geheilt haben. Deswegen: Dieser Satz war nicht ganz korrekt. Das will ich nur einmal sagen. Hier öffentlich debattiert worden ist die Situation in den Jahren 2011 bis 2016, als wir die LHO gemeinsam verschärft haben. So war es.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Hier hat die FDP jetzt geklatscht!)

Ich will dem Kollegen Stickelberger dazu nachher gern das Wort überlassen.

Tatsache ist – das haben Sie an der allgemeinen Resonanz auch gemerkt –: Sie kommen mit Ihrer Argumentation der gesamten impliziten Verschuldung hier nicht mehr durch, meine Damen und Herren.

Drittens: Wir müssen unabhängig vom politischen Diskurs zwischen Regierung und Opposition die Grundlagen unserer Finanzverwaltung stärken. Wir haben das in der Vergangenheit gemacht: Wir haben die Zahl der Betriebsprüfer erhöht, das Technikpaket für die Finanzverwaltung aufgelegt. Wir halten es wie die Regierung für richtig, dass die zunächst von Schwarz-Gelb und dann von Grün-Rot vorgenommene Absenkung der Eingangsbesoldung rückgängig gemacht wird. Das gilt gerade auch für die Finanzverwaltung, die bei jungen Leuten in besonderer Konkurrenz etwa zu privaten Steuerkanzleien steht.

Wir brauchen auch eine generell höhere Eingangsbesoldung im mittleren Dienst – ein soziales Erfordernis – und ebenso eine neue Besoldungsgruppe A 13 Z im gehobenen Dienst, um Perspektiven zu öffnen. In einem weiteren Schritt, den wir selbst mit 200 Stellen beginnen möchten, brauchen wir auch die Aufstockung des Personalbestands in der Steuerverwaltung, die anlässlich einer bundesweiten Erhebung mit 1 500 Mitarbeitern taxiert wird.

Ein attraktiver öffentlicher Dienst, meine Damen und Herren, ist ein Gebot unserer Zeit.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Ein kurzes Wort zur Verwaltungshochschule in Ludwigsburg: Das gesamte Tohuwabohu dort ist hoffentlich kein versteckter Plan, um diese Verwaltungshochschule am Ende so zu strapazieren, dass man sagt: „Wir gehen damit auf den freien Markt, wir bilden allgemein aus und nicht mehr nur die Verwaltungsbeamtinnen und -beamten für das Land Baden-Württemberg.“

(Peter Hofelich)

Eine Externalisierung unserer Verwaltungshochschule steht für uns Sozialdemokraten nicht zur Debatte. Es ist unsere Schule, und wir wollen, dass diese Schule für den Verwaltungsdienst in Baden-Württemberg ausbildet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Rainer Balzer
AfD)

Viertens einige Gedanken zur Haushaltsstruktur: Ein Landeshaushalt ist personallastig. Das ist bekannt und kaum änderbar, sicherlich aber Verhandlungsgegenstand für künftige Gespräche mit dem Bund. Für dieses Jahr war uns aber wichtig, dass wir angesichts der finanziellen Mehreinnahmen den Schwerpunkt auf Investitionen setzen. Entsprechend haben wir, die SPD, uns früh geäußert und festgelegt. Wir anerkennen, dass die Koalition hier zu hohen Mehransätzen bei den Landesinvestitionen selbst gefunden hat, nicht bei den Kommunalinvestitionen. Wir sehen aber auch, dass es konsumtive Mehrausgaben gibt. Einige davon sind in der Struktur bedeutsam und unabweisbar. Wir, die SPD, machen, weil wir das sehen, hierzu ebenfalls Vorschläge.

Was einem bei den Haushaltsberatungen aber schon aufgefallen ist, sind diese sich fast überall einschleichenden zusätzlichen Ressourcen für Beratung, für Koordination, für Expertise, für Spiegelung usw. usf., manchmal in Personalkosten, manchmal in Sachkosten. Dazu kommt der nun schon ein Jahr alte Stellenaufwuchs im Umfeld der Leitungen von Staatsministerium und Innenministerium. Die Erfahrungen zeigen: Es geht vor allem um PR für zwei zu Einfluss und Demonstration entschlossene Spitzen von Grünen und CDU. Ich kann nur sagen: Das fällt auf, und es wird uns auch schwer wie eine Bleiweste umhängen, wenn es mal nicht mehr so weitergeht. Ich warne vor byzantinischen Verhältnissen in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Rainer Balzer
AfD)

Für uns ist Maxime: Das Personal ist dort, wo, bildlich gesprochen, mit der Hand am Arm gearbeitet wird. Dort wollen wir die Verstärkung haben.

Loben wollen wir ausdrücklich, Herr Wald, Frau Walker und Frau Sitzmann, die höheren Ansparungen für die Pensionen. Die SPD hat dies ähnlich veranschlagt, und wir halten das für einen richtigen und überfälligen Schritt.

Fünftens: das Land und seine Städte und Gemeinden. Man kann nicht sonntags von der Flächenstärke unseres Landes sprechen – die uns übrigens auch von Bayern abhebt – und werktags die kommunalen finanziellen Bedürfnisse kleinreden oder abtun. Sie haben während dieser Haushaltsdebatte den Sündenfall, dass die Gespräche mit der Finanzkommission, mit den kommunalen Landesverbänden nicht vor der Haushaltseinbringung abgeschlossen waren, heruntergespielt. So ist es aber nicht. Es ist der traurige Beweis, dass wir wieder eine neue und kropfunnötige Abkühlung im Verhältnis zwischen Land und Kommunen haben.

(Beifall bei der SPD)

Tatsache ist: Städte, Landkreise und Gemeinden haben heute im Durchschnitt kein Einnahmeproblem – wobei man vor

Durchschnittsbetrachtungen auch einmal warnen kann –, aber sie haben ein zunehmendes Ausgabenproblem. Wir lesen doch alle aufmerksam den Lokalteil unserer Heimatzeitungen, und es ist doch offensichtlich, dass dort Kreditaufnahme und Sparmaßnahmen zunehmend wieder in die Schlagzeilen kommen. Natürlich gilt zunächst einmal das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung, und natürlich hat der Trend mit veränderten Bedürfnissen der Bürgerschaft und mit geänderten gesetzlichen Grundlagen zu tun. Aber darauf muss Landespolitik ja reagieren, so wie wir es übrigens hinsichtlich der frühkindlichen Erziehung oder der Schulsozialarbeit gemacht haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen unser Investitionspaket von 1 Milliarde € für Schulhausbau und Digitalisierung, für ÖPNV, Krankenhäuser und Wohnungsbau. Das Geld ist da, weil Sie es den Kommunen über den Vorwegabzug unnötigerweise weggenommen haben und weil das Land über genügend Mittel verfügt.

Sechstens und letztens: Wie sieht die Zukunft aus? Wir alle haben die Schuldenbremse im Blick und sind ihr verpflichtet. Sie ist nach dem Planwerk und auch angesichts der Wirklichkeit derzeit locker zu erreichen. Es gibt offensichtlich kein strukturelles Defizit mehr, und es gibt riesige Reserven. Die Investitionen werden eher schwer abzuarbeiten sein, wohlgeachtet. Das ist ja auch etwas, was wir noch gar nicht besprochen haben.

Dass ein Regierungschef mit Polster über die Schuldenbremse kommen will, ist nicht grundsätzlich kritisierbar. Es ist ein Luxusproblem. Aber ich sehe ein, das will man gern haben, wenn man auch in Ruhe die Jahre nach dem Wirksamwerden der Schuldenbremse sehen will. Es geht aber auch hier um Klarheit und Wahrheit. Sie haben neben den Reserven deutlich zurückgehende Tilgungsverpflichtungen aus der LHO, die sich dann ab dem Jahr nach dem Wirksamwerden der Schuldenbremse ergeben werden. Sie sind deshalb gefordert, Aussagen zur weiteren Ausstattung der Pensionsverpflichtungen und Aussagen zur freien Tilgung von Kreditmarktschulden zu machen.

Wir gehen hier in diesem Doppelhaushalt schon einen Schritt weiter als Grün-Schwarz und sehen 1 Milliarde € für die Tilgung von Kreditmarktschulden statt Ihrer zwei Mal 250 Millionen € vor. Das ist ein Schritt, den wir ganz bewusst in diesem Haushalt als Akzent setzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Rainer Balzer
AfD)

Wir halten auch das Abtun der Zinersparnisse bei stärkerem Schuldenabbau nicht wie die Koalition für vernachlässigbar, sondern fordern ein, dies in den Blick zu nehmen.

Sie sind wie wir der Nachhaltigkeit im Haushalt verpflichtet. Der Haushalt ist keine Dramaturgie für Grün-Schwarz, und er ist keine Gießkanne, sondern er muss einer mit Konzept sein. Das vermischen wir in diesem Haushalt, meine Damen und Herren.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Abg. Gerhard Kleinböck SPD:
Gut, Peter!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Aden.

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte Sie nicht mit Zahlen vollschütten, aber folgende Zahlen des Doppelhaushalts 2018/2019 sollten Sie sich eigentlich einmal merken: Haushaltsvolumen 102 Milliarden €, Schulden des Landes 46 Milliarden €, Schuldentilgungsverpflichtung 3,8 Milliarden €, Schuldentilgung der Regierung 500 Millionen €.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Praktisch nichts!)

Die Botschaft lautet: Was interessiert uns die LHO? Wir machen sie so, wie sie uns gerade gefällt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Sehr verehrte Frau Ministerin, Sie wissen doch sicher, was ein Unwort ist. – Der Herr Ministerpräsident kommt auch gerade; er ist ja daran nicht ganz unbeteiligt. – Die Definition eines Unworts lautet: Wörter und Formulierungen aus der öffentlichen Sprache, die sachlich grob unangemessen und euphemistisch – das heißt beschönigend –, verschleiern, irreführend sind.

Sehr geehrte Frau Ministerin, ich möchte den Begriff der impliziten Verschuldung in der Finanzpolitik der gegenwärtigen Landesregierung zum Unwort des Jahres erklären.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Hofelich, klatschen! Das war in Ihrem Sinn! – Gegenruf des Abg. Peter Hofelich SPD: 1 : 1!)

„Sachlich unangemessen“: Sie mussten die Schuldentilgungsmöglichkeiten von § 18 der Landeshaushaltsordnung per Gesetz ändern lassen, damit Sie Ihren Schuldenbegriff durch einen Taschenspielertrick in die Tat umsetzen können.

„Euphemistisch, verschleiern“: Sie schmücken sich mit dem Titel Schuldenabbauministerin, obwohl das, was Sie betreiben, eigentlich im ganz normalen Haushaltsverlauf erwirtschaftet werden muss.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie betreiben durch Ihr Konstrukt eine Haushaltspolitik, die Sie in die Lage versetzt, die Schuldenbremse im Jahr 2020 leichter einzuhalten, aber Sie nicht davon abhalten muss, Ihre spezielle Klientel jetzt mit Wohltaten zu versorgen. Ich nenne nur ein Stichwort: Stellen in der Umweltverwaltung. Dieses Thema ist gestern abgefrühstückt worden. Dazu muss ich mich nicht mehr äußern.

Aber ich möchte noch einen Aspekt hinzufügen: Ein Vertreter des Landesrechnungshofs hat sich bei einer Sitzung des Finanzausschusses ausgiebig zu dem Begriff „Implizite Verschuldung“ geäußert. In der Denkschrift des Landesrechnungshofs 2016 zu diesem Thema hat sich der Landesrechnungshof grundsätzlich positiv zu dem Konstrukt der impliziten Verschuldung bekannt, wenn, ja, wenn folgende Bedingungen eingehalten werden:

Erstens: Das Konstrukt wird auf die Übergangszeit bis 2019 beschränkt.

Zweitens: Für den Abbau der impliziten Verschuldung werden nur Maßnahmen mit zusätzlichem Charakter gegenüber bisherigen Planungen zugelassen.

Drittens: Die Bildung etwaiger Rücklagen zum Zwecke des Abbaus eines Sanierungsstaus ist mit einem konkreten Programm zu hinterlegen, und es ist ein zeitnahe Abbau vorzusehen.

Viertens: Die Tilgung impliziter Schulden ist auf den Landeshaushalt zu beschränken, und es sind keine Landesmittel für solche Maßnahmen bei Dritten – z. B. bei den Kommunen – einzusetzen.

Vor 14 Tagen – etwa zur gleichen Zeit – hat sich der Finanzausschuss in einer Sitzung auch mit dem Staatshaushaltsgesetz befasst. Dabei hat sich ein Vertreter des Landesrechnungshofs ausgiebig zu diesem Thema geäußert. Ich habe nachgefragt: Hält denn die Landesregierung diese Kriterien ein? Als Antwort kam ein ganz glattes Nein. Wenn Herr Schwarz – leider ist er nicht da – vor zwei Tagen hier gesagt hat, der Landesrechnungshof würde dieses Konstrukt sozusagen unterstützen, dann ist das, gelinde gesagt, nur die halbe Wahrheit.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD – Abg. Peter Hofelich SPD: Gelinde gesagt!)

Wie ich schon an anderer Stelle bemerkt habe, ist die Änderung der Landeshaushaltsordnung zu einem „Sesam, öffne dich!“ für die Landesregierung geworden,

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

wodurch sie ein Instrument in die Hände bekommen hat, das gerade zum Missbrauch einlädt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Jede Gemeinde macht das so!)

Wir, die FDP/DVP-Fraktion, fordern, dass die Landesregierung zur Schuldentilgungsverpflichtung zurückkehrt. Unser Antrag, 4,6 Milliarden € bis 2019 zu tilgen – also 10 % der Kreditmarktschulden des Landes –, setzt sich wie folgt zusammen: erstens aus der Schuldentilgungsverpflichtung für 2018/2019, zweitens aus der Schuldentilgungsverpflichtung von 411 Millionen € von 2017 und zusätzlich aus 200 Millionen €, die die FDP/DVP-Fraktion aufgrund der exzellenten Haushaltssituation im Jahr 2017 gefordert hat.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: So ist es!)

Wir lehnen die Möglichkeit der Tilgung impliziter Schulden über Mittel der notwendigen Schuldentilgung durch unseren Änderungsantrag zum Staatshaushaltsgesetz ab und wollen so die von Ihnen aufgestellten Sanierungstitel beseitigen.

Unser Antrag, sehr geehrte Damen und Herren, ist kein populistisches Getue nach dem Motto: Wir, die Freien Demokraten, sind die Einzigen, die an die nächste Generation denken, die über den Tellerrand der nächsten Wahl hinausschauen. Nein, er hat einen ganz realen Hintergrund. Es ist doch nicht so, dass die Landesregierung durch die Schuldentilgungsverpflichtung in einen Liquiditätssengpass geraten würde.

Die wirtschaftlichen Aussichten sind hervorragend. Man rechnet mit einem Wirtschaftswachstum von weiterhin 2 %. Das

(Dr. Gerhard Aden)

sind keine Prognosen; nein, die Steuerschätzungen haben allein für das Jahr 2017 ein Mehr an Steuereinnahmen von 1,57 Milliarden € ergeben. Manchmal wird einem ganz schwindelig, wenn man an die finanziellen Möglichkeiten denkt.

Ein weiterer Aspekt spricht für unseren Tilgungsantrag: Die Konjunktur brummt, die Auftragsbücher sind voll, Bauindustrie und Handwerk sind voll ausgelastet, können fast jeden Preis fordern, und man bekommt das viele Geld fast gar nicht verbaut. Irgendwie verliert das Geld dadurch auch ein wenig an Wert.

(Zuruf der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Welches fatale Signal senden wir ins Land, wenn wir unter diesen Bedingungen nicht kräftig bei den Kreditmarktschulden tilgen wollen?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD
– Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Wirtschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat auch viel mit Psychologie zu tun. Wenn nicht jetzt Schulden tilgen, wann dann? Die gegenwärtige gute wirtschaftliche Lage in Deutschland darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir doch in einer sehr volatilen Weltwirtschaftsordnung agieren. Wie Sie alle wissen, profitieren die öffentlichen Haushalte von der Niedrigzinspolitik der EZB. Man spricht von insgesamt ca. 300 Milliarden €, die – nebenbei gesagt – allerdings der deutsche Sparer bezahlt hatte.

Nachdem die EZB angekündigt hat – es wurde hier eben bereits auch von anderer Seite angesprochen –, den Staatsanleihenankauf auf die Hälfte zu reduzieren, kann man davon ausgehen, dass die Zinsen mittelfristig steigen werden. Erstes Anzeichen dafür ist, dass die Umlaufrendite für zehnjährige Bundesanleihen auf 0,175 % angewachsen ist. Das ist eine Steigerung von 17 % gegenüber dem Vorjahr. Eine hoffnungsvolle Nachricht für den deutschen Sparer, aber womöglich ein Warnsignal für die öffentlichen Haushalte.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Auch wenn wir seit 2010 ein permanentes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen haben, dürfen wir die Erzählung aus der Bibel von den sieben fetten und den sieben mageren Jahren nicht ganz aus unserem Erfahrungsschatz tilgen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Nicht ganz!)

Es ist noch gar nicht so lange her, dass die Schuldenproblematik in unser aller Köpfe war.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: So ist es!)

Selbst der berühmte Herr Keynes, der Verfechter einer Deficit-spending-Finanzpolitik, hat bereits in den Dreißigerjahren des letzten Jahrhunderts erkannt, dass ein Staat in guten Zeiten Schulden abbauen sollte, die er in schlechten Zeiten angehäuft hat.

Keiner von uns, sehr geehrte Damen und Herren, wird behaupten können, dass wir jetzt in einer schlechten Zeit leben. Es ist doch nicht so, dass wir einem geschwächten Körper einer darniederliegenden Wirtschaft eine kräftige Suppe in Form einer Kapitalinfusion zufügen müssen, damit er wieder zu Kräften kommt.

Um beim Bild aus der Medizin zu bleiben: Der Körper – die Wirtschaft – wirkt beinahe überinfundiert, und das belastet einen Organismus genauso sehr wie die Austrocknung.

„Gesunde Finanzen, gesunder Staat“ ist nicht nur das Credo der Freien Demokraten, sondern notwendig, wenn Generationengerechtigkeit nicht nur eine Worthülse sein soll. Wir tun ja so, als ob die Zinsen, die wir für unsere Kredite zahlen müssen, überhaupt keine Rolle mehr spielen würden.

(Zurufe von der AfD: Ja!)

Auch wenn die Landesregierung die Zinsausgaben für die Jahre 2018 und 2019 – das Lieblingsthema von Herrn Hofelich – mit 1,6 und 1,7 Milliarden € viel zu hoch ansetzt – wieder so eine Masche, sehr geehrte Frau Finanzministerin, um sich finanzielle Spielräume zu verschaffen –,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Peter Hofelich SPD)

sind auch die Zinsausgaben nicht zu vernachlässigen; sie machen bei realistischer Betrachtung ca. 3 % des Haushaltsvolumens aus und liegen deutlich über den Ausgaben des Einzelplans 05.

Nachdem ich mich, sehr geehrte Frau Finanzministerin, an dieser großen, klaffenden Tilgungswunde des Haushaltsentwurfs 2018/2019 abgearbeitet habe, die von der Landesregierung leider nur mit einem Heftpflaster von 500 Millionen € behandelt wird, möchte ich mein Augenmerk noch auf einen anderen Punkt lenken.

Wir müssen wieder eine faire Balance zwischen Staat und Bürgern finden. Die öffentlichen Haushalte schwimmen im Geld, aber die Bürgerinnen und Bürger ächzen unter hohen Ausgaben.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Genau!)

Deshalb wollen wir die Bürgerinnen und Bürger spürbar entlasten und dafür sorgen, dass sie von ihrem erwirtschafteten Geld wieder etwas zurückbekommen können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Wir fordern daher einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer, um junge Familien, die sich Eigentum schaffen wollen, zu entlasten.

Außerdem müssen wir eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags erwirken, da wir einerseits kleine und mittlere Einkommen entlasten möchten und andererseits vor allem die Glaubwürdigkeit der Politik wiederherstellen wollen, die eine Abschaffung bis 2019 versprochen hat.

Da die Regierungsfractionen leider nicht willens sind, unserem Vorschlag zu folgen, werden wir die Einzelpläne 06 und 12 ablehnen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Peter Hofelich SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Dr. Splett.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben in den letzten Wochen den Haushaltsplanentwurf für die kommenden zwei Jahre im Finanzausschuss intensiv beraten. Wir alle wollen das Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger bestmöglich einsetzen und das Land voranbringen. Wir wollen die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger bestmöglich erfüllen, beispielsweise im Bildungsbereich, bei der inneren Sicherheit, der Rechtsprechung oder bezüglich der Infrastruktur. Wir wollen die Weichen heute richtig stellen, damit künftige Generationen gute Voraussetzungen haben.

Darüber zu debattieren, zu ringen und zu streiten, welche Schwerpunkte dafür notwendig sind und wofür wir mehr beziehungsweise weniger Geld ausgeben sollen, ist richtig und wichtig. Genau das haben wir im Finanzausschuss und in dieser Woche auch hier im Plenum getan. Herzlichen Dank deshalb an alle Beteiligten für die engagierten und sachorientierten Beratungen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Peter Hofelich SPD)

Die Beratungen haben inhaltliche Differenzen zutage treten lassen. Dazu später mehr. Die Beratungen haben aber auch sehr deutlich gemacht, dass es viele Gemeinsamkeiten zwischen allen Fraktionen gibt und dass wir im Regierungsentwurf für den Haushalt Schwerpunkte gesetzt haben, die gut sind und breit mitgetragen werden.

Dass wir keine neuen Schulden aufnehmen und erstmals in der Geschichte des Landes Kreditmarktschulden in erheblicher Höhe tilgen, diese zentralen finanzpolitischen Weichenstellungen hält auch die Opposition für gut und richtig.

Dass wir 400 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten auf die Straße schicken, dass wir 1 300 Lehrerinnen und Lehrer mehr als bisher geplant an die Schulen schicken,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Da ist wieder das „geplant“!)

dass wir 120 Millionen € zusätzlich für künftige Pensionsverpflichtungen zurücklegen, dass wir 320 Millionen € in die Digitalisierung investieren und 1,25 Milliarden € zusätzlich in die Sanierung unserer Gebäude und Straßen investieren, all diese zentralen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen des Regierungsentwurfs hält auch die Opposition für gut und richtig.

Aber natürlich gab es auch Differenzen. Die Opposition hat ihre Alternativen zum Regierungsentwurf auf den Tisch gelegt. Darauf möchte ich kurz eingehen.

Zunächst zur SPD. Die SPD will vor allem eines: Sie will von allem noch mehr.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Sie will noch mehr Geld für Bildung, noch mehr Geld für Förderungen. Gleichzeitig will sie noch mehr Kreditmarktschulden tilgen. Das alles ist ja gar nicht verkehrt

(Zuruf des Abg. Rainer Stickleberger SPD)

und grundsätzlich wünschenswert. Es gibt nur ein Problem: Die SPD sagt nicht, an welcher Stelle sie angesichts der vielen Ausgabenwünsche und Tilgungsabsichten denn im Gegenzug sparen will.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf von den Grünen: Genau!)

Ein seriöses Finanzierungskonzept bleibt die SPD im Finanzausschuss und auch in der Zweiten Beratung schuldig. Das hat im Übrigen Herr Abg. Schwarz auch erkannt und geäußert.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Die vorgeschlagene, vermeintlich realistischere Veranschlagung bei Einnahmen und Personalausgaben oder das Setzen auf eine Finanzierung aus Steuermehreinnahmen, wobei Sie die damit einhergehende Tilgungsverpflichtung komplett ignorieren, ergibt kein tragfähiges Fundament. Darauf lassen sich höchstens Luftschlösser errichten.

Was gar nicht funktioniert, Herr Hofelich, ist, wenn Sie jedes Jahr die Überschüsse des laufenden Jahres verplanen, gleichzeitig aber die Überschüsse des Vorjahres zur Haushaltsdeckung benötigen. Mit dem heute vorgelegten Antrag verplanen Sie ohne Not weitere Mittel, die uns gegebenenfalls zukünftig zufließen – Stichwort Sealink. Das ist aber noch Zukunftsmusik und erst im kommenden Jahr zu debattieren.

Dass Sie so agieren, ist umso erstaunlicher, als Sie in Regierungsverantwortung glücklicherweise verantwortungsvoller agiert haben. Sie müssten eigentlich selbst wissen, dass Ihr Finanzierungskonzept, das Sie für diesen Haushalt vorgelegt haben, insgesamt nicht tragfähig und schon gar nicht zukunftsfähig ist. Sie müssten auch wissen, dass Sie, wenn Sie die Deckungslücke zu Beginn dieser Legislaturperiode kritisieren, die von Ihnen vorgelegte mittelfristige Finanzplanung infrage stellen.

Kommen wir zur FDP/DVP und ihren wichtigsten Änderungsvorschlägen. Die FDP/DVP will in den kommenden zwei Jahren 5 Millionen € beim Ministerium des Ministerpräsidenten, über 7 Millionen € bei der Integration, fast 18 Millionen € bei den Naturschutzmitteln und 18 Millionen € bei der Umweltverwaltung sparen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: 2 Millionen € bei der Verteidigung! – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Den Ministerpräsidenten in seiner Handlungsfähigkeit schwächen, den Naturschutz rasieren, die Integration erschweren, das sind inhaltliche Wünsche, die unser Land nicht voranbringen, sondern zurückwerfen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Das ist aber gar nicht das Hauptproblem. Das Hauptproblem sind nicht die Einsparvorschläge der FDP/DVP, sondern die Tatsache, dass Sie kein seriöses Haushaltskonzept vorgelegt haben. Die eben genannten Sparvorschläge machen knapp 50 Millionen € aus; das entspricht 0,05 % des Haushaltsvolumens. Homöopathischer kann man kaum sparen.

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

Das Problem der FDP/DVP ist, dass Sie kaum sparen, aber gleichzeitig 4 Milliarden € Kreditmarktschulden tilgen wollen, wobei Ihre Fixierung auf Kreditmarktschulden weder wirtschaftspolitisch Sinn macht noch einer Betrachtung im Sinne einer Vermögensrechnung, an der wir derzeit arbeiten, standhält.

Jedenfalls geht die Rechnung der FDP/DVP nicht ganz auf; sie geht gar nicht auf. Im Haushaltskonzept der FDP/DVP klafft keine Lücke, sondern ein milliardenschweres Loch.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Aber zum Glück sind wir ein liberales Land, in dem jeder vertreten kann, was er will. Das gilt auch im Landtag, und das gilt natürlich auch für die FDP/DVP.

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Das gilt für Sie auch! Sie machen ja auch, was Sie wollen!)

Aber wenn Sie finanzpolitisch ernst genommen werden wollen, dann sollten Sie den Haushaltsgrundsatz der Ausgeglichenheit verinnerlichen, den Sie übrigens in Artikel 79 Absatz 1 Satz 2 der Landesverfassung finden.

Nun zur AfD: Im Vergleich zur FDP/DVP haben Sie ein in sich halbwegs schlüssiges Finanzierungskonzept vorgelegt. Aber ein stimmiges Finanzierungskonzept ist eben nicht alles. Noch wichtiger ist der Inhalt. Die inhaltlichen Vorschläge der AfD halte ich für falsch und für sehr gefährlich.

(Abg. Anton Baron AfD: Inwiefern?)

Klimaschutz brauchen wir nicht, sagt die AfD.

(Abg. Anton Baron AfD: Das habe ich Ihnen doch gestern schon erklärt! – Zuruf von der AfD: Quatsch!)

– Sie haben es doch gestrichen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Förderung der politischen Bildung und des Zusammenhalts in der Europäischen Union: Überflüssig, sagen Sie.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das einzig Überflüssige ist die AfD hier drin!)

Erfolgreiche Integration wollen wir nicht, sagt die AfD.

(Abg. Anton Baron AfD: Propaganda!)

Das halten wir für falsch und für sehr gefährlich. Wir wollen das Klima schützen. Wir wollen gute Bildung und eine starke Europäische Union.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Anton Baron AfD: Was haben Sie denn erreicht?)

Wir wollen, dass Integration gelingt, dass wir in Baden-Württemberg zusammenhalten und weltoffen bleiben. Deshalb sind Ihre Anträge inhaltlich in aller Entschiedenheit abzulehnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Anton Baron AfD: Sagen Sie auch etwas zur kostenlosen Schülerbeförderung?)

So weit zur Opposition.

Auch die Regierungsfractionen haben intensiv am Haushalt gearbeitet. Aufgrund der erfreulichen November-Steuerschätzung entstanden zusätzliche Spielräume, insbesondere für die Tilgung, die sie in den Haushaltsentwurf eingearbeitet haben.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach!)

Wichtige Punkte sind: 500 Millionen € Tilgung von Kreditmarktschulden, über 900 Millionen € für die Ablösung von noch bestehenden Ermächtigungen für neue Schulden – SPD und FDP/DVP bleiben im Übrigen die Antwort schuldig, wie sie mit diesen Kreditermächtigungen umgehen würden –, fast 50 Millionen € für die Erstattung von Frostschäden, 36 Millionen € für den Erhalt der Artenvielfalt und über 135 Millionen € zusätzliche Mittel für den kommunalen Sanierungsfonds.

Meine Damen und Herren, dieser Haushaltsentwurf ist solide und der Zukunft zugewandt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Noch ein Wort zu den Kommunen. Da äußern insbesondere Sie vonseiten der SPD ja immer wieder den Vorwurf, wir würden unsere Kommunen zu wenig unterstützen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das sagen die Kommunen selbst!)

Das Gegenteil ist richtig. Im vergangenen Jahr haben wir einvernehmlich mit den Kommunen eine Finanzvereinbarung über die ganze Legislaturperiode getroffen. Diese schafft Planungssicherheit und stattet die Kommunen finanziell gut aus.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Insbesondere haben wir die Verbundquote bis 2021 auf 23 % festgeschrieben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch keine Leistung!)

Hinzu kommt: Aufgrund der guten Steuerentwicklung werden die Kommunen 2017 bis 2020 insgesamt 5,3 Milliarden € mehr Einnahmen haben als zum Zeitpunkt dieser Vereinbarung prognostiziert. Und dann stellen wir noch fast eine halbe Milliarde Euro zusätzlich an Landesmitteln für die kommunale Sanierung und Ersatzbeschaffungen im kommunalen Schienenverkehr in den Jahren 2017 bis 2019 bereit.

In den laufenden Gesprächen mit den Kommunen geht es um Nachjustierung und die Regelung einzelner, durchaus wichtiger Sachverhalte. Wir erfüllen mit diesem Haushalt einige der aktuellen Forderungen aus dem Katalog der Kommunen. Bei anderen, nicht zeitkritischen Punkten werden wir im neuen Jahr weiter mit den Kommunen sprechen und zu einem guten Ergebnis kommen.

Also: Unseren Kommunen geht es gut, und dies soll und wird auch so bleiben.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Staatssekretärin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hofelich – Entschuldigung: Stickelberger?

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Gern.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Uns kann man leicht wechseln.

(Heiterkeit)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Die Frage ist, aufgrund von was.

(Abg. Peter Hofelich SPD: „Er kommt aus Lörrach und ich aus Weil“!)

Bitte schön.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Frau Staatssekretärin, Sie wissen, dass ich Sie sehr schätze. Gleichwohl meine Frage: Wir sprechen beim Haushaltswesen immer vom Königsrecht des Parlaments. Können Sie uns sagen, warum die Frau Ministerin den Einzelplan des Finanzministeriums und den Einzelplan 12 nicht selbst vertritt, nachdem sie doch den Haushalt eingebracht hat? Der Haushaltsentwurf hat allerdings zahlreiche Änderungen erfahren. Kann ich daraus schließen, dass sich die Frau Ministerin mit diesem Haushalt nicht mehr identifiziert?

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Vielen Dank für diese Frage. Das gibt mir die Gelegenheit, diese Missinterpretation zurechtzurücken. Ich schließe aus Ihrer Frage, dass Sie sich jedes Mal, wenn die Finanzministerin hier spricht, freuen. Sie hat ja den Haushalt auch eingebracht. Sie wird auch nächste Woche sprechen. Aber es ist auch letztes Jahr eigentlich ganz gut gelungen, dass in dieser zweiten Lesung auch die Staatssekretärin einmal sprechen darf. Das hat dem Land nicht geschadet.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Für irgendetwas müssen wir eine Staatssekretärin auch haben! Damit es wenigstens einen Tätigkeitsnachweis gibt! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das war jetzt unter der Gürtellinie, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber zutreffend!)

Noch ein paar Worte zur Sanierungsoffensive: Lassen Sie mich noch kurz auf einzelne Schwerpunkte in den Einzelplänen des Finanzministeriums – Einzelplan 06 und Einzelplan 12 – eingehen. Das Land besitzt bekanntermaßen rund 10 000 km Landesstraßen und rund 8 000 Gebäude. Es ist für uns ganz wichtig, dieses Landesvermögen gut zu pflegen und in Schuss zu halten.

Bei den Landesstraßen haben wir bereits in der letzten Legislaturperiode die Sanierungsmittel deutlich erhöht. Erstmals seit Langem hat sich 2016 der Zustand der Landesstraßen leicht verbessert. Wir setzen das auch in den nächsten Jahren fort und werden den Sanierungsstau so Schritt für Schritt auflösen.

Bei den Landesgebäuden wollen wir in den kommenden Jahren ebenfalls eine Trendwende erreichen. Deshalb starten wir eine Sanierungsoffensive. Um die Gebäudesubstanz zu erhalten, benötigen wir jährlich rund 850 Millionen €. Im Doppelhaushalt stellen wir insgesamt 1,25 Milliarden € zusätzlich für Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen bereit; der Löwenanteil wird in die Landesgebäude fließen.

Insgesamt planen wir in den Jahren 2018 und 2019 mit Bauausgaben von jeweils rund 1 Milliarde €. Wir werden also zahlreiche Baumaßnahmen umsetzen, und dies wird natürlich den Nutzerinnen und Nutzern zugutekommen. Wir bringen die Universitäten und Hochschulen baulich auf Vordermann. Wir sorgen dafür, dass Landesbehörden und Kultureinrichtungen gut untergebracht sind. Damit es auch über die kommenden beiden Jahre hinaus gut klappt, schaffen wir sogar eine spezielle Rücklage für die Sanierung von Kulturliegenschaften.

Ein Spaziergang wird die Umsetzung dieses Bauprogramms aber nicht. Denn zum einen brummt die Baukonjunktur in Deutschland. Entsprechend ist auch der Baukostenindex zuletzt deutlich gestiegen. Zum anderen bedeutet Bauen Arbeit. Die Projekte müssen sorgfältig geplant und gut umgesetzt werden. Die Sanierungsoffensive umzusetzen wird unsere Bauverwaltung massiv fordern.

Deshalb schaffen wir mit dem Doppelhaushalt insgesamt 162 neue Stellen, um die Projekte möglichst zügig zu planen und umsetzen zu können und um das Gebäude- und Grundstücksmanagement zu optimieren. Die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärken auch das technische Gebäudemanagement. Denn bei allen Bauprojekten und beim Gebäudebetrieb haben wir die Klimaschutzziele des Landes fest im Blick und leisten unseren Beitrag zum Zwei-Grad-Ziel der Weltgemeinschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Außerdem geben wir dem Erhalt der Biodiversität auf unseren landeseigenen Flächen einen neuen Stellenwert und werden die Aktivitäten zum Erwerb naturschutzwichtiger Grundstücke intensivieren. Klimaschutz und Erhalt der Artenvielfalt sind also auch in der Finanzverwaltung wichtige Arbeitsbereiche.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Wenn man keine Schulden macht, dann kann man nur ausgeben, was hereinkommt. Ohne die gute Arbeit unserer Steuerverwaltung wären die Landeskassen leer. Ohne die Steuereinnahmen könnten wir nicht in den kommenden beiden Jahren über 100 Milliarden € für Sicherheit, Bildung, Infrastruktur, Klimaschutz, Gesundheit, Integration und alle anderen für die Bürgerinnen und Bürger wichtigen öffentlichen Leistungen ausgeben.

Das Zahlen von Steuern ist so betrachtet keine lästige Pflicht, sondern der Beitrag des Einzelnen zum Gemeinwesen. Steuern zahlen ist Ausdruck der Verantwortung sich selbst, der eigenen Familie und den Mitbürgerinnen und Mitbürgern gegenüber.

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

Wir brauchen also die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen, die Steuern zahlen, wir brauchen aber auch eine leistungsstarke Steuerverwaltung. Beides ist unabdingbar für ein starkes und geordnetes Gemeinwesen, wie wir es in Baden-Württemberg zum Glück haben und auch in Zukunft bewahren wollen. Deshalb arbeiten wir stetig daran, die Leistungsfähigkeit der Steuerverwaltung zu erhalten und, wo notwendig, zu stärken.

Im Doppelhaushalt heben wir deshalb 530 Stellen von A 11 auf A 12, und wir stellen zusätzliche Mittel für die Digitalisierung der Steuerverwaltung bereit, beispielsweise für das Pilotprojekt „Finanzamt der Zukunft“.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, ich danke ganz herzlich allen Beschäftigten in der Steuerverwaltung, ob im Finanzamt, bei der Oberfinanzdirektion oder im Ministerium. Ohne ihre Arbeit wäre unser starkes Gemeinwesen undenkbar. Ich danke ganz herzlich allen Beteiligten in der Bauverwaltung. Sie sorgen für gute bauliche Voraussetzungen, damit in Landesgebäuden wie Gerichten, Polizeipräsidien und Hochschulen überhaupt vernünftig gearbeitet werden kann.

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Beteiligungsverwaltung, die die landesbeteiligten Unternehmen unterstützen, erfolgreich und mit Nachhaltigkeitszielen im Blick zu arbeiten. Ich danke dem LBV, das sich professionell um über 200 000 Beschäftigte des Landes kümmert. Ich danke auch dem Statistischen Landesamt; denn solide Zahlen sind eine unverzichtbare Grundlage für gute Politik. Natürlich danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums ganz herzlich, die dazu beigetragen haben, diesen Doppelhaushalt aufzustellen.

Meine Damen und Herren, gute Politik für die Menschen im Land, das ist unser Ziel, dafür arbeiten wir. Für diese Arbeit bietet der Doppelhaushalt eine hervorragende Grundlage; er stellt ein tragfähiges Fundament für die Zukunft unseres Landes dar.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf von den Grünen: Bravo!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Wem darf ich in der zweiten Runde noch einmal das Wort geben? – Herrn Kollegen Sänze für die AfD-Fraktion.

Abg. Emil Sänze AfD: Sehr geehrter Herr Präsident – vielen Dank für die Erteilung des Wortes –, meine Damen und Herren! Wir haben jetzt viel gehört. Aber wenn ich mir die Bilanzen und die einzelnen Positionen des Haushalts anschau, stelle ich mir schon die Frage: Wo ist die Risikoversorge?

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Ja!)

Wir laufen unter Umständen in einen Rechtsstreit wegen Stuttgart 21 hinein. Ich sehe auf der Seite der Verbindlichkeiten keine Position, die dies berücksichtigt. Selbst wenn wir da nicht hineinlaufen würden, müsste ein ordentlicher Kaufmann schon entsprechende Risikoversorge betreiben.

(Beifall des Abg. Udo Stein AfD – Abg. Tobias Wald CDU: Sie können ja einen Antrag stellen!)

– Entschuldigen Sie! Hören Sie zu, dann lernen Sie noch etwas.

(Abg. Tobias Wald CDU: Bei Ihnen nicht!)

Ein ordentlicher Kaufmann müsste diese Position einstellen.

Des Weiteren sage ich Ihnen: Die Landesregierung heizt die kochende Konjunktur gerade noch an

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Ja, eben!)

mit fragmentierten Verantwortlichkeiten in verschiedenen Ressorts. Da werden 2 Milliarden € für die Breitbandförderung über Förderbescheide unters Volk gebracht. Und was geschieht? Die Preise steigen. Das ist nicht berücksichtigt.

(Abg. Karl Klein CDU: Jesses Maria! – Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Dass Sie von einer Abschwächung der Konjunktur ausgehen, sehen wir auf Seite 6 des Einzelplans 12. Da gehen Sie nämlich von anderen Umsatzsteuererträgen aus. Das heißt, Sie wissen, dass der Erfolg nicht andauern wird.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Würden Sie nichts machen?)

– Ich würde etwas einstellen, weil ein Risiko droht. Ich bin gespannt, wie die Bahn – –

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ich habe gedacht, Sie würden kein Breitband verlegen wollen!)

– Doch, das würde ich schon machen, aber gezielter und nicht über zwei oder drei Ressorts hinweg,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Und schon gar nicht im Taubertal!)

sondern gesteuert durch ein Ministerium und nicht verteilt. Das ist das Problem, das Sie hier haben.

Zum Klimaschutz: Natürlich verschließen wir uns nicht der Tatsache, dass sich das Klima verändert. Aber Sie sollten sich einmal die Tatsache vergegenwärtigen, dass China und Indien immer noch auf der Liste der Entwicklungsländer stehen. Da können Sie einmal eingreifen und Mut beweisen. Dann können Sie auch die Bürger mit Klimakosten konfrontieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf manches eingehen, was meine Vorredner gesagt haben, u. a. zuletzt die Staatssekretärin. Sie sagte, in dem FDP/DVP-Vorschlag würde nicht nur eine Lücke klaffen, sondern ein milliardenschweres Loch.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ja! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das habt ihr im Finanzausschuss selbst zugegeben!)

(Andreas Glück)

Frau Staatssekretärin, es ist eigentlich ganz einfach zu verstehen: Wenn wir das Staatshaushaltsgesetz ablehnen, lehnen wir natürlich auch Ihre Wohltaten ab. Ferner sind wir der Meinung, dass man auf Basis der alten Landeshaushaltsordnung – bevor Sie diese geändert haben – tilgen sollte. Dann bleibt immer noch ausreichend Geld übrig, um ganz gezielt dort zu fördern, wo man fördern möchte. Wir glauben, dass hier das Pferd von hinten aufgezäumt wurde, indem Sie zunächst einmal die LHO geändert haben, um alle Geldausgaben zunächst einmal als Schuldentilgung zu deklarieren. Das ist aus unserer Sicht der falsche Weg, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Es ist doch so: Man setzt politische Schwerpunkte nicht, indem man möglichst schnell möglichst viel Geld ausgibt.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Manches Mal muss man es eben auch clever anstellen. Ein Problem, das sich aktuell ergibt, haben wir bei der Beratung des Haushalts des Innenressorts besprochen, als ich Herrn Minister Strobl eine Zwischenfrage gestellt habe. Das Problem ist nämlich, dass bei der Breitbandförderung sehr viele Förderbescheide übergeben werden, die bedingen, dass die Bauvorhaben von den Kommunen innerhalb einer gewissen Zeit abgeschlossen werden müssen. Jetzt sind sehr viele Förderbescheide ergangen. Das ist zunächst einmal erfreulich. Wenn das Ganze aber dazu führt, dass ein ohnehin schon überhitzter Markt im Baubereich noch überhitzt wird und deshalb die Preise steigen, sodass jetzt die Kommunen vor dem Problem stehen, dass sie mit dieser Pauschalförderung pro Meter nicht mehr weiterkommen, sondern die Kosten mittlerweile so hoch sind, dass es zu einem Problem für die Kommunen wird, dann muss man sich einfach andere Wege überlegen. Man könnte u. a. eine prozentuale Förderung der tatsächlichen Baukosten vornehmen oder längere Zeiträume ermöglichen, in denen gebaut werden darf.

Ich möchte da das Bild eines Lagerfeuers zeichnen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ist es denn wirklich sinnvoll, wenn das Feuer schon brennt und warm macht, zusätzlich noch die Holzvorräte auf das Feuer zu schmeißen, oder wäre es nicht sinnvoller, das Holz für Zeiten aufzuheben, in denen man kein Holz hat? Das ist letztlich die Frage, um die es hier geht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Außerdem möchte ich noch ein paar Fragen stellen, die noch nicht ganz geklärt sind. Frau Walker, Sie haben vorhin betont, Sie hätten den Haushalt fit und wetterfest gemacht. Aber auf eine Frage haben Sie uns keine Antwort gegeben: Was passiert, wenn Sie den Haushalt jetzt auf deutlich über 50 Milliarden € aufblähen

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das sind Steuereinnahmen!)

und sich eines Tages die Konjunktur abschwächt oder die Zinsen steigen sollten?

(Zuruf: Hätte, hätte, Fahrradkette!)

Pro Prozentpunkt Zinssteigerung bezahlt das Land 460 Millionen € mehr. Ich stelle Ihnen einfach einmal die Frage: In Anbetracht dessen, wie Ihr Haushalt jetzt aussieht,

(Zuruf von der AfD)

nämlich aufgebläht, und zwar strukturell aufgebläht, wie wollen Sie das Ganze finanzieren, wenn die Zeiten eines Tages schlechter sind? Ich kann prophezeien, wie es laufen wird: Sie werden da streichen, wo Sie streichen müssen, nämlich bei den Personalkosten, und da werden Sie es genau da machen, wo Sie es am einfachsten haben, nämlich bei Lehrern und Polizisten. Das machen wir nicht mit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

In Anbetracht des Verschuldungsverbots ab 2020 haben Sie, Frau Walker, gesagt, Sie wollten jetzt noch einmal

(Glocke des Präsidenten)

– ich komme gleich zum Ende – Geld ausgeben, solange Sie es quasi noch können. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Haushalte im Land würden das anders machen.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Wenn sie wüssten, dass eines Tages keine Schulden mehr möglich sind, würden sie heute schon das Geld zusammenhalten. Das, was Sie hier veranstalten, ist keine seriöse Finanzpolitik, sondern kommt eher einer Abrissparty gleich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zunächst zur **A b s t i m m u n g** zu Tagesordnungspunkt 1 b über den Einzelplan 06 – Ministerium für Finanzen. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3206.

Zunächst rufe ich Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf.

(Unruhe)

– Liebe Kollegen, wir sind in der Abstimmung, und es folgen auch zwei namentliche Abstimmungen. Deshalb bitte ich Sie, sich zu konzentrieren.

Abschnitt I der Beschlussempfehlung: Die hierzu vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen.

Ich rufe die Nummer 1 auf:

Kapitel 0601

Ministerium

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3206. Wer Kapitel 0601 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0601 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 0602

Allgemeine Bewilligungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3206. Wer Kapitel 0602 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0602 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 0607

Statistisches Landesamt

Wer Kapitel 0607 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0607 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 0608

Steuerverwaltung

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3306-1, vor, mit dem die Einführung einer A-13-Z-Besoldung im gehobenen Dienst sowie eine generelle Erhöhung der Eingangsbesoldung im mittleren Dienst und in einem zweiten Schritt 200 zusätzliche Stellen gefordert werden, um die Attraktivität der Arbeit in der Steuerverwaltung zu steigern. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0608 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0608 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen nun vor, die Abstimmung über die Nummern 5 bis 8, Kapitel 0610 – Landeszentrum für Datenverarbeitung – bis Kapitel 0618 – Landesamt für Besoldung und Versorgung –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe die vier Kapitel 0610 – Landeszentrum für Datenverarbeitung –, 0614 – Bundesbau Baden-Württemberg –, 0615 – Vermögen und Bau Baden-Württemberg – und 0618 – Landesamt für Besoldung und Versorgung – gemeinsam auf:

Kapitel 0610 bis Kapitel 0618

Wer diesen vier Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Den Kapiteln 0610 bis 0618 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 9 auf:

Kapitel 0620

Betriebe und Beteiligungen

Zu Titel 111 14 – Garantiegebühren und Ähnliches aufgrund der Kapitalerhöhung und Risikoabschirmung LBBW – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3306-2,

vor, mit dem die Tilgung von Kreditmarktschulden gefordert wird und der auch Einzelplan 12 mit dem Kapitel 1206 – Schulden und Forderungen – und dem Kapitel 1212 – Sammelansätze – betrifft. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0620 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0620 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 10 bis 13, Kapitel 0621 – Staatlicher Verpachtungsbetrieb – bis Kapitel 0624 – Staatsweingut Meersburg –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe daher die vier Kapitel 0621 bis 0624 gemeinsam auf:

Kapitel 0621 bis Kapitel 0624

Wer diesen vier Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0621 bis 0624 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben nun noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 8. November 2017, Drucksache 16/3019, soweit diese den Einzelplan 06 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 06 angelangt.

Nun kommen wir in der Zweiten Beratung zum Tagesordnungspunkt 1 c und damit zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3212. Die hierzu vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen.

Zunächst rufe ich die Nummer 1 auf:

Kapitel 1201

Steuern

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3212.

Zu Titel 053 01 – Grunderwerbsteuer – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3312-4, vor, der eine Mittelkürzung fordert, um zu einer Entspannung auf dem Immobilienmarkt beizutragen und Familien zu entlasten.

Meine Damen und Herren, zu diesem Änderungsantrag ist eine namentliche Abstimmung beantragt. Hat dieser Antrag die nach § 99 der Geschäftsordnung vorgeschriebene Unterstützung von fünf Abgeordneten? – Das ist der Fall.

(Abg. Bernd Gögel und Abg. Anton Baron AfD geben kein Handzeichen. – Lebhaftige Unruhe – Zurufe: Nein! – Der hat keine Unterstützung! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die haben ihre eigene Fraktion nicht im Griff! Sorry! – Glocke des Präsidenten)

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Herr Fraktionsvorsitzender, es wurde von Ihrer Seite ein Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt. Hat dieser Antrag die erforderliche Mehrheit von fünf Abgeordneten? – Das ist der Fall. Also.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Die erste Reihe weiß von nichts! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ist das peinlich! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, wer dem Antrag der Fraktion –

(Anhaltende lebhafte Unruhe – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Was ist das? Das gab es ja noch nie! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Die blamieren gerade ihre Führung! – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD – Glocke des Präsidenten)

– Kollege Räßle, wir sind gerade in der Abstimmung. – Wer dem Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3312-4, zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer den Antrag ablehnt, den bitte ich, mit Nein zu antworten, und wer sich der Stimme enthält, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Stauch, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben A. – Ich bitte um Ruhe während der Abstimmung.

(Namensaufruf)

Liebe Kolleginnen und Kollegen

(Abg. Hans Peter Stauch AfD begibt sich in Richtung seines Abgeordnetenplatzes.)

– Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Pult –, ist noch jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Ich schlage vor, dass ich so lange fortfahre, bis wir zu dem Punkt kommen, zu dem die nächste namentliche Abstimmung beantragt ist. Gegebenenfalls machen wir dann einen Cut.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 1202

Allgemeine Bewilligungen

Wer Kapitel 1202 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1202 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 1204

Finanzausgleich zwischen Land und Bund sowie anderen Ländern

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3212. Wer Kapitel 1204 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1204 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 1205

Kommunaler Finanzausgleich

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3212. Hierzu sind drei Änderungsanträge der Fraktion der AfD und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP gestellt.

Zu Titel 613 11 – Grunderwerbsteuerüberlassung an die Stadt- und Landkreise nach dem örtlichen Aufkommen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3312-5, vor, mit dem eine Änderung der Erläuterung gefordert wird. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 633 01 – Zuweisungen an Stadt- und Landkreise zur Durchführung der Schülerbeförderungskostenerstattung – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3312-6, vor, der eine Mittelserhöhung fordert, um aus Gründen der Bildungschancengleichheit jedem Kind die Schülerbeförderung zu ermöglichen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 633 02 – Zuweisungen an Stadt- und Landkreise zum Ausgleich von Mehrbelastungen nach § 11 Abs. 4 FAG – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3312-1, vor, der sich gegen die Ausweitung der Stellen in der Umweltverwaltung wendet. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 633 06 – Förderung der kommunalen Lasten im Bereich der Integration – und Titel 633 07 – Förderung der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3312-7, vor, der Mittelkürzungen verlangt und die Landesregierung auffordert, eine konsequente Rückführung von illegal ins Land gekommenen Personen zu betreiben. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1205. Wer Kapitel 1205 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1205 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 1206

Schulden und Forderungen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3212. Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD und zwei Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP vor.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Zu Titel 325 86 – Auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt – liegt je ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD und der Fraktion der FDP/DVP zum Thema Schuldenabbau vor, die Kürzungen verlangen.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3312-2, der weitergehend ist. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3312-8. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 575 86 – Zinsen an den sonstigen inländischen Kreditmarkt – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3312-3, vor, der unter Verweis auf zu hoch angesetzte Zinszahlungen am Kapitalmarkt Kürzungen verlangt. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1206. Wer Kapitel 1206 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1206 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 6 auf:

Kapitel 1208

Staatlicher Hochbau

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3212.

Der hierzu vorliegende Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3312-9, fordert, einen neuen Titel 715 16 N – Neu- und Umbaumaßnahmen Hochschule der Polizei in Villingen-Schwenningen – aufzunehmen und Haushaltsmittel zu veranschlagen, um die angespannte Raumsituation durch Anmietungen im Stadtgebiet zu entlasten. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1208 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1208 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 7 auf:

Kapitel 1209

Staatsvermögen

Wer Kapitel 1209 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1209 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 8 auf:

Kapitel 1210

Versorgung

Wer Kapitel 1210 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Kapitel 1210 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 9 auf:

Kapitel 1212

Sammelansätze

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3212. Hierzu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Zu Titel 361 01 – Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3312-10, vor, der eine Erhöhung des Mittelansatzes fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3312-11, der einen neuen Titel 633 01 N – Fit For Return – mit einem entsprechenden Haushaltsansatz sowie einer Erläuterung fordert, dass die Kommunen mit diesem Programm die Asylbewerber auf die Aufbauarbeit in ihrem Heimatland vorbereiten. Dazu war vorhin noch eine namentliche Abstimmung beantragt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Jetzt nicht mehr!)

– Ist der Antrag zurückgezogen? – Herr Kollege Räßple, Sie hatten eine namentliche Abstimmung beantragt. Das ist kein Antrag der Fraktion. Ziehen Sie den Antrag zurück?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ist das ein Antrag der Fraktion?)

– Nein. Fünf Abgeordnete können eine namentliche Abstimmung beantragen. Sie, Herr Kollege Räßple, haben das beantragt.

(Abg. Stefan Räßple AfD: Als Abgeordneter!)

Hat dieser Antrag die erforderliche Mehrheit von fünf Abgeordneten? –

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Ja! Nein! – Zurufe: Nein! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das gibt es doch nicht! – Abg. Nicole Razavi CDU zur AfD: Haben Sie Ihre Fraktion nicht im Griff, oder was ist los? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Kasperletheater! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren – –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Baron, Sie können zurücktreten! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE zu Abg. Bernd Gögel AfD: Sprechen Sie mal ein Machtwort, Herr Fraktionsvorsitzender! – Große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Meine Damen und Herren, wer dem Antrag der Fraktion – –
(Zurufe: Nicht der Fraktion! – Anhaltende große Unruhe)

Wer dem Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3312-11, zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer den Antrag ablehnt, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthält, antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Frau Schriftführerin Neumann-Martin, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben B. Ich bitte um Ruhe während der Abstimmung.

(Namensaufruf)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ist noch jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Dies ist nicht der Fall. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, inzwischen liegt mir das Ergebnis der ersten namentlichen Abstimmung vor:

Beteiligt haben sich 126 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 19 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 107 Abgeordnete gestimmt;
enthalten hat sich kein Abgeordneter.*

Der Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3312-4, ist damit abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

AFD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Dr. Christina Baum, Klaus Dürr, Bernd Gögel, Dr. Bernd Grimmer, Stefan Herre, Rüdiger Klos, Dr. Heiner Merz, Thomas Axel Palka, Dr. Rainer Podeswa, Stefan Räßle, Daniel Rottmann, Emil Sänze, Hans Peter Stauch, Udo Stein, Klaus-Günther Voigtmann, Carola Wolle.

Fraktionslos: Dr. Wolfgang Gedeon.

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Susanne Bay, Beate Böhlen, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Nese Erikli, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Thomas Hentschel, Hermann Katzenstein, Manfred Kern, Petra Krebs, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Lede Abal, Andrea Lindlohr, Bettina Lisbach, Brigitte Lösch, Alexander Maier, Thomas Marwein, Bärbli Mielich, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Stefanie Seemann, Edith Sitzmann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

CDU: Norbert Beck, Thomas Blenke, Klaus Burger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Sylvia Felder, Marion Gentges, Fabian Gramling, Friedlinde Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Sabine Hartmann-Müller, Raimund Haser, Peter Hauk, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Köbler, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Claudia Martin, Paul Nemeth, Christine

Neumann-Martin, Claus Paal, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Willi Stächele, Stefan Teufel, Georg Wacker, Tobias Wald, Karl Zimmermann.

SPD: Sascha Binder, Daniel Born, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulstblei, Reinhold Gall, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Andreas Kenner, Gerhard Kleinböck, Gabi Rolland, Ramazan Selcuk, Rainer Stickelberger, Andreas Stoch, Dr. Boris Weirauch, Sabine Wölffe.

FDP/DVP: Dr. Gerhard Aden, Dr. Friedrich Bullinger, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Jürgen Keck, Dr. Timm Kern, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Nico Weinmann.

*

Ich lasse nun noch über das Kapitel 1201 – Steuern – abstimmen. Wer Kapitel 1201 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 1201 ist mehrheitlich zugestimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss die Sitzung jetzt unterbrechen, bis das Ergebnis der zweiten namentlichen Abstimmung festgestellt ist, sonst kann ich diesen Tagesordnungspunkt nicht zu Ende führen.

(Einige Abgeordnete verlassen den Plenarsaal.)

Ich würde vorschlagen, dass Sie alle im Saal bleiben.

(Heiterkeit – Abg. Nicole Razavi CDU: Und schon sind sie alle weg!)

Sobald das Ergebnis feststeht, können wir in der Tagesordnung fortfahren.

(Unterbrechung der Sitzung: 14:07 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:09 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Schriftführerinnen und Schriftführer haben gute Arbeit geleistet. Wir können fortfahren.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

Beteiligt haben sich 125 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 19 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 106 Abgeordnete gestimmt;
enthalten hat sich kein Abgeordneter.*

Der Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3312-11, ist damit abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

AFD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Dr. Christina Baum, Klaus Dürr, Bernd Gögel, Dr. Bernd Grimmer, Stefan Herre, Rüdiger Klos, Dr. Heiner Merz, Thomas Axel Palka, Dr. Rainer Podeswa, Stefan Räßle, Daniel Rottmann, Emil Sänze, Hans Peter Stauch, Udo Stein, Klaus-Günther Voigtmann, Carola Wolle.

Fraktionslos: Dr. Wolfgang Gedeon.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Susanne Bay, Beate Böhlen, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Nese Erikli, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Thomas Hentschel, Hermann Katzenstein, Manfred Kern, Petra Krebs, Daniel Andreas Lede Abal, Andrea Lindlohr, Bettina Lisbach, Brigitte Lösch, Alexander Maier, Thomas Marwein, Bärl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Stefanie Seemann, Edith Sitzmann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

CDU: Norbert Beck, Thomas Blenke, Klaus Burger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Sylvia Felder, Marion Gentges, Fabian Gramling, Friedlinde Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Sabine Hartmann-Müller, Raimund Haser, Peter Hauk, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Kößler, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Claudia Martin, Paul Nemeth, Christine Neumann-Martin, Claus Paal, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Willi Stächele, Stefan Teufel, Georg Wacker, Tobias Wald, Karl Zimmermann.

SPD: Sascha Binder, Daniel Born, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulstblei, Reinhold Gall, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Andreas Kenner, Gerhard Kleinböck, Gabi Rolland, Ramazan Selcuk, Rainer Stickerberger, Andreas Stoch, Dr. Boris Weirauch, Sabine Wölfl.

FDP/DVP: Dr. Gerhard Aden, Dr. Friedrich Bullinger, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Jürgen Keck, Dr. Timm Kern, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Nico Weinmann.

*

Nun fahren wir fort mit dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3312-12, der einen neuen Titel 633 02 N – Mittel für finanzschwache Kommunen – mit einem entsprechenden Haushaltsansatz sowie eine Erläuterung verlangt, dass finanzschwache Kommunen nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel zusätzliche Mittel für die Infrastruktur erhalten sollen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer enthält sich? – Wer stimmt dagegen? –

(Heiterkeit – Unruhe)

Auch dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Kapitel 1212. Wer Kapitel 1212 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1212 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen nun vor, die Abstimmung über die Nummern 10 und 11, Kapitel 1221 – Zukunftsoffensive III – und Kapitel 1222 – Zukunftsoffensive IV –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe die Kapitel 1221 und 1222 also gemeinsam auf:

Kapitel 1221 und Kapitel 1222

Wer diesen beiden Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? –

Die Regierungsfractionen sollten allmählich einmal munter werden.

(Heiterkeit)

Den Kapiteln 1221 und 1222 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das sehe ich nicht so! – Zuruf von der SPD: Mit den Stimmen von SPD und FDP/DVP? – Vereinzelt Heiterkeit)

Ich rufe die Nummer 12 auf:

Kapitel 1223

Zukunftsinvestitionen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3212. Wer Kapitel 1223 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zu Grünen und CDU: Auf geht's! – Heiterkeit)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 1223 ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 12 angelangt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt kommen wir in der Zweiten Beratung zu Tagesordnungspunkt 1 d und damit zur A b s t i m m u n g über das Staatshaushaltsgesetz 2018/19, Drucksache 16/3000. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3200. Die hierzu vorliegenden Änderungsanträge werde ich an der entsprechenden Stelle aufrufen.

Ich rufe auf

§ 1

Feststellung des Staatshaushaltsplans

Aufgrund des bei Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – in der Zweiten Beratung angenommenen Änderungsantrags Drucksache 16/3314-26 müssen im Gesamtplan in Ziffer 1 – Haushaltsübersicht für das Haushaltsjahr 2018 – die Beträge in der Spalte „Verpflichtungsermächtigungen“ für den Einzelplan 14 und in der Gesamtsumme angepasst werden. Die Änderungen können Sie der Übersicht, die als Abstimmungsgrundlage auf Ihren Plätzen liegt, entnehmen.

Wer § 1 mit diesen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Stelleneinsparverpflichtungen

Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Nun rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/3300-2, auf, der fordert, einen neuen § 2 a mit der Überschrift „Stelleneinsparverpflichtung Regierungsneubildung“ einzufügen, der ein Stelleneinsparprogramm festlegt. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf

§ 3

Bewirtschaftung von Planstellen und Stellen

Wer § 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

Kreditaufnahme

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3300-1, vor, der fordert, § 4 Absatz 16 zu streichen, da aufgrund deutlich gestiegener Steuereinnahmen die Möglichkeit gesehen wird, sowohl Schulden zu tilgen als auch Investitionen in die Infrastruktur des Landes zu tätigen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über § 4. Wer § 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen nun vor, die Abstimmung über die §§ 5, 6, 6 a sowie 7 bis 14 zusammenzufassen. –

(Abg. Winfried Mack CDU: Guter Vorschlag!)

Sie sind damit einverstanden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Jawohl!)

§ 5 bis § 14

Wer den §§ 5, 6, 6 a sowie 7 bis 14 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist den §§ 5, 6, 6 a sowie 7 bis 14 mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, die Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19 – ist damit abgeschlossen. Die Dritte Beratung findet am 20. Dezember 2017 statt.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun unter Tagesordnungspunkt 2 in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2018/19 –, Drucksache 16/3017. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3217. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen in Abschnitt A der Beschlussempfehlung, dem

Gesetzentwurf mit Änderungen in den Artikeln 1, 3 und 5 zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg

mit den Nummern 1 und 2 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3217.

Ich schlage Ihnen vor, dass ich Artikel 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung insgesamt zur Abstimmung stelle. – Sie sind damit einverstanden.

Wer Artikel 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den Nummern 1 und 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landesplanungsgesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung der Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg

mit den Nummern 1 bis 6 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3217.

Auch hier schlage ich wieder vor, dass ich Artikel 3 in der Fassung der Beschlussempfehlung insgesamt zur Abstimmung stelle. – Sie sind damit einverstanden.

Wer Artikel 3 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den Nummern 1 bis 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 3 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Gesetzes über die Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank

mit den Nummern 1 bis 3.

Sind Sie auch hier damit einverstanden, Artikel 4 mit den Nummern 1 bis 3 insgesamt zur Abstimmung zu stellen? – Das ist der Fall.

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe auf

Artikel 5

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

mit den Nummern 1 bis 42 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/3217.

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3317-1, vor, der fordert, in Abschnitt III der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses die Zahl „487,478“ durch die Zahl „486,23“ zu ersetzen.

Um die Abstimmung zu vereinfachen, schlage ich Ihnen vor, dass ich diesen Änderungsantrag zuerst zur Abstimmung stelle und dann über Artikel 5 mit den Nummern 1 bis 42 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses insgesamt abstimmen lasse. – Sie sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

Wer stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Artikel 5 mit den Nummern 1 bis 42. Wer Artikel 5 mit den Nummern 1 bis 42 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 5 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 6

Besitzstandswahrung für sonstige staatlich anerkannte Hochschulen

Wer Artikel 6 zustimmt, bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 6 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 7

Inkrafttreten

Wer Artikel 7 zustimmt, bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 7 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 15. Dezember 2017 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Haushaltsbegleitgesetz 2018/19“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist damit mehrheitlich zugestimmt.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Konrad Epple CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch über Abschnitt B der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 9. November 2017 – Bericht der Gemeinsamen Finanzkommission –, Drucksache 16/3020, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung – Drucksache 16/2861

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/3101

Berichterstatter: Abg. Tobias Wald

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE dem Kollegen Dr. Rösler.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in zweiter Lesung den Gesetzentwurf der SPD zur Änderung der Landeshaushaltsordnung.

Die SPD greift in ihrem Gesetzentwurf eine zentrale Frage der Finanzpolitik auf, über die wir uns nicht nur in den letzten Monaten, sondern auch in den letzten Jahren im Finanzausschuss immer wieder über alle Parteigrenzen hinweg ausgetauscht haben, in einem Wettbewerb durchaus gerechtfertigter, konkurrierender Ideen.

Erstens: Wie sollen wir mit der Rückzahlung von Kreditmarktschulden umgehen? Es gibt hier einen parteiübergreifenden Konsens, das ist wichtig; über die Höhe streiten wir. Dazu gehören natürlich auch die Ausgaben oder die Rückzahlungen, die irgendwann erforderlich sind – bei der NECKARPRI oder bei der Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes Baden-Württemberg. Wir Grünen waren – das darf man auch einmal sagen – nicht an der Entstehungsgeschichte dieser verdeckten Schulden beteiligt. Auch das gehört aber zur Debatte.

Zweitens: die Pensionsansprüche, die sich inzwischen auf über 100 Millionen € aufgetürmt haben – berechnete Pensionsansprüche von Beamtinnen und Beamten des Landes –, und im Kontext dazu der Aufbau einer Versorgungsrücklage und eines Versorgungsfonds, in denen sich aktuell 6,3 Milliarden € befinden. An dieser Stelle gehört ausdrücklich noch einmal dem ehemaligen Ministerpräsidenten Oettinger ein Lob ausgesprochen, der als Erster veranlasst hat,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Ja!)

dass das Land für jeden neu eingestellten Beamten 500 € pro Monat in den Versorgungsfonds des Landes einzahlt. Das war

(Dr. Markus Rösler)

damals eine schwarz-gelbe Entscheidung, daran war auch die FDP beteiligt. Grün-Rot hat es gemeinsam weitergeführt und im Gegensatz zu Bayern nicht gedeckelt oder heruntergesetzt. Grün-Schwarz erhöht das jetzt noch einmal, wie auch heute schon zu hören war, auf jeweils 750 € bzw. 1 000 € pro Monat für neue Stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Es gibt als dritten Punkt die implizite Verschuldung, über die heute auch schon viel strittig diskutiert wurde – beim Sanierungsstau des Landes, bei unseren Liegenschaften. Es besteht ein hoher Bedarf, hier nachzujustieren und die zum Teil maroden Verhältnisse zu verbessern. Natürlich gibt es auch hier einen weitgehenden Konsens. Der ehemalige Finanzminister Schmid hatte die Frage, wie wir mit impliziter Verschuldung umgehen, mit ins Spiel gebracht, Grün-Schwarz hat es jetzt umgesetzt – die Finanzministerin und die Finanzstaatssekretärin haben es immer wieder vorgetragen –, und auch der Rechnungshof trägt dieses Konstrukt mit, auch wenn es hier einen – ich sage einmal so – Wettbewerb der Ideen oder Gewichtungen gibt, wie man damit umgehen soll. In diesem Kontext ist durchaus auch der Gesetzentwurf der SPD zu verstehen.

Vorletzter Punkt: Wir werden bis zum Jahr 2019 natürlich, wie im Grundgesetz vorgesehen, kein strukturelles Defizit mehr haben. Dann ist diese Baustelle abgeräumt.

Fünfter und letzter Punkt: Es gibt einen Mehrbedarf – der von der jeweiligen Landesregierung politisch begründet wird – für die politischen Schwerpunkte.

Diese fünf Punkte sind die großen Punkte, innerhalb derer sich die Finanzpolitik bewegt und bewegen muss und bei denen wir uns wohl in dem Sinn streiten, dass es den Schweiß der Edlen wert ist, hier zu gewichten und zu priorisieren. Das tun wir; das tut die Opposition mit anderen Vorschlägen. Das ist legitim, auch wenn wir denen nicht zustimmen.

Das möchte ich auch begründen: Mit Ihrem Gesetzentwurf, werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, schlagen Sie vor, die Tilgung impliziter Schulden auf Einzahlungen in die Versorgungsrückstellungen und Nettobauinvestitionen zu beschränken. Sie haben in den Beratungen darzulegen versucht, dass das ein vermittelnder Vorschlag wäre. Wir sind dem nicht beigetreten; denn bereits die Ausschussberatungen haben gezeigt, dass dieser Gesetzentwurf der SPD eben doch nicht wirklich für Maß und Mitte steht. Vielmehr würden aus Ihrem im Entwurf vorliegenden Gesetz teils drastische negative Folgen entstehen, die wir, die grün-schwarzen Regierungsfraktionen, nicht mittragen.

Erstens: Der kommunale Sanierungsfonds in Höhe von 380 Millionen € für 2018 und 2019, auf den sich die kommunalen Landesverbände mit uns, dem Land, geeinigt haben, könnte nicht realisiert werden. Es wäre wohl ein einmaliger Vorgang, wenn das Land diese einvernehmliche Vereinbarung mit den Kommunen nachträglich und mitten in der Laufzeit aufkündigen würde. Das kann nicht Sinn und Zweck der Angelegenheit sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Es war übrigens eine freiwillige Entscheidung von Grün-Schwarz, diesen kommunalen Sanierungsfonds aufzulegen bzw. 10 % an die Kommunen abzugeben. Das war freiwillig, kommunalfreundlich, während die SPD, der ich jetzt wahrhaftig nicht Kommunalfeindlichkeit unterstellen will – das wäre zu weitgehend; das wäre nicht richtig –

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Völlig falsch!)

Aber Sie haben diesen Effekt wohl nicht bedacht, den dies auslösen würde und der im Effekt kommunalfreundlich wäre.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: In Ihrem Konzept, ja!)

Die Kommunen haben die zugesicherten Gelder bereits fest verplant, für Schienenfahrzeuge –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen. Ihre Sprechzeit ist beendet.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Schon lange!)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ja, seit zwei Sekunden.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Beendet ist beendet.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Jawohl. – Ich will der SPD diese Kommunalfeindlichkeit nicht vorwerfen, aber Sie haben es im Endeffekt nicht bedacht. Aus diesen und anderen Gründen – wie im Finanzausschuss bereits vorgetragen – werden wir Ihrem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Sabine Wölfl SPD: Welche Überraschung! – Abg. Andreas Kenner SPD: Das ist der Fehler!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erlaube ich das Wort dem Kollegen Dr. Schütte.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt kommt die Zugabe!)

Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zentral geht es doch beim Thema „§ 18 der Landeshaushaltsordnung“ darum, wie sehr der Staat auf Kosten der Vergangenheit bzw. zulasten zukünftiger Generationen lebt: Straßen oder Gebäude, die vor 20 Jahren erstellt worden sind und heute nur noch abgenutzt werden, finanzielle Lasten in Form von Schulden oder unterlassene Investitionen in Zukunftstechnologien. Allzu häufig hat sich Politik nur um das Jetzt gekümmert.

Bei zugegebenermaßen guten Steuereinnahmen macht die grün-schwarze Landesregierung damit Schluss. Zum Ersten werden im Doppelhaushalt 2018/2019 Kredite in der Summe von einer halben Milliarde Euro getilgt. In den Jahren 2008 bis 2017 – zehn Jahre – gab es drei Haushalte, in denen es Neuverschuldung gab. Selbst der Haushalt in der wirtschaftlich schwierigsten Zeit – 2009 – ist ohne Neuverschuldung

(Dr. Albrecht Schütte)

ausgekommen; in den Jahren 2013 und 2014 – jeweils; so, wie Sie es bestätigt haben, Herr Kollege Hofelich – sind unter Regierungsbeteiligung der SPD damals Kredite aufgenommen worden.

Interessanterweise behaupten Sie auch jetzt, dass Kreditermächtigungen eigentlich keine Rolle spielen. Man könne sie einfach so ablösen. Das haben Sie nicht getan, und ich möchte hier kurz erklären, warum das auch nicht so einfach möglich ist.

Am Ende eines Jahres bleiben Mittel, die zu dem Jahr gehören, aber nicht ausgegeben werden, beispielsweise Zuschüsse an Kommunen, die nicht abgerufen werden. Damit wir dann das Geld haben, wenn es so weit ist, müssen wir das Geld entweder auf der Bank haben oder müssen über Kreditermächtigungen verfügen.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Wenn wir jetzt 900 Millionen € an Kreditermächtigungen weniger haben, haben wir 900 Millionen € mehr auf der Bank. Da das Finanzministerium clever ist, nehmen sie natürlich die existierenden Schulden und „netten“ das mit den 900 Millionen €, sodass wir netto genau 900 Millionen € weniger Schulden haben, als wenn wir die Kreditermächtigungen behalten würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Tobias Wald CDU: Sehr gut erklärt, Herr Kollege! – Abg. Thomas Blenke CDU zur SPD: Haben Sie es jetzt kapiert?)

Neben der Reduktion der expliziten Verschuldung legen wir noch einmal 120 Millionen € bei der Zuführung in den Versorgungsfonds drauf.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das macht dann in der Summe 1 Milliarde und 50 Millionen € in zwei Jahren. Ich erinnere mich, da gab es die SPDler, die festgestellt haben, dass die Regierung Oettinger ja wohl zu viel zugeführt habe, und es dann gleich mit den Zuführungen damals verrechnet haben. Hätten Sie das damals nicht getan, brauchten wir das Geld heute nicht extra draufzulegen.

Jetzt scheint mir bei Ihnen sowieso ein kollektiver Gedächtnisverlust aufgetreten zu sein, was implizite Verschuldung angeht.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Deshalb zitiere ich hier den damaligen Finanzminister Nils Schmid:

Genauso wichtig wie die Rückführung der offenen Kreditmarktverschuldung ist es,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Ja, klar!)

die implizite Verschuldung des Landes anzugehen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das hat auch niemand bestritten!)

Zwar haben Sie damals viel davon geredet, aber die Sanierungsmaßnahmen nicht über den normalen Wert hinaus gesetzt. Das tun wir jetzt, und deshalb regen Sie sich so auf:

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sie regen sich doch auf! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wenn Sie so weitermachen, beißen Sie noch ins Mikrofon!)

Denn zum ersten Mal wird deutlich mehr saniert, als es der Abnutzung entspricht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Sanierung von Straßen, Reduktion des dringenden Sanierungsbedarfs an zahlreichen Hochschulen, Rücklagen für die Sanierung von Kulturliegenschaften – wir sorgen dafür, dass die zukünftige Generation eine intakte Infrastruktur vorfindet.

Wenn man dann wie die FDP/DVP – Sie sind jetzt leider verlassen und allein, Herr Dr. Aden –

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ganz allein!)

fordert, dass sämtliches Geld in die Tilgung expliziter Schulden gesteckt wird, dann müssen Sie doch auch sagen, dass die Sanierungsmaßnahmen nicht stattfinden.

(Zuruf des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Sie können nicht mit demselben Euro einerseits Schulden tilgen und andererseits Gebäude sanieren. Dann gehen Sie doch an die Uni Heidelberg, an die entsprechenden Schulen und Polizeireviere des Landes und sagen: „Bei Ihnen wird jetzt erst in fünf Jahren saniert, weil wir das so wollen.“ Das wäre wenigstens ehrlich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Darüber hinaus ist doch in diesem Land allen bewusst, wie viel kommunaler Sanierungsbedarf z. B. gerade bei Schulen besteht. Deshalb erhalten die Kommunen mit einem kommunalen Sanierungsfonds 381 Millionen € für die Sanierung von Schulen, Brücken und Straßen und 60 Millionen € für den Ersatz von Schienenfahrzeugen.

Jetzt haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, doch heute Morgen einen Antrag eingebracht, um die Mittel für die kommunale Schulsanierung zu erhöhen. Wo haben Sie die Hälfte, 60 % der Mittel, dafür her? Sie haben eine Absenkung der Rückführung gemäß § 18 der Landeshaushaltsordnung um genau diesen Betrag vorgesehen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Genau!)

Sie lehnen also damit explizit Ihren eigenen Gesetzentwurf ab,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Nein!)

weil Sie heute Morgen A fordern und jetzt am Nachmittag genau das Gegenteil beschlossen haben wollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU: Bravo!)

(Dr. Albrecht Schütte)

In diesem Sinn lehnen auch wir den nun vorliegenden Gesetzentwurf ab. Stattdessen tilgen wir 1,4 Milliarden € echte Schulden, wir führen 120 Millionen € zusätzlich zu, es werden über 1,6 Milliarden € zusätzlich in die Sanierung gesteckt, und es gibt 381 Millionen € für die Kommunen.

In einem Punkt allerdings, Herr Kollege Hofelich, teile ich Ihre Begründung.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege!

Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Noch 20 Sekunden.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ende ist Ende!)

Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Eine massive Verschiebung des Einflusses weg vom Haushaltsgesetzgeber hin zur Exekutive

(Glocke des Präsidenten)

sollte auch in Zukunft nicht stattfinden.

(Abg. Rainer Stickleberger SPD: Das passiert aber gerade! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Deshalb lassen Sie uns doch bei den Gesprächen, die schon geplant sind, fraktionsübergreifend eine gute Regelung für die Zukunft finden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die AfD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Sänze.

Abg. Emil Sänze AfD: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Unruhe)

– Wenn es sich beruhigt hat, können wir fortfahren.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie können auch jetzt schweigen, bis die Uhr heruntergelaufen ist! – Zuruf der Abg. Sabine Wölfler SPD)

– Gut, dass Sie mir diese Empfehlung geben. Ich bin richtig froh, dass Sie im Parlament sitzen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Dafür stehe ich gern auf!)

Ich habe manchmal den Eindruck, als wären die Parteien, die hier versammelt sind, nicht für das Dilemma von 40 Milliarden € Schulden zuständig, als wären die Schulden erst kurzfristig aufgebaut worden – und jetzt kommt Herr Dr. Schütte und will dies mit der Strahlkraft der Haushaltsdebatte von der Platte nehmen.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickleberger SPD)

Nein, die Schulden sind über Jahre aufgebaut worden. Und warum? Weil man nicht vorgesorgt hat. Denn ein ordentlicher Kaufmann – ich wiederhole mich – unterscheidet zwischen Rückstellungen und Rücklagen. Aber auch diese Begrifflichkeit scheint nicht bekannt zu sein.

(Zuruf der Abg. Sabine Wölfler SPD)

In Artikel 109 Absatz 3 des Grundgesetzes haben sich der Bund, aber auch die Länder dazu verpflichtet, Einnahmen aus Krediten zu vermeiden und Haushalte zu konzipieren, die diese nicht mehr vorsehen. Es gibt zwei Ausnahmen: konjunkturelle Gründe und Naturkatastrophen. Das ist hier nicht unbedingt gegeben. Wir können das selbst reparieren. Deshalb haben wir großes Verständnis für den Gesetzentwurf der Fraktion von Herrn Hofelich und stimmen wir diesem zu.

Ich beruhige Sie: Ich mache gleich Schluss; denn alles ist nur Wiederholung von heute Morgen.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Stickleberger.

Abg. Rainer Stickleberger SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema „Implizite Verschuldung“ hat uns ja die ganzen Haushaltsberatungen über beschäftigt – schon im letzten Jahr – und hat dieses Mal weiter Fahrt aufgenommen. Es ist durchaus nicht unumstritten, was genau man darunter versteht. Da gibt es unterschiedliche Interpretationen. Wir wollen mit unserem Gesetzentwurf eine Klärung der Rechtslage herbeiführen und insbesondere die Stellung des Haushaltsgesetzgebers stärken, und wir wollen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Tilgung von Kreditmarktschulden einerseits und impliziter Verschuldung andererseits gewährleisten.

Der Begriff „Implizite Verschuldung“ ist kein Unwort des Jahres und auch keine Erfindung des früheren Finanzministers, sondern ein finanzwissenschaftlicher Begriff, den es schon lange gibt. Niemand wird bestreiten, dass implizite Schulden angegangen werden müssen. Es handelt sich um verdeckte Schulden, und für deren Vermeidung und Abwehr muss rechtzeitig Sorge getragen werden. Darüber besteht sicher Einigkeit.

Was aber im letzten Jahr passiert ist und jetzt fortgeführt wird: Der finanzpolitische Begriff wird zu einem Rechtsbegriff und findet über § 4 Absatz 16 des Haushaltsgesetzes Eingang in das Haushaltsrecht. Um einem Missverständnis vorzubeugen: Die Landeshaushaltsordnung wurde nie geändert, sondern man hat durch das Haushaltsgesetz den Paragraphen in der LHO uminterpretiert und gesagt, er sei auch im Sinne impliziter Schulden auszulegen. Wenn Sie so wollen, ist das ein definitorischer Trick.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist gar kein Trick, das ist eine Verordnung!)

Die Einzelheiten stehen dann in einer Rechtsverordnung des Finanzministeriums, unterschrieben von der Frau Finanzministerin, und in entsprechenden Verwaltungsvorschriften.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist doch kein Trick! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

(Rainer Stickelberger)

Wir wollen das mit unserem Gesetzentwurf klarstellen und beschränken uns, was die implizite Verschuldung angeht, auf Nettobauinvestitionen und Pensionsausgaben – neben den Kreditmarktschulden. Es wurden vorhin noch andere Bereiche genannt; das lehnen wir ab. Verluste bei der NECKAR-PRI sind keine impliziten Schulden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Wir stimmen mit dem Rechnungshof überein, der auch gefordert hat, dass Maßnahmen zur Tilgung impliziter Schulden auch in der Landeshaushaltsordnung klar definiert werden. Wir machen das mit unserem Gesetzentwurf.

Der Rechnungshof hat im Übrigen durchaus Zweifel, wie man die Nettobauinvestitionen dann zu bewerten hat. Wenn Sie also den Sanierungsstau als implizite Schulden ansehen, dann muss man das irgendwie quantifizieren. Da hat der Rechnungshof – erinnern Sie sich an die Finanzausschussberatungen – durchaus Zweifel, wie man das bewertet.

Was die Ausgabereise angeht: Herr Dr. Schütte, Ihr Vortrag war zwar sehr laut, aber deshalb nicht besser verständlich.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU)

Wissen Sie: Wenn Sie Kreditzusagen haben und diese Kredite nicht in Anspruch nehmen, dann haben Sie deswegen nicht weniger Schulden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Andreas Kenner SPD: Bravo! So ist es!)

Sie haben allenfalls keine zusätzlichen Schulden. So, wie Sie die gängige Haushaltsordnung in § 18 strapazieren, der für Kreditmarktschulden vorgesehen ist, so öffnen Sie eigentlich das Tor dafür, dass im Grunde jede langfristig wirkende Maßnahme schon als Abbau impliziter Verschuldung definiert werden kann. Das kann nicht rechtens sein. Da haben wir auch den Bund der Steuerzahler an unserer Seite, der das genauso sieht.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir sorgen mit unserem Gesetzentwurf für Transparenz, stärken den Haushaltsgesetzgeber, der dann nämlich bestimmt, was er mit den impliziten Schulden anfängt, und leisten damit einen Beitrag zur Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Rüdiger Klos AfD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nichts zur kommunalen Sanierung im Bestand gesagt!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Aden.

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Parlamentsreden der letzten Tage und die Diskussionen der vergangenen Monate zum Thema „Implizite Verschuldung“ belegen vor allem eines: Die Landesregierung hat mit der Einführung eines neuen Schuldenbegriffs der Landeshaushaltsordnung ein ganz dickes faules Ei ins Nest gelegt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das haben Sie schon zehnmal gesagt! Das ist die zehnte Debatte jetzt dazu! Sorry! – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Das erfordert Widerspruch von uns; aber vor allem geht es nun um den Gesetzentwurf der SPD, den wir heute hier beraten.

Ich kann mich angesichts der heute und in den vorigen Tagen geführten Debatten wirklich kurzfassen. Angesichts des bevorstehenden Abschlusses der Haushaltsberatungen dieser Woche erlaube ich mir jetzt auch, ein bisschen lyrisch zu werden:

Der Gesetzentwurf der SPD ist ein Licht in dunkler Nacht, etwas Gutes im Bösen, ist das erste zarte Pflänzchen nach einem harten Winter. Dennoch –

(Minister Thomas Strobl niest. – Heiterkeit und Beifall – Abg. Thomas Blenke CDU: Zum Glück ist er Arzt!)

– Haben Sie „Quatsch“ gesagt?

(Anhaltende Heiterkeit – Minister Thomas Strobl: Entschuldigung!)

– Sie haben nicht „Quatsch“ gesagt. – Machen wir weiter.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Er war so beeindruckt!)

Trotzdem können wir den Gesetzentwurf nicht unterstützen. Die SPD möchte die verhältnismäßig breite Ermächtigung, die sich die Landesregierung selbst gegeben hat, um implizite Schulden zu tilgen, auf ein vernünftiges Maß eindampfen. Und das mit Recht; denn der Weg, eine substanzielle Grundlage der Gesetzesnovelle der Landeshaushaltsordnung aus dem Jahr 2012 mit einer Verordnung einfach aus dem Weg zu schaffen,

(Zuruf: Ja!)

wird der Wichtigkeit dieses Themas in keiner Weise gerecht.

Da die FDP/DVP-Fraktion die Tilgung impliziter Schulden grundsätzlich ablehnt, können wir leider auch dem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Herr Schütte – ist er noch da? doch! – hat uns vorgeworfen,

(Abg. Tobias Wald CDU: Da sitzt er! – Zuruf von der CDU: Den kann man nicht übersehen!)

wir würden überhaupt kein Geld mehr in der Kasse haben. Wissen Sie, Herr Schütte: Erwartete Überschüsse im Jahr 2017 in Höhe von wahrscheinlich 4 Milliarden € sowie ca. 400 Millionen € überzogene Zinsausgaben gewährleisten ohne Probleme die Erfüllung von Sanierungsaufgaben, die – auch angesichts der boomenden Baukonjunktur – in absehbarer Zeit durchführbar sind.

Nun ist es ja wirklich ureigene Aufgabe des Landeshaushalts, das Vermögen zu bewahren. Es wussten – das ist jetzt wichtig – doch alle: Als 2012 die Neuregelung in die Landeshaushaltsordnung aufgenommen wurde – – Deswegen beklagen

(Dr. Gerhard Aden)

wir das auch; deswegen geht der Gesetzentwurf der SPD ja in die richtige Richtung. Es wird wirklich gegen den Geist von 2012 verstoßen. Damit – das muss ich wirklich sagen, sehr geehrte Damen und Herren – hat die Landesregierung, wie ich eingangs schon gesagt habe, der Landeshaushaltsordnung ein dickes Ei ins Nest gelegt.

Mir und auch anderen fiel während der Beratungen im Finanzausschuss auf, dass die Ideen der SPD in den Reihen der Regierung wohl doch einen gewissen Nerv getroffen haben. Man spürte eine gewisse Dünnhäutigkeit, so wie bei einem Schulbuben, der beim Griff in die Keksdose ertappt wurde.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Abg. Rainer Stickleberger SPD: Schönes Bild!)

Das ist – jetzt komme ich schon zum Schluss – auch verständlich, denn Sie, geehrte Damen und Herren von den Regierungsfractionen, müssen erklären, wie es sein kann, dass die Politik jahrzehntlang Schulden macht und verspricht, diese bei guter Lage zurückzuzahlen

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Machen wir doch!
– Gegenruf des Abg. Stefan Herre AfD: Viel zu wenig!)

– ach, 500 Millionen €! –, und man sich jetzt, bei der ersten Gelegenheit, die sich dafür ergibt, an diese Aussage nicht mehr gebunden fühlt. Auch das gehört zum Thema „Mangelnde Glaubwürdigkeit in der Politik“ –

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

auch wenn die einen oder anderen vernünftige Gründe dafür anführen.

Damit möchte ich meinen Beitrag beenden. Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD und der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatssekretärin Dr. Splett.

(Abg. Rainer Stickleberger SPD: Die muss heute arbeiten! Die Arme trifft es immer!)

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bekanntermaßen wurde im vergangenen Jahr die Verordnung zu § 18 der Landeshaushaltsordnung geändert. Konkret wurde die Tilgungsverpflichtung der LHO erweitert und diese Erweiterung auch im Staatshaushaltsgesetz verankert.

Die Tilgungsverpflichtung schließt nun neben der Tilgung von Kreditmarktschulden auch die Tilgung klar definierter impliziter Schulden mit ein. Dieser Schritt war richtig, klug, und er zahlt sich wirtschaftlich für das Land aus. Konkret heißt das, dass wir im Doppelhaushalt 2018/2019 eine Tilgungsverpflichtung von 3,8 Milliarden € haben, dass wir diese 3,8 Milliarden € aber nicht komplett in die Tilgung von Kreditmarktschulden stecken. Das wäre wirtschaftlich nämlich nicht die beste Lösung. Denn die Verzinsung der Pensionsrückstellung – die wir übrigens nach Nachhaltigkeitskriterien anlegen –

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr gut!)

ist derzeit deutlich höher als der Zinssatz, den das Land für seine Kreditmarktschulden zahlt. Auch aufgeschobene Sanierungen verursachen höhere Kosten, als durch geringere Kreditmarktschulden derzeit eingespart werden könnten.

Zusätzliche Sanierungen, zusätzliche Rücklagen für Pensionsverpflichtungen, Abbau von Eventualverbindlichkeiten, kommunaler Sanierungsfonds und Kreditmarktschulden, das ist genau der richtige Mix zum Abbau impliziter und expliziter Schulden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Rainer Stickleberger SPD: So wie in unserem Gesetzentwurf!)

Jetzt aber zum Gesetzentwurf der SPD: Es gelingt mir leider nicht, diesen genauso lyrisch zu beschreiben, wie Herr Abg. Dr. Aden das gemacht hat.

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Wie schade!)

Die SPD will die Möglichkeiten für die Tilgung impliziter Schulden viel enger fassen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ja, verlässlich, solide!)

Ihr Gesetzentwurf sieht vor, die Tilgung expliziter und impliziter Schulden auf die Bildung von Rückstellungen zur Versorgung, auf Nettobauinvestitionen und Kreditmarktschuldentilgung zu beschränken. Das halten wir, wie bereits in der Ersten Beratung ausgeführt, für falsch.

Mich beschleicht auch das Gefühl, dass die SPD inzwischen selbst nicht mehr ganz so überzeugt ist von ihrem Gesetzentwurf.

(Abg. Rainer Stickleberger SPD: Da täuschen Sie sich! – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das musst du jetzt sagen! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhard CDU: Nils Schmid wollte es immer!)

Anders kann ich mir jedenfalls nicht erklären, dass Sie den Anforderungen Ihres eigenen Gesetzentwurfs in den Beratungen zum Doppelhaushalt nicht gerecht wurden. Denn sonst hätten Sie entsprechende Änderungsanträge stellen müssen.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Nach Ihrem Gesetzentwurf könnte der Zuschuss an die NECKARPRI GmbH nicht aus den Mitteln der Verordnung zu § 18 LHO finanziert werden. Einen entsprechenden Änderungsantrag haben Sie nicht gestellt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Hört, hört! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ebenfalls nicht möglich wäre nach dem Gesetzentwurf der SPD die Ablösung von noch bestehenden Kreditermächtigungen. Hierfür wenden wir 900 Millionen € aus der Tilgungsverpflichtung auf.

(Abg. Rainer Stickleberger SPD: Umbuchung!)

Will die SPD stattdessen die Kreditermächtigung ziehen, also Schulden machen – 900 Millionen € –, oder will sie an anderer Stelle einsparen?

(Abg. Rainer Stickleberger SPD: Das brauchen Sie doch gar nicht!)

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

Sie bleiben die Antwort auch heute schuldig, und Sie werden den Ansprüchen Ihres Gesetzentwurfs damit nicht gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Konsequent hingegen war Ihr Antrag, den kommunalen Sanierungsfonds zu streichen. Aber statt die so frei gewordenen Mittel in die von Ihnen vorgeschlagene Kreditmarktschuldentilgung zu investieren, wollen Sie damit ein kommunales Investitionspaket in Höhe von 1 Milliarde € mitfinanzieren.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Damit verfügen Sie frei über Nettosteuerermehreinnahmen und verstoßen auch damit gegen die Ansprüche Ihres eigenen Gesetzentwurfs.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist unglaublich! Das kann ein früherer Justizminister nicht machen! Das geht doch nicht! Ihr könnt doch nichts Rechtswidriges machen! – Gegenruf des Abg. Rainer Stichelberger SPD)

Zusammengefasst: Die Stringenz der SPD hat noch Luft nach oben.

(Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Die geltende Landeshaushaltsordnung hingegen ist gut und klug, und deshalb sieht die Landesregierung hier keinen Änderungsbedarf.

(Abg. Tobias Wald CDU: Sehr gut!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m - m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/2861. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3101. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle. – Sie sind damit einverstanden.

Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 16/2861 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 14. November 2017 – Mittelfristige Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2017 bis 2021 – Drucksachen 16/3018, 16/3218

Berichterstatter: Abg. Karl Klein

Das Präsidium hat festgelegt, dass zu diesem Punkt keine Aussprache geführt wird.

Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/3218. Der Ausschuss für Finanzen schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 14. November 2017, Drucksache 16/3018, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dieser Beschlussempfehlung zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist auch Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am 20. Dezember 2017 um 10:00 Uhr statt.

Bevor ich die Sitzung schließe, gebe ich noch einen Hinweis für die Mitglieder des Untersuchungsausschusses „Rechtsterorismus/NSU BW II“: Gleich im Anschluss findet die Sitzung im Moser-Saal statt. Die Einladung zu dieser Sitzung ist bereits ergangen.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 14:50 Uhr